

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift-Belag "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 20 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1896 unter Nr. 7377.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 25. Juli 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Berufskrankheiten.

Zu den angeblich „berechtigten“ Eigenthümlichkeiten der modernen Produktion gehört es auch, daß die Arbeiter in bestimmten Berufen bestimmten Krankheiten zum Opfer fallen, von denen die Vertreter der kapitalistischen Interessen erklären, sie seien unzerrenlich mit dem Berufe verknüpft und durchaus nicht zu vermeiden.

Es hat lange gedauert, ehe die Regierungen dazu gebracht wurden, diese angeblich unvermeidbaren Berufserkrankungen durch objektive Beobachter studiren zu lassen. Die Furcht, daß eine nicht mehr wehrfähige Generation heranwächse, war es, welche in Preußen einst der Regierung die „Menschenfreundlichkeit“ zu eigen machte, gegen die miserablen gesundheitlichen Zustände in den Webereien der Rheinprovinz vorzugehen. Viel wurde damals nicht geändert und viel ist auch seitdem nicht geändert worden. Der § 120a der Gewerbe-Ordnung bestimmt zwar, daß „für genügendes Licht, ausreichenden Luftstrom und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle von dem Gewerbe-Unternehmer Sorge zu tragen ist“. Aber über dieses „genügend“ gehen die Ansichten der Unternehmer und der Gesundheitspflege weit auseinander und zweitens bezieht sich der Schutz, den der § 120a bei gehöriger Durchführung allenfalls bringen kann, nur auf Fabriken, und die Ausbeutung rettet sich in die Hausindustrie. Dort kann sie zwar vom Bundesrath auf Grund des § 120c wenigstens insofern eingeschränkt werden, als er der übermäßigen Arbeitszeit ein Ende zu machen vermag, wie er dies theilweise jetzt bei der Wägerei gethan hat; aber welcher Beschrei der gestärkten Profitsiegelei hat schon dies bischen Wägerschutz hervorgerufen!

So ist es denn kein Wunder, wenn die Gesundheits-schädigungen der Arbeiter nach wie vor in größtem Maßstabe ihre Opfer fordern und im Verein mit überlanger Arbeitszeit und schlechter Ernährung in Folge zu geringem Lohnes den Krankheitsfaß und damit abermals den Arbeitern Opfer auferlegen, die sie bald nicht mehr erschwingen können. 1890 betrug die Zahl der Krankheits-tage 89,2 Millionen, 1894 bereits 43,7 Millionen, 1895 hatte sie sogar 46,2 Millionen betragen; die Ausgaben beliefen sich 1890 auf 92,7 Millionen Mark, 1893 auf 113,6 Millionen Mark, 1894 auf 111,5 Millionen Mark.

Eine Abhilfe gegen diese Mißstände steht in weiter Ferne; da das Arbeiterschutzgesetz vor der Hausindustrie Halt macht, verwandeln viele Unternehmer ihre Fabrikbetriebe in Hausbetriebe! Dabei ist auch für Fabriken der § 120a ungenügend, schon deshalb, weil zu seiner Durchführung allein mehr Aufsichtsbemänt gehören als jetzt zur Kesselfeuerung, sowie der ganzen Gewerbeaufsicht verwendet werden. Außerdem aber müßten die Beamten mindestens beigeordnete aus ärztlichen und Arbeiterkreisen haben, um mit voller Sachkenntnis die tausenderlei Gefahren bekämpfen zu können, die den Arbeitern die Gesundheit rauben.

Auch diese, von unseren Genossen so oft erhobene Forderung, beginnt allmählich auch von einzelnen Aufsichtsbemänten getheilt zu werden. So berichtet der Gewerberath für Potsdam von dem mangelnden Vertrauen der Arbeiter zu den Rassenärzten (Zwangärzten), und theilt einige Fälle mit, die beweisen, wie sich deren Urtheile widersprechen. Dabei bedauert der Gewerberath, daß er nicht ein ärztliches Obergutachten beschaffen konnte.

Leider ist es den Beamten sehr erschwert, ärztliche Gutachten über besonders wichtige Fälle zu erhalten, weil die

Rassenärzte und die sonst behandelnden Aerzte für die Gutachten Honorar verlangen, welche aus den Dienstaufwands-Entschädigungen der Aufsichtsbeamten nicht bestritten werden können.

Dafür hat der Staat kein Geld übrig! Ja, wenn es sich um nothleidende Junker handelte! —

In den Fabriken selbst können die Beamten nur durch Anwendung großer Energie und nur einiges zur Beseitigung der gesundheitsschädlichen Zustände erreichen; solche Energie zeigen aber nur wenige Beamte, die meisten ziehen einen saulen Frieden mit den Unternehmern vor. Der Potsdamer Bericht sagt, daß diese eher noch für die Unfallverhütung und den Feuerschutz Interesse hatten. Anlast und Widerstreben werden dagegen zuweilen den Forderungen zur hygienischen Verbesserung der Arbeitsräume entgegengestellt. Die billigen dieser Forderungen mußten selbst bei kapitalkräftigen Firmen nicht selten durch die höhere Verwaltungsbehörde erzwungen werden.

Ebenso schreibt der Beamte für Berlin und Charlottenburg:

Die auf Verbesserung der hygienischen Verhältnisse in den Fabriken gerichteten Bemühungen sind auch im Berichtsjahr eifrig fortgesetzt worden, leider aber mit weniger Erfolg, als diejenigen, welche den Schutz der Arbeiter gegen Unfallgefahr bezwecken. Die Ansichten über das für die Gesundheit Nothwendige gehen in den Kreisen der Interessenten noch weit auseinander und etwas durch das Geseh nicht unbedingt Gefordertes freiwillig zu leisten, finden sich wegen der meist nicht unerheblichen Kosten die wenigsten Gewerbe-Unternehmer bereit. So ist z. B. der Widerstand befreudend, den selbst wohlwollende und fürsorgende Arbeitgeber der Forderung hinreichender Waschlgelegenheit entgegenlegen.

Rüssen nette „wohlwollende Arbeitgeber“ sein, die ihren Arbeitern nicht einmal die erforderliche Reinlichkeit gönnen! Einige dieser „wohlwollenden“ Herren mögen nicht einmal saubere Aborte einrichten, in der Befürchtung, die Arbeiter möchten zu lange auf denselben verweilen und die Arbeit versäumen.

Wäre es da nicht wirklich angebracht, wenn die Namen solcher rücksichtsloser Mehrwerthverpreser öffentlich bekannt gegeben und so der öffentlichen Verachtung überliefert würden?! Vielleicht könnte diese etwas erzieherisch auf solch verrohte Unternehmer einwirken.

Im Regierungsbezirk Minden scheinen etwas weniger ekelhafte Zustände zu herrschen; wie tief aber auch dort die sittliche Erkenntnis des Unternehmertums steht, beweist der Umstand, daß der Gewerbebeamte die Unternehmer noch besonders loben zu müssen vermeint, indem er so selbstverständliche Verpflichtungen wie Entstaubungs-, Bade- und Waschanrichtungen, Speise- und Kleiderräume als „sanitäre Wohlfahrts-einrichtungen“ bezeichnet. Und da gerade im Mindener Bezirk die Beamten durch die Kesselfeuerung überlastet sind, können sie auch nicht diese „Wohlfahrts-einrichtung“ in genügendem Maße zur Einführung bringen, denn es fehlt ihnen die erforderliche Zeit, um solche Angelegenheiten mit größerem Nachdruck zu verfolgen.

Ueber verwahrloste, unsaubere Aborte wird jedes Jahr berichtet — es bleibt beim alten Schmutz! Würden hier die Gerichte energisch eingreifen, so müßte dieser Skandal ein Ende nehmen. Aber es bleibt dabei, dem Arbeiter soll eben auch diese Entwürdigung nicht erspart bleiben, damit er zum Klassenruhm gegenüber diesem rücksichtslosen Unternehmertum gebracht wird.

Im Berliner Bezirk müssen die Arbeiter sogar die Kosten für das Scheuern der Abtritte zahlen! Die schlimmsten Zustände auch auf diesem Gebiet herrschen in den Ziegeleien, über die diesmal besonders eingehende Berichte geliefert wurden. Wir werden diese amtlichen Schilderungen der deutschen Ziegeleien in hülle bringen, sobald der Reichsbericht erschienen und dadurch ein Vergleich Preußens mit den anderen Staaten ermöglicht ist.

An den Pranger gehört auch die Weberei im Erfurter Bezirk, die ihren Arbeitern als Abort einen vor einer Grube angebrachten Stauraum ohne Bedachung überwieht. Im Mindener Bezirk hatte eine Maschinenfabrik für ihre 1800 Arbeiter nur 16 Abortstühle! Im Bromberger Bezirk ist ein Arbeiter einer Schneidemühle durch solch nichtswürdige Zustände ums Leben gekommen. Beim Ausschicken des Aborts, welcher in dem Wasserradhaufe direkt über dem Wassergraben lag und nur aus einer senkrechten Bretterwand ohne eigentliche Brille bestand, glitt er in der Dunkelheit aus, fiel durch den Abort ins Wasser und ertrank.

Wieviel Gesundheits-schädigungen durch solche miserable Abortanlagen verursacht werden, entzieht sich jeder Berechnung. Viele hunderttausende von Arbeiter und besonders von Arbeiterinnen werden aus Ekel und Scham vermeiden, während ihres Frohdienstes solche Aborte aufzusuchen — und die nachtheiligen Folgen treten später durch Erkrankungen zu tage.

Aber charakteristisch für den Stand, den der Arbeiterschanz bei uns einnimmt, sind gerade diese Abortzustände. Wie kann man erwarten, daß in den Fabriken genügende Sauberkeit herrscht, die erst durch Anlegung kostspieliger Ventilatoren geschaffen werden kann, wenn die Gewerbeaufsicht sammt der hochwohlthätigen Ortspolizei, die ihr helfen soll, nicht einmal im Stande ist, solche grauenvolle und doch leicht zu beseitigende Mißstände mit der nöthigen Schnelligkeit abzuschaffen!

Und so melden denn die Berichte gar Trauriges darüber, wie rücksichtslos auf Kosten der Arbeiter Profit gemacht wird, welche Mühe kostet es, nur etwas Abhilfe zu schaffen! Und wie wenig Beamte haben dazu Geschick und Energie! Dazu diese heftig steigende Ueberlastung der Beamten, wie sie seit der Zugabe der Dampffessel-Revision allorts vorhanden ist. Einzelne Beamte gestehen dies ein und verlangen Abhilfe, mindestens Unterstützung durch die Rassenärzte. Sehr beachtenswert ist, was der Gewerbe-Inspektor zu Duisburg schreibt; er wünscht, daß die Beamten von den Krankenkassen-Aerzten über alle Krankheitsfälle unterrichtet werden, in denen nach Ansicht des behandelnden Arztes Berufskrankheiten vorliegen. Dadurch erwartet der Beamte, daß er besser erkennen könne, wo eine Abstellung von Mißständen besonders notwendig ist, und unbekannte Mißstände entdeckt werden könnten!

Ja, wenn wirklich den Arbeitern geholfen werden sollte, könnte mit Hilfe der Gewerbe-Inspektoren und der Aerzte manches geschehen! Aber leider geschieht nur wenig oder gar nichts; weit eher könnten die Beamten eine ernsthafte Ernennung seitens des Herrn v. Stumm bekommen, nicht so „ausbeherisch“ vorzugehen! Natürlich ist es im Klein- und im Hausbetrieb noch schlimmer wie in den Fabriken, denn für erstere herrschen gar keine Gesehe und die eigene finanziell mißliche Lage macht die Unternehmer noch rücksichtsloser gegen die Arbeiter als es durch die Profitsucht bei den größeren Unternehmern geschieht. Die Berichte der preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten melden viele arge Uebelstände; die meisten aber melden sie nicht, weil sie ja

80)

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Ah, Adrian, Adrian! wann wirst Du meine Enthaltensamkeit Dir aneignen?“ sagte Stephan feierlich, sich seinen grauen Bart streichend. „Was gebe ich Dir für ein Beispiel! Aber genug von diesen Leichtfertigkeiten — laßt uns zu dem Gegenstand unserer Unterhaltung zurückkehren. Du mußt wissen, Adrian, daß ich meinem edlen Gast die tapfern Krieger unten verdanke, die Rom so ruhig halten, wenn sie auch meine Wohnung so geräuschvoll machen. Er hat sich erboten, ihre Anzahl zu vermehren, sobald es nöthig sein sollte, und mich über die Angelegenheiten des nördlichen Italiens zu unterrichten. Fahrt fort, edler Ritter; ich habe vor meinen Verwandten keine Geheimnisse.“

„Ihr seht,“ sagte Monreal, indem er seine durchdringenden Augen auf Adrian heftete, „Ihr seht ohne Zweifel, edler Herr, daß uns Italien in diesem Augenblicke ein merkwürdiges Schauspiel darbietet. Es ist ein Kampf zwischen zwei sich gegenüberstehenden Mächten, die sich gegenseitig zerstören möchten. Die eine Macht ist jene des unruhigen Volkes — eine Macht, welche sie die Freiheit nennen — die andere ist jene der Oberhäupter und Fürsten, die man richtiger „Ordnung“ nennt. Unter diese beiden Parteien sind die Städte Italiens getheilt. In Florenz, in Genua, in Pisa, zum Beispiel, bestehen freie Verfassungen, Republiken, und der Himmel weiß es, man kann sich kaum einen unruhigeren und unglücklicheren Zustand der Regierung denken.“

„Das ist sehr wahr“, fiel hier Stephan ein, „sie haben meinen eigenen Vetter aus Genua verbannt.“

„Es herrscht dort fortwährender Kampf“, fuhr Monreal fort, „zwischen den angesehensten Familien, man hört, von nichts, als von Verfolgungen, Konfiskationen und Verbannungen; heute proskribiren die Welfen die Ghibelinen, morgen vertreiben die Ghibelinen die Welfen. Wenn dieses Freiheit genannt werden kann, so ist es die Freiheit des Starken gegen den Schwachen. In andern Städten, als Mailand, Verona, Bologna, wird das Volk durch einen Mann beherrscht, der sich selbst einen Fürsten nennt, und den seine Feinde einen Tyrannen nennen. Da er mehr Macht hat, als irgend ein anderer Bürger, so behauptet er eine feste Regierung; da sein Geist und seine Thatkraft dauernd in Anspruch genommen werden, als die der anderen Bürger, so kann er auch weise regieren. Diese beiden Regierungsformen sind in einem Kampfe miteinander begriffen, und wenn in dem einen Staat sich das Volk gegen den Fürsten auflehnt, so schiebt das Volk des anderen — nämlich des freien Staates — Waffen und Geld, um es zu unterstützen.“

„Du hörst, Adrian, wie verderbt diese letzteren sind!“ sagte Stephan.

„Mir scheint es nun“, fuhr Monreal fort, „daß dieser Kampf früher oder später ein Ende nehmen muß. Ganz Italien muß republikanisch oder monarchistisch werden. Es ist leicht, den Erfolg vorher zu sehen.“

„Ja, die Freiheit muß zulezt siegen“, sagte Adrian mit Wärme.

„Entschuldigt, edler Herr, meine Ansicht ist der Eurigen gänzlich entgegengesetzt. Ihr wißt, daß diese Republikaner Handel treiben; sie schämen den Reichthum, sie verachten die Tapferkeit, sie treiben alle Geschäfte, außer die des Waffenschmiedes. Wie führen sie denn nun ihre Kriege? Durch ihre eigenen Bürger? Keineswegs!

Entweder sie wenden sich an einen ausländischen Feldherrn und versprechen ihm, wenn er seinen Schutz zusagt, dafür die Herrschaft für fünf oder zehn Jahre, oder sie leihen von einem kühnen Abenteuerer so viele Truppen, als sie bezahlen können.“

„Verhält es sich nicht so, Ritter Adrian?“

„Adrian nicht mißmuthig mit dem Kopfe.“

„Gut denn; es ist die Schuld des fremden Feldherrn, wenn er seine Herrschaft nicht zu einer dauernden macht, wie es bereits durch die Visconti und die Scala in Staaten geschehen ist, die vorher frei waren; oder es ist die Schuld des Hauptmanns der Soldner, wenn er sie nicht zu Senatoren und sich selbst nicht zum König macht. Dieses sind durch die Natur der Sache so sehr bedingte Ereignisse, daß sie früh oder spät in ganz Italien eintreten müssen. Und ganz Italien wird dann monarchisch werden! Nun scheint es mir das Interesse aller mächtigen Familien zu sein — Eurer eigenen in Rom, wie jener der Visconti in Mailand — diesen Zeitpunkt zu beschleunigen, und, so lange es noch möglich ist, dem rebellischen Geiste, der sich jetzt schnell unter dem Volke verbreitet, und der mit siebenderhafter Aufregung der Zügellosigkeit für dasselbe, für Euch aber mit der Verderbnis des Todes endigen wird, entgegen zu wirken. In diesen freien Staaten muß der Adel zuerst leiden; Eure Privilegien, und dann Euer Eigenthum werden Euch entziffen. Ja, Ihr wißt wohl, meine Herren, daß in Florenz der Edelmann selbst das niedrigste Amt im Staate nicht bekleiden darf!“

„Die Bösewichter!“ sagte Colonna, „sie verlegen das erste Geseh der Natur!“

(Fortsetzung folgt.)

mit einem Theil der Anlagen zu sehen bekommen. Und selbst die Beamten der Gesundheitsbehörde erkennen und wollen auf deren Abhilfe bringen, wird ihr Verlangen gar nicht oder nur sehr zögernd erfüllt; das Unternehmertum betrachtet eben den Arbeiter als ein Ausbeutungsobjekt, das ihm gebietet, und um jeden Pfennig, den er opfern soll, singt er Klagelieder. Nur Zwang kann helfen — aber nur die zur Macht gelangende Arbeiterklasse wird in genügender Weise diesen Zwang ausüben können.

Siebenter Kongress der dänischen Sozialdemokratie.

Ueber die Verhandlungen des Kongresses, der in Kopenhagen im Verammlungsgedäude in der Admergasse abgehalten wurde, wird uns geschrieben:

Außer der Hauptleitung erschienen 122 Delegirte von 95 Vereinen, von denen 44 Landarbeiter-Vereine waren. Die repräsentirten 95 Vereine zählten 19 148 Mitglieder. Von vielen Vereinen kam die Nachricht, daß die augenblicklich lebhafteste Arbeitszeit eine Vertretung unmöglich gemacht habe. Sie fühlten sich jedoch völlig solidarisch mit dem Kongress.

Die Partei hat seit dem letzten Kongress bedeutende Fortschritte gemacht. Allein in Kopenhagen existiren jetzt 21 Vereine, in den Handelsstädten 64 und auf dem Lande 154. Die Thätigkeit der Partei beruht in erster Linie auf der Agitation, die namentlich durch das Blatt „Der Landarbeiter“ auch auf das Land hinausgetragen ist. Auf Kopen ist außerdem ein Wochenblatt „Freier Arbeiterklub“ begründet; es hat solchen Erfolg gehabt, daß es nun in eine Tageszeitung umgewandelt werden soll. Die Partei hat 8 Kopenhagener Forderungskreise und 2 Landbestirkungskreise und 1 Forderungskreis in Aarhus erobert. Sie ist an die Parlamente bereits mit einer Reihe Anträge herangetreten, so auf Einführung des Achtstündigen Arbeitstages, allgemeine Unfallversicherung, geheime Abstimmung, auf Zuschuß zu den Armenkassen auf dem Lande, Einschränkung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien etc.

Der Kongress nahm den Entwurf eines Manifestes an, das folgenden Wortlaut hat:

Der 7. sozialdemokratische Kongress in Dänemark, der im Jubiläumjahr der Partei versammelt ist, spricht seine Freude und seinen Stolz über die Einigkeit und Stärke im Innern, den Einfluß und die Achtung nach außen aus, die die Partei jetzt nach 25 jähriger Thätigkeit genießt — ein würdiges Armeekorps im internationalen Heer der Arbeit. Die Mitglieder des Kongresses sagen eine sorgfältige, unermüdete Arbeit für die Organisation der Unterklasse und die Ausbreitung der sozialistischen Ideen zu.

Die Wahl am 9. April 1895 brachte unserer Partei eine so zahlreiche Vertretung im Reichstag, daß sie in alle größeren Ausschüsse Männer hineinsehen konnte und damit bedeutenden Antheil bekam an der Gesetzgebungsarbeit. Der Kongress spricht den sozialistischen Reichstagsmännern Dank und Anerkennung aus für die Wirksamkeit, die sie in genauer Uebereinstimmung mit ihrem Wahlprogramm ausgeübt haben, das auf der einen Seite Widerstand gegen den Vergleich mit seiner Anlehnung vor dem Provisorium und der Befestigung, andererseits eine kräftige Arbeit für soziale Reformen verspricht. Gleichzeitig bedauern wir die Nachgiebigkeit, womit eine Forderungsmehrheit, trotz der Wahl vom 9. April, mit dem Militarismus affordirte, und sprechen unseren Zorn über den Unwillen aus, mit dem die Mehrheit des Landestings und die Regierung die Reformforderungen der Bevölkerung annehmen.

Trotz der Nachgiebigkeit der Linken hat die Rechte sich kräftig unter ihren alten Führern gesammelt zu erneuten Kampf für die Uebermacht des Landbestirgs und die Entwicklung der Befestigung. Sie hat ein Programm angenommen, das außer diesen beiden Hauptpunkten neue indirekte Steuern verlangt, sich der direkten Besteuerung mit steigender Stala widersetzt, feindliche Verhaltensmaßregeln gegen die Organisationen der Arbeiter verlangt und dem Landarbeiter eine neue Fessel anlegen will durch Terrain-Ueberlassungen, die nach der authentischen Erklärung des Programms so klein sein sollen, daß er seine wesentlichen Einkünfte sich durch Arbeit für andere verschaffen muß.

Das neue Programm der Rechten erklärt in erster Reihe der Sozialdemokratie den Krieg. Der Kongress gefordert der Rechten, daß sie auch unsere Partei in erster Linie unter den Gegnern der Reaktion finden soll. Denn die Sozialdemokratie will in diametralem Gegensatz zur Rechten die volle ökonomische und politische Befreiung der Bevölkerung von Armut und Nahrungsorgen, von Ausbeutung und Unterdrückung. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die auf eine organisierte

Gesellschaftsarbeit hinweist, welche allen Individuen freie und völlige Entwicklung zusichern kann, die nur durch die ständig wachsende Macht des Kapitalismus gehindert oder gehemmt wird, während gleichzeitig Energie und Lebenskraft durch die Aussicht auf unverduldete Arbeitslosigkeit und Altersnoth und die unsichere Zukunft der Kinder geschwächt wird.

Als die nächstliegenden Aufgaben der Landes-Gesetzgebungs-macht weist der Kongress daher im Namen des Friedens und der Gerechtigkeit auf folgende Reformen hin:

Einführung der geheimen Abstimmung; ein Wahlkreisgesetz, das allen Bürgern gleich viel Einfluß sichert; garantierte Organisationsfreiheit; Abschaffung der Ausnahmegerichte, die auf den Diensthöfen und Seelenten ruhen; Arbeitsgerichte und Schiedsgerichte; Achtstündigen Arbeitstag; allgemeine Unfallversicherung; Reform der Altersversicherung mit festen hinreichenden Pensionen oder humanem Unterhalt für alle unbemittelten Greise, Arbeits- und andere Invaliden, sammt einer humanen Ordnung der Krankenpflege; Versicherung gegen Arbeitslosigkeit; eine Gerichtsreform mit demokratischen Prinzipien, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, kostenlose Rechtspflege und Schutz gegen Mißbrauch der Untersuchungsbehörden; Zoll- und Steuerreform nach dem Prinzip der Abminderung der Steuerlast nach der Steuerkraft; eine Lösung der Bodenfrage in Uebereinstimmung mit dem Programm der Sozialdemokratie, sobald den Landarbeitern Freiheit und Selbstständigkeit zugesichert wird.

Wird der Kampf auf einer solchen Grundlage aufgenommen, so zweifeln wir nicht an seinem siegreichen Ausfall.

Berner spricht der Kongress aus, daß die Sozialdemokratie in diesem Kampf, gleich wie bisher, bereit ist, mit allen denen zusammenzuarbeiten, die das allgemeine Wahlrecht als Hauptfaktor in Staat und Kommunen betrachten wollen und an der Lösung oben genannter und anderer Reformen in sozialem Geiste mitwirken, das heißt der Art, daß von der Pflicht der Gesellschaft ausgegangen wird, die Klagen der Schwachen anzuhören, den Schwachen weiter zu helfen und denen humane Fürsorge zu theil werden zu lassen, die im Konkurrenzkampf unterliegen. Aber dagegen müssen wir bestimmt fordern, alle diejenigen Bestrebungen abzuweisen, die darauf ausgehen, den im voraus privilegierten oder doch verhältnismäßig begünstigten Klassen neue Vortheile auf Kosten der Stadt- und Landarbeiter oder des gewerbtreibenden Mittelstandes zu gewähren. Wir wollen im Kampf gegen die Reaktion der Rechten und eine undemokratische Klassenpolitik wie bisher loyal die übrige Opposition unterstützen, vorausgesetzt, daß diese ebenso loyal dazu beiträgt der Sozialdemokratie eine Vertretung zu schaffen, die ihrer Stärke im Lande entspricht.

In vollem Gefühl der Verantwortung, welche auf unserer Partei ruht, als dem einzig festen Punkt in dieser Zeit der Partei-auslösung und des Interessenkrieges, da der große soziale Kampf vorbereitet wird, wo auf der einen Seite alles versammelt wird, was Interesse an der Erhaltung der bestehenden Privilegien hat, während auf der anderen Seite der ganze Arbeiter- und Mittelstand sammt allem Freisinn sich in der Sozialdemokratie sammelt — in dem lebendigen Gefühl von dieser großen Verantwortung, aber auch in dem unerschütterlichen Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache und an die Kraft unserer Partei, ihre weltgeschichtliche Mission zu erfüllen, schließen wir dieses Manifest mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie in Dänemark, einem Hoch auf den internationalen Sozialismus!

Nachdem dieses Manifest einstimmig und mit großem Beifall angenommen war, verhandelte man über die Landarbeiterfrage. Allgemein wurde auf die Schwierigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter hingewiesen und die politische Organisation für die nächste Aufgabe erklärt. Schließlich beantragte man einen Ausschuß, der sofort in Thätigkeit zu treten hatte, mit der Prüfung dieser Frage. Der Ausschuß schlug am nächsten Tage folgende Resolution vor: Indem der Kongress den Landarbeitern die Unterstützung der Sozialdemokratie zur Verbesserung ihrer unangünstigen Verhältnisse, unter denen sie leben, zuzugestehen, erkennt er gleichzeitig an, daß die Bestrebungen zur Erreichung derselben von den Landarbeitern selbst ausgehen müssen. Der Kongress erklärt, daß die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Landarbeiterfrage in erster Reihe in der Agitation für die Ausbreitung des Sozialismus, die Bildung und Befestigung sozialdemokratischer Organisationen besteht. Daneben hält es der Kongress für verdienstlich, daß die Arbeiter an den Orten auf dem Lande, wo eine größere Anzahl unter gleichen Bedingungen arbeiten, wie z. B. in Ziegeleien, Zementfabriken u. dergl., gewerkschaftliche Organisationen bilden, die in Verbindung treten mit anderen Organisationen, welche ähnliche Ziele verfolgen.

Aber daneben soll auch die Errichtung sozialdemokratischer Vereine an den betreffenden Orten erstrebt werden. Der Kongress empfiehlt der Zentralleitung bei passenden Gelegenheiten sozialistische Flugblätter herauszugeben, von denen jedes eine Anforderung zum Abonnement auf die sozialistische Presse, besonders auf den „Landarbeiter“ enthalten soll.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zur Frage der Agitation wurde beschlossen: Der Kongress fordert die Distriktsausschüsse auf, auf der Basis der bestehenden Wohlfonds-Marken in so großer Ausdehnung, wie möglich, der Partei die größtmöglichen Einnahmen zu verschaffen und den Distriktsausschüssen bestimmte Regeln für Einschätzung der Agitatoren aufzustellen. Die auf die Wohlfonds-Marken eingelaufenen Beträge werden von den Distriktsausschüssen verwaltet, in Kopenhagen vom Geschäftsausschuß. Im übrigen sucht der Kongress die Zentralleitung und Abgeordneten, so sehr wie möglich die verschiedenen Distrikte hinsichtlich der Agitation zu unterstützen. Ebenso empfiehlt der Kongress den Agitations-Ausschüssen Hausaufsätze zur Agitation in den Handelsstädten zu verschicken.

Ferner wurde folgende Resolution angenommen:

Der Kongress empfiehlt den Agitations-Ausschüssen, die Verhältnisse in den verschiedenen Wahlkreisen zu untersuchen, die Agitation bis zu den Wahlen dort zu konzentriren, wo die Bedingungen für Aufstellung sozialdemokratischer Kandidaten vorhanden sind, sowie bei Zeiten die nöthigen Ermittlungen über die Stärke der Organisationen und die Zahl der sozialdemokratischen Wähler den Distrikts-Ausschüssen zuzuführen.

Politische Ueberblick.

Berlin, 24. Juli.

Zum Parteitag der französischen Arbeiterpartei in Lille erschienen als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie die Abgeordneten Bebel, Fischer, Liebknecht und Singer, für die österreichische Bruderpartei Victor Adler, für die spanische Pablo Iglesias und für die rumänische Athanasiu. Ueber den Empfang der fremden Delegirten berichtet uns ein Privattelegramm:

Geleitet wurden die deutschen, österreichischen, spanischen und rumänischen Gäste abends im „Hotel de ville“ empfangen. Ein Ehrenwein wurde ihnen kredenzet.

Die katholischen und kapitalistischen Gegner organisierten durch Plakate und Handzettel eine Gegenemonstration. Der geplante Festempfang der Arbeiterpartei wurde durch ein Verbot des Bahnhofsvorstandes, auf dem Bahnhofspiaz Aufstellung zu nehmen, verhindert. Der Platz vor dem Stadthaus war von Tausenden gefüllt. Die sozialistischen Arbeiter waren in großer Majorität. Einige Personen suchten durch Pfeifen zu tönen. Gewaltthätigkeiten kamen nicht vor. In dem Ehrenpunsch, der im Palais Rameau nach dem Empfang stattfand, nahmen Tausende theil. Die Begeisterung war sehr groß. Der Bürgermeister Letort theilte eine entzückende Begrüßungsrede. Liebknecht, mit einem Lufschiff empfangen, antwortete unter frenetischem Beifall, es sprachen ferner Adler, Iglesias und Athanasiu.

Die gegnerischen Blätter lassen sich aus Lille sensationelle und übertriebene Depeschen über Straßenezzen, tumultuöse Szenen, große deutschfeindliche Demonstrationen, Zusammenstöße, Schlägereien, Angriffe des Militärs, Verhaftungen etc. senden. Auch ein Blatt, wie die „Voss. Ztg.“, benutzte die Gelegenheit, um unsere Genossen zu verdächtigen. Sie schreibt:

Die nichtsozialistische Bevölkerung von Lille, die von starkem französischen Nationalgefühl erfüllt ist, kann nicht verstehen, daß es in Deutschland und zumal im deutschen Reichstage Leute giebt, die anders als deutsch gesinnt sind.

Wenn deutsch sein nicht heißt, in chauvinistischen Phrasen machen, sondern seine ganze Kraft für das Wohl-ergehen des deutschen Volkes einsetzen, dann sind unsere Vertreter mindestens so gute Deutsche, wie die der „Voss. Ztg.“ vorschwebenden wahren Vertreter des Deutschthums. Das Wolffsche Telegraphenbureau verschickt folgende Darstellung:

Die Stimmung der sozialistischen wie antisozialistischen Bevölkerung war schon vorher durch Zeitungartikel und Plakate erhitzt worden. Die Plakate der Reiter des Sozialistenkongresses, in welchen zur Begrüßung der Fremden, namentlich der deutschen Delegirten aufgefordert wurde, wurden mit gedruckten und geschriebenen Ausschlagzetteln mit entgegengesetztem Inhalt beantwortet. In Maueranschlägen, welche sich an die Stubenten richteten, hieß es: „Die Deutschen wagen den Boden Lilles, der

Zum Internationalen Kongress in London.

Brüssel, 24. Juli 1896.

Je weiter man vom deutschen Vaterlande sich entfernt, umso deutlicher tritt das Bewußtsein von der politischen Rückständigkeit des Reiches vor Augen. Wir stiegen gestern Abend in Brüssel ab — alle Hauptstraßen besetzt und geschmückt, auf öffentlichen Plätzen und Tribünen für Musikbänden aufgeschlagen, bunte Lampen in allen Farben leuchteten für den Abend eine „italienische Nacht“. Und welche Massen bewegten sich am Abend in diesen Straßen, an diesen zahlreichen öffentlichen Plätzen. Ein ewiges Flutheu und Stauen — aber nirgends ein Schreien, Stoßen, Brüllen und Schanzeln seitens nervöser Politisten; insofern auch nirgends „Anrufe“, Männer und Weiber, Kinder und Greise — alles ist fröhlich und geduldig, wartet hier einen Augenblick, bis der Menschentümel sich entwirrt hat, macht dort einen Tröschle Platz, die sich mühselig durch die kühnende Menschenmenge drängt, tanzt und singt, wenn die Musikkapellen spielen! — Und all' das zur Erinnerung an die Revolutionen des Jahres 1892! Und der belgische Staat geht nicht aus den Augen: Staat und Stadt bestreiten sogar Fest- und Illuminationskosten aus öffentlichen Mitteln!

Man vergleiche dagegen eine Sedan- oder sonstige patriotische Feier in Berlin! Hier in Brüssel ein Volksfest — und in Berlin? Hier in Brüssel Polizei und Bürgerwehr mitten in den wogenden fröhlichen Massen, — und in Berlin? — Hier in Brüssel keine Absperrung ganzer Straßen und Plätze, keine Jüge berittener Schutze, die in bekannter Berliner Art durch lautes Kommando und unter Verwendung der nächsten ihrer Herde ihren Anordnungen Respekt verschaffen! Darum auch kein brüllender patriotischer Mob, der an Eisenkäulen und Straßenslaternen sich breit macht!

Der Gegensatz zwischen Brüssel und Berlin trat uns besonders vor Augen, als wir die Menschenmassen am Marktplatz sahen! Dieser Platz, der in Europa kaum seinesgleichen an architektonischer schöner Umrahmung hat, war feenhaft beleuchtet und bis in den letzten Winkel gefüllt. Die wundervollen Formen und Linien des gotischen Rathhauses und des renovirten Rathhauses traten in der Illumination in wirkungsvolle Erscheinung, daneben all' die prächtigen Zunft- und Gildehäuser in den weichen, phantasiereichen Formen der Renaissance, mitten auf dem Platze, von einer Fluth elektrischen Lichtes überflössen, die Tribüne für die Musikbände — der ganze weite Platz ein wogendes Meer heiterer, fröhlicher Menschen! Und wie ruhig entleerte sich dieser Platz durch die schmalen Gassen und engen Gäßchen! Ohne Geschrei und ohne Lärm, denn Polizei und Volk sind zu freier Bewegung erzogen!

Aber nicht bloß anlässlich dieses Volksfestes trat dieser Mangel an polizeilicher Bevormundung so angenehm in Erscheinung; er tritt uns auf Schritt und Tritt entgegen. Das

Polizeiregiment der belgischen Regierung ist begreiflicherweise kein besonderer Freund der Schule! Der Herzenswunsch unserer Reutemilite und Konfessionen: Die Schule der Kirche! ist hier nach besten Kräften erfüllt. Liberale, Fortschrittler und Sozialisten suchen den Schlag gegen die allgemeine Volksbildung nach Rechten zu pariren, sie gründen freie Schulen für Jedermann, Armenschulen, ja sogar bekanntlich eine freie sozialistische Universität. Woher aber die Mittel für diesen Zweck nehmen? Tout comme chez nous! Ueberlässe von Festen, freiwillige Beiträge, öffentliche Sammlungen, aber — während bei uns überall die Polizei dazwischen fährt mit dem groben Unfug-Paragrafen. Mit dem Begriff der öffentlichen Kasse geben hier die Sammelbüchsen offen im Restaurant, im Café, auf den Straßen an ihre Arbeit: wer geben will, giebt — belästigt wird niemand, auch der nicht, der giebt! Also gerade umgekehrt wie bei uns!

Auch der Schule selber wird kein Hindernis bereitet! Insofern sie der gesetzlichen Anforderung über die Befähigung der Lehrer entsprechen, sind sie gleichberechtigt mit den Staats-schulen. So haben die Zeugnisse der freien Universität in der juristischen und philosophischen Fakultät für die Zulassung zum Staatsexamen dieselbe Gültigkeit wie jene der Staatsuniversitäten, weil die Dozenten und Professoren in diesen Fächern die Staatsprüfung bestanden. Wir haben ferner bei der freien sozialistischen Universität die Thatsache zu verzeichnen, daß Professoren der Staatsuniversität zugleich an der freien Universität dozierten, ohne daß ihnen seitens der Regierung irgend welche Schwierigkeiten bereitet wurden.

Wie anders dagegen bei uns! Welche charakterlose Hege der bürgerlichen Presse z. B. im Falle Kronz, bloß weil dieser in seiner politischen Ueberzeugung offen Sozialist ist! Und welcher Staats- oder Gemeindeführer hätte in Berlin es wagen dürfen, an der Arbeiter-Bildungsschule öffentlich zu wirken! Und wiederholt Politisten wären in Berlin auf den Plan gerufen worden, wenn für die freie Volkshöhe, für die Arbeiter-Bildungsschule und dergl. Leute mit Sammelbüchsen auf den Straßen, in den Restaurants etc. Beiträge erbeten hätten! Wir finden allemal so sehr in Polizeibegriffen und sind so sehr an polizeiliche Bevormundung gewöhnt, daß wir im Ausland auf Schritt und Tritt uns fragen: Ist denn das hier ohne polizeiliche Genehmigung erlaubt?! Gines muß doch erwähnt werden: Die Polizei ist hier Gemeindepolizei, vom Gemeinderath gewählt, bezahlt, regulirt und kontrollirt. Und der Gemeinderath in Brüssel ist zum theil sozialdemokratisch! Das erklärt alles! Wir in Berlin dürfen bekanntlich die Polizei auch bezahlen, sogar sehr theuer — zu sagen an haben aber weder Magistrat noch Stadtverordnete etwas! Freilich: auch in Belgien — so erzählten uns unsere belgischen Genossen — werden die Gemeindefreibeiten im selben Maße beschränkt, als sie mehr und mehr in die Hände der sozialistischen Arbeiter fallen — aber über ein gewisses Maß der Reaktion kann man hier nicht hinausgehen, wir in Deutschland befinden uns jedoch seit 3 Jahrhunderten in einem fort-

währenden Kampfe um Verminderung des Gemeindefreibeits, so daß dem Staate bald nichts mehr zu nehmen möglich ist.

— Natürlich gingen wir auch ins Maison du peuple! Es ist viel zu klein geworden. Ein paar Straßen weiter haben die Genossen den Bau eines neuen großen Volkshauses begonnen — in Jahresfrist werden die Brüsseler Genossen ein wirkliches Volkshaus haben — prächtige weite Räume und einen Versammlungssaal darunter, der 3000 Personen faßt. Mit Ausnahme des Bäckereibetriebes waren zu der späten Abendstunde selbstverständlich alle Abtheilungen der Genossenschaft geschlossen. Die Genossenschaftsbücherei ist reich vergrößert und befindet sich in der Nähe des Justizpalastes. In drei Schichten von je acht Stunden ist solidarischer Betrieb eingeführt — die neuesten Maschinen und besten Einrichtungen erleichtern die Arbeit nach Möglichkeit und das Resultat ist ein glänzendes: Eine Viertel-million Geschäftsbücher, der zum Vortheil der Mitglieder wie im Interesse der allgemeinen Arbeitersache seine Verwendung findet. Welche Earm erhob sich in Deutschland, als der Bundesrath die belandete Bäckereiorordnung erließ mit der 12- bzw. 14stündigen Arbeitszeit. Bei uns gehen angeblich die Bäckereimeister dem finanziellen Bankrott entgegen, wenn der schamlosesten Ausbeutung eine bettelarme Schranke gezogen wird. Der Sozialreform-Minister par excellences ging ohne Sang und Klang aus dem Ministerhotel — in Belgien machen die Sozialisten mit dem Achtundzestag ein glänzendes moralisches und finanzielles Geschäft — die Ruhanwendung für den kapitalistischen Betrieb liegt nahe.

Der Neue Welt-Kalender für 1897

ist Ende der vorigen Woche erschienen. Er wird vielen Freude, Erquickung und Belehrung bringen, größere als seine beiden unmittelbaren Vorgänger sie zu bieten im stande waren. Gleich das erste Prosafstück, mit dem literarische Theil des Jahresbuches anhebt: „Das Meisterstück“, präsentirt sich als ein Meisterstück deutscher Erzähl-Kunst. Schon der erste Satz: „Der Herd konnte sich auf Thüringens Bergen“, sagt dem Leser, daß er es hier mit einem Künstler zu thun hat, die Zeichnung der aufstrebenden Personen, die Entwicklung der Fabel beständig dieses Urtheil, die Erwähnung und der Hinweis auf ganz bestimmte Zeitercheinungen beweisen, daß in dem Künstler auch ein Denker steckt. Den Schluß der Erzählung hätte ich mir etwas anderes gewünscht. Aber das ist Ansicht, Geschmack, oder vielleicht auch Temperamentsache. Und darum handelt es sich hier nicht. Sondern um etwas anderes. Wer die Haupterzählung des vorjährigen Kalenders mit dem „Meisterstück“ in Vergleich stellt, muß sich wundern, daß beide Stücke aus der Feder ein und desselben Schriftstellers stammen. Beide Erzählungen sind wohl mit derselben Sorgfalt geschrieben, aber der Eindruck, den sie zurücklassen, ist ein grundverschiedener. „Ein Räuber“ läßt den Leser,

Baterstadt Faidherbes zu betreten! Die Municipalität will sie im Triumph empfangen. Wir werden diese Profanation nicht ohne energische Gegenmaßnahmen lassen. Andere Plazate forderten die Bewohner auf, die Gassen, welche den Boden dieses zu beschmutzen wagen, nach Gebühr zu empfangen.

Der Stadthausplatz war gegen 1/2 Uhr von einer dichtgedrängten Menge besetzt. Als der Zug der fremden Delegierten ankam, erbot sich die Musik: „Nieder Deutschland! Nieder Preußen! Es lebe Frankreich! Es lebe Elsaß-Lothringen!“ Die deutschen Reichstags-Abgeordneten befanden sich nicht im Zuge; dieselben hatten sich einzeln unerkannt nach der Mairie begeben, woselbst ein Ehrenruhm veranstaltet wurde. Gesänge und andere Franzosen toaselten auf die fremden Delegierten. Lieblich erwiderte, nach den Berichten der Blätter, indem er der Bevölkerung für ihre Aufnahme danke. Im Palais Rameau, wo später das Volksbankett stattfand, waren nach sozialistischen Berichten 10 000 Personen anwesend. Bebel sagte, er sei glücklich sich inmitten französischer Sozialisten zu befinden und erinnere daran, daß er seinen Protest gegen die Annexion Elsaß-Lothringens mit zwei Jahren Gefängnis bezahlt habe.

Die fremden Delegierten waren bereits um 1 Uhr nachmittags hier eingetroffen, jedoch hatte der Maire den Empfang am abends verschoben, damit die Fabrikarbeiter der Umgebung an den sozialistischen Manifestationen teilnehmen könnten.

Nach anderweitigen Nachrichten wird die Anzahl der Personen, welche sich an den Kundgebungen gegen die deutschen Abgeordneten beteiligten, auf 20 000 geschätzt. Da die Delegierten nicht durch die Menge hindurch konnten, mußten sie sich einzeln und auf Umwegen zur Mairie begeben. Die Rufe „Es lebe der Sozialismus“, „Es lebe Deutschland“ wurden von der Menge beantwortet mit den Rufen „Es lebe die Armee“, „Es lebe Elsaß“, „Nieder mit Preußen“. Die Soldaten wurden im Triumph durch die Straßen getragen, die Polizei wurde gänzlich zurückgedrängt. Die rote Fahne, welche die Sozialisten mit sich führten, wurde ihnen entzogen und zerstückt. Vor dem Stadthaus sammelte sich die Menge und forderte unter fortwährenden Hochrufen auf Frankreich die Auflösung des Kongresses, wobei mehrere Freischützer mit Steinen eingeworfen wurden. Die Gendarmerie hielt den Patrouillendienst bis spät in die Nacht aufrecht.

Die amerikanische Präsidentenwahl dürfte mit einem Siege der demokratischen Silberpartei enden, da die Populisten sich auch für Bryan erklärt haben. Ganz sicher ist freilich der Sieg der Silberpartei nicht, wie aus folgender Depesche hervorgeht:

Die Demokraten, welche Goldanhänger sind, hielten gestern eine Konferenz ab, in welcher sie beschlossen, daß der Konvent dieser Partei für die Erneuerung der Kandidaten und die Annahme des Programms spätestens am 2. September abgehalten werden soll.

Deutsches Reich.

Das Pastorentelegramm des Kaisers ist, wie dem „Hannov. Cour.“ als verbürgte Tatsache mitgeteilt wird, unredigiert worden, ehe Herr v. Stumm in den Stand gesetzt wurde, es zum Druck zu befördern. Einige Sätze der ursprünglichen Fassung sollen nach erheblich mehr für ungelautet haben. Zuerst war das Telegramm nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Herr v. Stumm habe in seiner in Meinkirchen gehaltenen Rede die ersten Stimmungen gemacht und damit eine Indiskretion begangen. Erst nachdem diese Indiskretion statgefunden hatte und nicht aus der Welt geschafft werden konnte, hat der Kaiser die Veröffentlichung des Telegramms befohlen. Angesichts des aufdringlichen Uebersees, mit dem die Stumm'sche Presse fortgesetzt für ihre Taten die ungeschmälteste und ausdrückliche Billigung ins Gesicht führt, erscheint es dem „Hann. Cour.“ angebracht, endlich hierzu ein offenes Wort zu sagen. Die Veröffentlichung des sogenannten Pastorentelegramms sei ein politischer Fehler gewesen, für den zwar nicht die amtliche Regierung, wohl aber die nicht amtliche Stumm'sche Nebenregierung die Verantwortung trifft.

Viel Freund, viel Schand, so kann Herr Landauer das Wort „Viel Freund, viel Ehr.“ variieren. Nach König Stumm's Organ, lobt jetzt Bismarck's Blatt, die „Hamburger Nachrichten“, den Bericht des „Sozialist“ über die deutsche Arbeiterbewegung. An der Spitze des Blattes bringt Bismarck's Leitorgan schamlos lange Auszüge aus Herrn Landauer's Arbeit. Daß uns übrigens die „Hamburger Nachrichten“ ganz durchschaut haben, geht aus folgender Stelle hervor:

Der auf etwas mehr als den blanken Stoff sieht, fällt die Charakterisierung ersieht ihm zu unbestimmend, zu allgemein, daß merkt er, daß hier von allem Anfang an die Tendenz die Kunst erdrückt. Nun ist ja keine Kunst tendenzlos. Aber je schärfer eine Tendenz herausgebracht werden soll, je ungewohnter diese Tendenz ist, desto größer muß auch die Kunst sein. Das ist in „Ein Märtyrer“ nicht der Fall, und es konnte nicht der Fall sein. Was der Dichter nicht gefühlt, nicht erfahren, kann er nicht zur Darstellung bringen, so daß ein lebendiges Gebilde erscheint. Man hat es wohl versucht, sehr oft sogar, das Gegenteil zu beweisen, aber geglückt ist das Experiment noch keinem. Darum werden wir auf das, was man hier und da „proletarische Kunst“ nennt, wohl noch etwas warten müssen. Eine Erweiterung nach der Stofflichen Seite hin ist in dieser Übergangszeit allerdings möglich. Beweis: die im heutigen Kalender abgedruckte humoristische Skizze: „Die Heilstatue“. Der Autor zeichnet mit B. Sch. Wenn ich Redakteur wäre, würde ich mir den Mann als Mitarbeiter verpflichten. Ein Nummer-Einz-Beitrag in künstlerischer Beziehung ist ferner das Gedicht: „Am Grabe Friedrich Engels“ von H. H. An größeren Erzählungen bringt der Kalender noch: „Der Schuttmacher von Osterweiler“ von Elise Langer und „Ein gutes Geschäft“ von C. Sander. Das letztere Stück ist eine Parodie und wird recht viel Lachen erregen. Der neue Kalender bringt ferner die Lebensbeschreibungen: Erinnerungen an Friedrich Engels, und Würdigungen Robert Schweichel's und Wilhelm Liebknecht's. Ueber Engels und Schweichel hat Liebknecht geschrieben in seiner lebhaftesten Weise und gegenständlichen Darstellung, die immer wieder den Wunsch rege machen, der „alte Soldat“ möge und doch einmal seine Lebenserinnerungen in geschlossener Form beschreiben. Der Artikel über W. Liebknecht hätte etwas wärmer ausfallen können, es hätte niemand über Heroen-Vergötterung geschrieben.

Den belehrenden Teil des Jahrbuches bilden drei Artikel: „Angehöriger und Wegweiser für Unfälle und Erkrankungen bis zum Erscheinen des Arztes“, „Mehr Licht“, eine geschichtliche, durch Zeichnungen unterstützte Vorführung der Leuchtungskörper von J. Luz, und „Der Nordpol und seine Erforschung“ von Vorhards. Maximal Witzig erzählt von der „Pauernoth im dreißigjährigen Kriege“, H. Böller von der „Anerkennung der Leute“. Der letztere Aufsatz ist besonders interessant. Den Schluss des Jahrbuches bilden einige illustrierte Scherz- und die obligaten Räthsel.

Was die Illustrationen betrifft, so sind diese diesmal bedeutend besser als in den früheren Jahren. Die drei Porträts sind gut und sauber geschnitten, besonders das von Engels. Auch die Illustrationen zu den Erzählungen entsprechen dem Charakter und der Verbreitung des Kalenders. Von den vier Charakterbildern würde ich noch am liebsten das farbige missen, es ist uncharakteristisch und zu weidlich. Am so besser ist „Ein letzter Versuch“. Die Monatsbilder sind leider geschwunden. Daß sie bald der Weier holen möge, wünscht frei heraus

Nach unserer Kenntnis der sozialdemokratischen Taktik braucht es trotz der scheinenden Ernsthaftigkeit der Anschuldigungen und Herabsetzungen, welche die anarchistische Kundgebung bezüglich der Führer der deutschen Sozialdemokratie und dieser selbst enthält, keineswegs als ausgeschlossen betrachtet zu werden, daß hier bestellte Arbeit vorliegt, um die deutsche Sozialdemokratie in Gegensatz zu den Anarchisten als harmlose Reformpartei hinzustellen, die niemals zur Gewaltthat schreiten würde. Wie wir über diesen Punkt denken, wissen unsere Leser und wir lassen uns darin durch keinerlei sozialdemokratisch-anarchistische Spiegelschreier irren machen.

Ueber die Bäckerschuhverordnung kann sich die „Deutsche Tages-Zeitung“ noch immer nicht beruhigen. Heute läßt sie sich auf Geis schreiben:

„Ein drastisches Beispiel dafür, wohin die übertriebene sogenannte Fürsorge für die Arbeiter führen kann, erleben wir hier. Seit dem 1. Juli besteht bekanntlich die bündelbräutliche Bäckerverordnung, die es untersagt, Bredlinge länger als zwölf Stunden zu beschäftigen. Seit dieser Zeit haben nun auch die Herren Bäckerjungen, um ihre freie Zeit todtschlagen zu können, einen Regelklub gegründet, in dem allwöchentlich zweimal wacker geschoben wird! — Was sagen die weisen Regierungsmänner, was sagt Herr v. Stöcker dazu?“

Was die Herren dazu sagen werden, wissen wir nicht. Wir glauben, daß die Bäckereibetriebe nach zwölfstündiger angestrengter Arbeit alles Recht hätten, Regel zu schieben, es aber wohl vorziehen, ordentlich auszuschlafen.

Der hannoversche Bergarbeiter gilt als gefährlich. Die in Folge des Hannover'schen Spielprojesses verabschiedeten Offiziere sind, woran die „Deutsche Zeitung“ gelegentlich eine Mittheilung über die Kommandierungen zur Reitschule in Hannover erinnert, bis auf zwei wieder angestellt; etliche, darunter auch ein bekannter Herrenreiter, thun vorläufig als Reserveoffiziere Dienst; ihre Einkünfte in die betreffenden Regimenter als aktive Offiziere soll aber demnächst zu erwarten sein.

Die den polnischen Bergarbeitern das Koalitionsrecht erschwern wird, sieht man aus der Mittheilung, daß in Kattowitz gegen 100 Bergleute wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung Anklage erhoben wurde.

Frankfurt, 22. Juli. (Sig. Ber.) Heute rückte das 3. Bataillon des 11. Inf. Infanterie-Regiments Nr. 38 erst um 1/2 7 Uhr früh zu einer Uebung aus, von der es um 1 Uhr zurückkehrte. Es war heute eine ungewohnte Hitze, wohl 27° Celsius. Bei der Uebung erhielt der Reserve-Lieutenant Lange den Hieb und verlor infolge dessen.

Badze, 21. Juli. Eine merkwürdige Meldung bringt der hiesige „Anzeiger“. Danach soll die Gemeindevorstandung in Alt-Jahrze gesperrt worden sein, und zwar auf Veranlassung des königlichen Oberpostamts, um die Gemeinde zur Annahme eines Vertrages zu zwingen, mit dessen Abfassung sie sich nicht einverstanden erklären konnte. Auch hier wird man sich schwer dazu entschließen können, an die Richtigkeit der Mittheilung in dieser Form zu glauben. Eine derartige Maßnahme müßte angesichts des Wassermangels, unter dem der dicht bevölkerte Industrieort zu leiden hat, die übelsten Folgen nach sich ziehen. Wie nach dem genannten Blatte verlautet, sollen schon Ausschreitungen vorgekommen und die Wasserhähne mit Versteigerung bedroht gewesen sein.

Fehren, von Schorlemer betr. brachten hiesige Zeitungen eine kurze Notiz, daß sich das Gerücht von seiner Ueberführung nach dem Sonnenstein nicht bestätigte. Demgegenüber müssen wir, so schreibt die „Sächs. Arb.-Ztg.“, auf grund eingehender Information konstatieren, daß Sch. allerdings überführt worden ist. Die plötzliche Ueberführung hängt, wie wir nachträglich erfahren, mit der Auflösung der 5. Strafkammer während der Dauer der Ferien zusammen. Sch. war bekanntlich der Häftling der 5. Strafkammer.

München, 23. Juli. (Münch. Post.) Ein skandalöses Vorkommnis hält die Bewohner mehrerer hiesiger Stadtbezirke in großer Aufregung. Seit einigen Tagen besitzen sich in diversen Krämereien und Käsehandlungen ganze Stöße von Anmeldeformularen zur Rekrutierungs-Stammrolle aus dem Jahre 1895, die nun als Einwickelpapier Verwendung finden. Die ausgefertigten Meldebogen kommen nach den uns vorliegenden circa 50 Exemplaren aus dem hiesigen Meldeamt und enthalten nur Namen von Militärpflichtigen aus München und Umgebung. Ganz abgesehen von den sicher nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Personalien und Familienstands-Verhältnissen befinden sich auf der Rückseite der Meldebogen, zu allem Ueberflusse auch noch die Vorstufen der betr. Militärpflichtigen gewissenhaft aufgeführt. Der letztere Umstand ist es nun, der dieses Einwickelpapier einerseits sehr interessant erscheinen läßt und zu entsprechender Fruchtbildung der bezüglichen Notizen Anlaß gibt, dagegen andererseits die berechtigte Entrüstung im Gefolge hat. Nicht selten liest man nämlich auf den Meldebogen bekannte Namen und auf der Rückseite die peinlich genaue Anzeichnung der Strafliste der betreffenden. Die Folgen hiervon kann sich jedermann leicht selbst ausmalen. Selbst die bei den Krämerern einkaufenden Kinder schlagen bereits Kapital aus den ihnen in die Hände kommenden Bogen, von der eifrigen Thätigkeit der Matrosenbojen beiderlei Geschlechts ganz zu schweigen. Die hochwohlwollende Militärbehörde wird eine solche Indiskretion kaum gutheißen können und ohne Zweifel eine Erklärung abgeben müssen über den hier vorliegenden offensichtlich groben Mißbrauch mit internen Aktenstücken. Wir begreifen die Aufregung weiter Kreise infolge des geschilderten Vorkommnisses sehr gut und sind gespannt, was die zuständige Behörde in dieser Sache zu thun gedenkt. Wir bemerken nochmals, daß die der weiten Öffentlichkeit preisgegebenen Anmeldungen zur Rekrutierungs-Stammrolle aus dem Jahre 1895 stammen.

Darmstadt, 23. Juli. (Sig. Ber.) In der Zweiten Kammer beantragte der sozialdemokratische Abgeordnete Müller über die Ruppe der sich weigenden Stadtverordneten hinweg, ein Gewerbegericht für Darmstadt zu errichten begw. die Regierung dazu aufzufordern. Müller verteidigte die Gewerbegerichte gegen die in der Darmstädter Stadtverordneten-Versammlung erhobenen Vorwürfe und fand in dem Kreisrat Hans Offenbach einen tüchtigen Partner, welcher der Wirklichkeit der Gewerbegerichte besonders als Einigungsämter bei Lohnstreitigkeiten hohes Lob spendete. Aufgefordert vom Kreisrat Hans ernoberte der Abg. Wolfstahl, der zugleich Stadtverordneter in Darmstadt ist, daß die dortige Stadtverordneten-Versammlung schwere Bedenken gegen Errichtung eines Gewerbegerichts habe und sich von einer gegenständlichen Wirksamkeit dieser Art Gerichte noch nicht habe überzeugen können. Die Kammer beschloß, die Regierung zu ersuchen, die Stadtverordneten-Versammlung zu Darmstadt aufzufordern, schleunigst einen Beschluß wegen Errichtung eines Gewerbegerichts herbeizuführen und der Kammer das Ergebnis der Beschlußfassung mitzutheilen.

Darmstadt, 24. Juli. Die zweite Kammer nahm heute mit 80 gegen 16 Stimmen die Vorlage betreffend den Staatsvertrag mit Preußen sowie den Ankauf der hiesigen Ludwigsbahn an. Dank der Bemühungen des Abg. Osann sind die Nationalliberalen Mann für Mann umgefallen.

Amerikanische Repressiv-Maßregeln gegen Deutschland werden durch die „New-Yorker Staats-Zeitung“ angefündigt. Das Blatt schreibt:

Wegen amerikanisches Vieh in deutscherseits im November 1894 wegen des Texas-Fiebers ein Einfuhrverbot erlassen worden. Wegen diese Maßregel soll demnächst ein neuerlicher Vorstoß von zwei Seiten erfolgen: von den geschädigten deutschen Interessenten und von dem amerikanischen Sekretariat für Landwirtschaft im Interesse des hiesigen Viehexports. Man hat behauptet,

daß das zum Export gelangende amerikanische Vieh stark mit Texas-Fieber befallen sei, daß in Amerika die Maul- und Klauenseuche grassire, daß die von amerikanischen Behörden vorgenommene Fleischschau unzuverlässig sei u. d. Dem gegenüber ist von amerikanischer Seite wiederholt mit aller Ausführlichkeit nachgewiesen worden, daß das Texas-Fieber längst nicht so gefährlich ist, wie es in Deutschland dargestellt wird. Die Maul- und Klauenseuche ist in Amerika in den letzten zwölf Jahren überhaupt nicht epidemisch aufgetreten. Die amerikanische Fleischschau mag anfänglich nicht ganz tadellos funktioniert haben, jetzt aber ist sie musterhaft. Da aber die häufigen und nachdrücklichen Wiedereingänge der gefleischneten deutschen Viehhauptungen bisher fruchtlos geblieben sind, so beabsichtigt die amerikanische Regierung, gegen Deutschland scharfe Repressiv-Maßregeln zu ergreifen, wenn nicht die Aufhebung des Vieh-Einfuhrverbots erfolgt. Unter anderem ist die zwangsweise chemisch-analytische Untersuchung aller von Deutschland eingeführten Waaren vorgesehen, eine Maßregel, welche die deutschen Weinproduzenten und Schaumweinfabrikanten unseugbar schwer schädigen würde.

Oesterreich.

Wien, 24. Juli. Die Blätter berichten über einen Empfang einer Deputation von Industriellen durch den Ministerpräsidenten Graf Raden in Angelegenheit der sozialistischen Bewegung. Die betreffende Abordnung des Aktionskomitees überreichte eine mit den Unterschriften von 852 Fabrikfirmen versehene, zwei dicke Bände umfassende Beschwärtschrift über die unter der Fabrikarbeiter-Schaft unstillgreisende sozialistische Agitation. Die Regierung wird darin aufgefordert, die sozialistischen Umtriebe zu verhindern. Der Ministerpräsident erkannte die Berechtigung der Beschwerden an, hielt jedoch den Industriellen vor, daß sie sich zu wenig um die praktische Durchführung des Unfallversicherungs-Gesetzes gekümmert hätten. Er sagte der Abordnung die eingehendste Prüfung der Beschwerde und die unanschuldliche Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen zu.

Frankreich.

Paris, 24. Juli. In der Presse wurde auf einen Finanzskandal in der Pariser Stadtverwaltung hingewiesen. Nach heutigen Blätterberichten handelt es sich darum, daß durch die Verschleppung gewisser Arbeiten ein provisorisches Defizit von 72 Millionen herbeigeführt worden ist. Allerdings folge daraus, daß beispielsweise die Schulbauten, für die 8 Millionen ins Budget eingestrichelt waren, unterbleiben müssen, weil das Geld anderweitig verwendet worden.

England.

London, 24. Juli. Unterhaus. Die Einzelberathung der irischen Bodengesetz-Novelle ist heute früh nach fünfjähriger Debatte erledigt worden.

London, 24. Juli. Im Prozesse Jameson wurde heute Vormittag das Verhör der Belastungszeugen beendet.

Italien.

Dr. Barbato hat sein Mandat nun endgiltig niedergelegt. Der Wahlkreis Genua, welcher ihn in die Kammer geschickt hatte, dürfte den Sozialisten auch bei der Neuwahl erhalten bleiben. Barbato will sich ausschließlich der Propaganda in seinem Heimathland widmen.

Bulgarien.

Sofia, 23. Juli. Der Staatsanwalt des Gerichtshofes der ersten Instanz wird morgen die Akten über die Ermordung des Statulow's unter Anschluß seiner Schlußfolgerungen dem Gerichtshof zurückstellen. Der Prozeß wird großen Umfang annehmen; wie es heißt, sollen 130 Belastungszeugen vernommen werden. Die Anklage richtet sich gegen 5 Personen, von denen 3 verhaftet und 2 abwesend sind; die Verhandlung dürfte erst im September stattfinden.

Im „Sozialist“, dem hiesigen Organ der Anarchisten, findet sich folgende Notiz:

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat bekanntlich von dem sowjetischen Organisations-Komitee in London den ehrenvollen Auftrag erhalten, die „Eintrittskarten“ zum Kongress, das Verzeichnis der Anträge, die Tagesordnung u. d. den deutschen Delegierten zu übergeben. Die Berliner Delegierten der Anarchisten verlangten am Mittwoch höflich aber bestimmt dieses Material von der „Vorwärts“-Redaktion. Der Beauftragte wurde kurz und barsch zurückgewiesen. Wir erklären es für eine lachhafte Frechheit, daß die „Vorwärts“-Redaktion in Berlin sich anmaßt, die Mandate der Delegierten prüfen zu wollen, eine Sache, die bekanntlich nur dem Kongress selbst zusteht. Man weiß aber nun, warum die Herren Kueing u. Cie. gerade der Firma Liebknecht dieses Amt übertragen haben.

Auf was für Thatsachen gründet sich nun dieser Ausfall gegen uns?

Am 23. Juli mittags erschien auf unserer Redaktion ein Dienstmann, der uns einen Brief übergab und im Namen seines Auftraggebers erklärte, er solle auf Antwort warten. Der Brief lautete folgendermaßen:

Redaktion
des
„Sozialist“
22. Juli 96.

In die 1811. Redaktion des „Vorwärts“.
Baut Bekanthebung im „Vorwärts“ können diejenigen, die von Arbeiterorganisationen am Londoner Kongress delegiert werden, Eintrittskarten und Tagesordnung in der Redaktion des „Vorwärts“ in Empfang nehmen. Für mich und im Namen und im ausdrücklichen Auftrag von Pawlowitsch ersuche ich Sie daher um

2 Eintrittskarten und
2 Tagesordnungen u.
Sollten Karten nicht mehr vorhanden sein, so bitte dem Ueberbringer nur die Tagesordnung (Verzeichnis der Anträge u.) einzuliefern.

Ferner bitte ich im Namen der Redaktion des „Sozialist“ um ein Exemplar der Tagesordnung, Anträge u.

Häftungsvoll
Gustav Landauer,
Pantow, Spandauerstr. 44.

Ueberbringer hat auf den Auftrag zu warten.
Daraufhin erklärten wir dem Dienstmann, daß wir auf dieses Schreiben hin keine Eintrittskarten zum Kongress anhängigen könnten. Das für die Redaktion des „Sozialist“ erbetene Exemplar der Tagesordnung und der Anträge zum Internationalen Arbeiterkongress übersandten wir jedoch umgehend per Post an das genannte Blatt.

Die Gründe für unsere Ablehnung des sonderbaren Gesuches mußte jeder nähere Leser des Landauer'schen Briefes sofort selbst beantworten können. Herr Landauer hat es nicht einmal für nöthig gefunden, in dem Briefe anzugeben, für welche Arbeiterorganisation er denn für sich und Herrn Pawlowitsch Eintrittskarten zum Kongress beansprucht, geschweige denn, daß er uns irgend eine Legitimation für die angegebene Mandate unterbreitet hätte. Ohne Einsicht in eine solche Legitimation genommen zu haben, sind wir aber garnicht berechtigt, irgend jemand Eintrittskarten zum Internationalen Sozialisten-Kongress anzuhändigen. Es ist also ein frecher Schwundel, wenn der „Sozialist“ durch die Fassung der vorstehenden Notiz den Gläubigen zu erwecken sucht, als ob Herr Landauer uns irgend welche Mandate zur Prüfung unterbreitet hätte. Der Zweck dieses Schwundels

liegt allerdings auf der Hand: er soll dazu dienen, bei den ausländischen Delegierten auf dem Internationalen Kongress Stimmung für die Angelegenheit von der Sozialdemokratie schände behandelten Anarchisten zu machen.

Um uns die fernere Belästigung durch ähnlichen konfuse Briefe des Herrn Landauer und ihm selbst nachträgliche Schimpfereien zu ersparen, wollen wir übrigens hier gleich erklären, wie wir unserer Ansicht auch verfahren müßten, wenn Herr Landauer uns wirklich eine Legitimation unterbreiten würde, aus der hervorginge, daß irgend eine Versammlung von Anarchisten ihn und Herrn Pawlowitsch mit einem Mandat für den Internationalen Sozialisten-Kongress betraut hätte. Wir würden ihn in diesem Falle „höflich aber bestimmt“ ersuchen, sich mit seiner Bitte an das Organisationskomitee in London zu wenden. Wir sind nur ausnahmsweise, um den deutschen Delegierten die Beziehung der Karten zu erleichtern, mit der Ausbändigung derselben betraut worden. Steigen uns irgend welche Zweifel über die Berechtigung der Antragsteller zu ihrem Gesuche auf, so müssen wir sie an die zur Vergabe der Mandate zunächst berechnete Organisation verweisen. Wir bezweifeln die Berechtigung einer Versammlung von Anarchisten, Delegierte zu dem Internationalen Sozialisten-Kongress zu wählen. Folglich haben wir gar keine Veranlassung, ihnen Mitgliederkarten auszubändigen. —

† Emil Beck.

Jülich, 22. Juli.
Verfloßene Nacht ist nach circa 15wöchentlicher Krankheit unser Genosse Emil Beck gestorben. In ihm verliert die schweizerische Arbeiterbewegung eine ihrer populärsten Gestalten. Beck war am 11. Juli 1848 in einer badischen Gemeinde bei Waldshut als der Sohn eines der an der Revolution Beteiligten geboren, der nach dem Siege der Reaktion mit andern Flüchtlingen und längere Zeit im Auslande leben mußte. Als 13-jähriger Knabe kam Beck nach Jülich, um die Schneiderei zu erlernen. Nach Beendigung der Lehrzeit ging er in die welsche Schweiz, wo er sich schon als junger Bursche der Arbeiterbewegung anschloß und bereits 1869 in Basel am internationalen Schneiderkongress und am internationalen Sozialistenkongress teilnahm. Im gleichen Jahre mußte er nach Konstanz zur militärischen Dienstleistung und nach dem Kriege von 1870/71 kehrte er wieder nach Jülich zurück, wo er bis zu seinem Tode verblieb und sozusagen immer mitten in der Arbeiterbewegung respektive an deren Spitze stand. Zunächst widmete er seine organisatorische und agitatorische Kraft der Schweizerbewegung, dann der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung und seit 1880 in hervorragendem Maße der Organisation der deutschen Sozialisten und Vereine in der Schweiz. In der Gewerkschaftsbewegung war er besonders lebhaft tätig in den Jahren 1889 bis 1893 als Sekretär des Bundeskomitees, als welcher er in Lohnkonflikten und Streiks mehr als hundertmal den Vermittler machte und zwar mit vielem Erfolg. Sein durch eifriges Selbststudium erworbenes reiches Wissen, seine eindringende Kenntnis der sozialwissenschaftlichen Literatur, der Arbeiterbewegung und wirtschaftlichen Verhältnisse der bedeutendsten Industrieländer; ferner seine reiche persönliche Lebenserfahrung, rasche Auffassung und scharfer Verstand, gepaart mit einem unverwundlichen, geistprüfenden Humor, kamen ihm bei dieser Tätigkeit sehr zu statten. Es gelang ihm auch in sehr vielen Fällen, den Streik zu vermeiden und durch geschickte Unterhandlung manchen Erfolg für die Arbeiter zu erzielen. Seine für den Gewerkschaftsbund verfaßten Jahresberichte sind Broschüren von bleibendem Werte für die gewerkschaftlich organisierten und kämpfenden Arbeiter. Trotzdem mußte auch er manche Anfeindung erfahren, die ihn 1893 mit anderen Genossen zum Rücktritt vom Bundeskomitee bewog.

Widerwillige und einseitige Gegner betreiben bekanntlich in handwerksmäßiger Weise die Verleumdung der Arbeiterführer, daß sie von den Arbeitertrotzigen leben, daß sie hegen und zu Streiks aufreizen müssen, um dabei ihre eigenen Interessen zu wahren u. s. w. Auch Beck ist davon nicht verschont geblieben. Wie in allen anderen Fällen war der Vorwurf auch hier unberechtigt. Als Beck nach vierjähriger Tätigkeit als Bundessekretär zurückgetreten und die Bilanz machte, da ergab sich, daß er in Schulden gerathen war, was nicht anders sein konnte, da er gegen geringfügige Entschädigung einen großen Theil seiner Zeit dem Gewerkschaftsbunde gewidmet hatte. Er mußte nun fleißig arbeiten, um sich wieder herauszureißen, was ihm denn auch gelang.

Bei der durch das Sozialistengesetz veranlaßten Gründung einer Landesorganisation der deutschen Sozialisten und Vereine in der Schweiz, die 1880 erfolgte, war Beck mit in vorderster Reihe und dem in Jülich domizilierten Landesauschusse gehörte er als Sekretär an von 1880 bis zu seinem Tode. Zu den Geldsammlungen und der Fürsorge für die Opfer des Sozialistengesetzes war er unermüdet, ebenso für die Unterstützung der Reichstagswahlen, für die er jeweiligen auch persönlich durch Wahlreden in Baden agitirte. Für die genannten Zwecke wurden über 20000 Fr. aufgebracht. Bei dem in der ersten Hälfte der achtziger Jahre gegen die Anarchisten vom Schläger der Stellmacher, Kammerer, Kaufmann u. c. und gegen die Spitze geführten Kampfe stand Beck mit im Vordergrund, desgleichen Ende der achtziger Jahre bei den Entlassungen der Spindel Schrüder und Haupt, die in Verbindung mit der Wohlgenuth-Affäre die Bismarck und Putzianer, sowie ihre journalistischen Sachrieten zur Verzweiflung brachten. Sie antworteten mit einer widerlichen Hege gegen die Schweiz, die alle deutschen Sozialisten in die Bismarckischen Klauen liefern sollte und thatsächlich eine bundesanarchistische Untersuchung zur Folge hatte, die sich auch auf Beck erstreckte, aber wegen Mangel jeglicher Anhaltspunkte ohne weitere Folgen bleiben mußte.

Als 1890 das Sozialistengesetz fiel und der erste Parteikongress wieder auf deutschem Boden, in Halle, abgehalten werden konnte, wurde Beck dahin als Delegierter entsandt; er überbrachte dem Kongress nicht bloß Grüße und Glückwünsche aus der Schweiz, sondern auch das rote Banner der Sozialdemokratie, das 1878 vor dem Sozialistengesetz und der Polizei gerettet und in das schweizerische Asyl gebracht worden war.

Wirksam und nicht selten originell war Beck als gewerkschaftlicher wie politischer Redner, der stets zu belehren und zu begeistern verstand. Nun ist der beredete Mund für immer geschlossen; der begeisterte und überzeugungstreue Vorkämpfer des Proletariats hat den Sieg des lebensbejahenden Sozialismus über den äden erdrückenden Kapitalismus nicht mehr erlebt. Das deutsche und schweizerische Proletariat, dem er jederzeit seine besten Kräfte geopfert, darf ihm aber ein treues Andenken bewahren und seiner stets eingedenk sein!

Partei-Nachrichten.

Achtung!

Anfang September d. J. findet die Partei-Konferenz für die Provinz Brandenburg statt. Wir ersuchen die Genossen, auf ihren demnächst stattfindenden Wahlkreis-Konferenzen hierzu Stellung zu nehmen und für die Beschickung derselben seitens aller Wahlkreise der Provinz Brandenburg und Berlins Sorge zu tragen. Jeder Kreis hat das Recht, bis zu drei Delegierte zu entsenden. Tag, Lokal, provisorische Tagesordnung u. s. w. geben wir in allernächster Zeit bekannt.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg.

J. A.: Carl Dimwid, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.
Die Parteiorgane der Provinz werden um gefl. Abdruck gebeten.

Die Gründung eines für die Kleinbauern berechneten Blattes wird von den Parteigenossen des Wahlkreises Hanau erwogen. Wir meinen, im Rheingau sind vorläufig Parteiblätter genug und die Genossen sollten sich angelegen sein lassen, diese recht hoch zu bringen.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— Wegen Veröffentlichung von Aufforderungen zum Boykott des Sprieter Bieres ist gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der „Mainzer Volkszeitung“, Genossen Peter Tiesel und gegen den Verleger Anklage auf Grund des Unfugs-Paragrafen erhoben. Am 23. Juli sollte das Schöffengericht über die Sache verhandeln, wegen eines Formfehlers, der bei der Ladung gemacht worden und den der Verteidiger monirte, wurde jedoch die Verhandlung bis zum 8. Oktober vertagt.

Soziale Uebersicht.

Ueber eine neue Weisheit der Rechtsprechung unter der Schöffengerichtlichen Regide berichtet die „Aloinische Ztg.“:

In München-Gladbach verurtheilte das Schöffengericht einen Buchdrucker, einen Schreiner und einen Fabrikarbeiter zu Geldstrafe; letztere beide, weil sie Handzettel zur Bekanntmachung einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung ohne polizeiliche Erlaubnis verbreitet hatten; ersterer, weil er die Handzettel hergestellt hatte, ohne sie mit seiner Druckfirma zu versehen. Die Strafe lautete auf 10—30 M. Die höchste Strafe mußte der Fabrikarbeiter zahlen, weil er, wie es in der Urtheilsbegründung hieß, mit der sozialdemokratischen Partei in Beziehung steht und durch Verbreitung der Schrift deren Interessen Vorschub geleistet hat. Man sieht, das Schöffengericht macht Furor. Damit das Zeitbild, was diese kleine Historie darstellt, vollständig wird, sei noch mitgeteilt, daß dem Prinzipal des Fabrikarbeiters über den Verlauf der Verhandlung sofort Mittheilung gemacht wurde.

Gewerkschaftliches.

Zum Werftarbeiterstreik in Flensburg geht uns von dort folgender Ausruf zu:

Am 10. Juli wurde eine von Werftarbeitern gewählte Kommission bei der Direktion der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft vorgelegt, um auf gütlichem Wege eine zeitgemäße Aufbesserung der Löhne der am schlechtesten besoldeten Arbeiter zu bewirken, nämlich eine Erhöhung des Stundenlohnes von 26 resp. 27 Pf. auf 30 Pf. Das wurde aber, wenn auch nicht rund abgeschlagen, so doch insofern illusorisch gemacht, als die betreffenden Arbeiter sich mit dem guten Willen der Gesellschaft begnügen sollten. Hiermit waren die Arbeiter natürlich nicht zufrieden. Nachdem man sich mit dem hiesigen Gewerkschaftsleiter in Verbindung gesetzt hatte, das die Forderung für berechtigt erachtete, wie es auch sämmtliche hier am Orte befindliche Gewerkschaften thaten, wurde am 21. Juli das Verlangen in Form einer Forderung auf neue an die Direktion gestellt und zwar mit dem Hinweis auf eine eventuelle Arbeitseinstellung. Die Antwort lautete ablehnend. Am Abend desselben Tages beschloßen nun die Werftarbeiter in einer öffentlichen Versammlung, wenn die Forderung bis andern Tags mittags nicht bewilligt sei, die Arbeit einzustellen. Die Forderung wurde, wie vorausgesehen, nicht bewilligt, worauf am 22. Juli mittags 350 Arbeiter die Arbeit niederlegten. Sie hatten sämmtlich einen Stundenlohn von unter 80 Pf. und zwar waren es Arbeiter, die in allen Branchen beschäftigt sind. Als Antwort hierauf erklärte sich die Direktion, nachdem noch 4 1/2 Stunden gearbeitet worden war, das ganze Etablissement zu schließen und somit den Rest von 1500 Arbeitern, größtentheils Familienväter, auf die Straße zu setzen. Kollegen allerorts! Es wird voranschaulich ein harter Kampf. Wir bitten Euch aber, uns nicht in Stich zu lassen und uns pekuniär zu unterstützen, wie wir es anderen kämpfenden Kollegen gegenüber gethan haben und später thun werden. Die hiesige Bürgerschaft haben wir auf unserer Seite und sämmtliche Gewerkschaften haben sich mit uns solidarisch erklärt. Deshalb Kollegen, verlaßt uns nicht, und der Sieg muß unser sein. Die Streik-Kommission.

Unterstützungen sind zu senden an Otto Wustrad in Flensburg, Rorderstr. 40.

An die Arbeiterschaft Berlins! Vom Streik der Hutmacher sind noch 400 Personen zu unterstützen, die vorläufig von den Unternehmern nicht wieder eingestellt wurden. Die Hutmacher haben bei ihrem Kampfe trotz der geringfügigen Unterstützung, die sie bezogen, eine Ausdauer und Energie gezeigt, die ihnen wohl die Sympathie der gesammten Arbeiterschaft sichert. Wir ersuchen nun die Arbeiter Berlins, die Hutmacher auch ferner durch Geldmittel nach Kräften zu unterstützen, damit den Opfern des Kampfes das zum Leben nöthigste auch ferner gewährt werden kann. Stenere am heutigen Jahrtage jeder Klassenbewußte Arbeiter und jede Klassenbewußte Arbeiterin Berlins ihr Scherkelein bei, eingedenk der thatkräftigen Solidarität, die die Hutmacher bei den Lohnbewegungen anderer Gewerkschaften von jeher bewiesen haben und immer beweisen werden. Die Lohnkommission der Hutmacher.

Gelder nimmt entgegen C. Kempe, Berlin NO, Weinstraße 12.

Achtung, Stofarbeiter! Die Differenzen in der Fabrik von Hermann Jakob Jun. in Berlin, Blumenstr. 3, sind auf gütlichem Wege zu gunsten der Arbeiter beigelegt. Die Agitationskommission.

An die Einseher (Tischler) Berlins! Kollegen! Die letzte öffentliche Einseher-Versammlung am Sonntag, den 19. Juli, beschloß: 1. Streikarten herauszugeben, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, darauf zum Streikfonds zu zeichnen; 2. Tarife (gedruckt) herauszugeben, damit die Kollegen über die zu verlangenden Preise informiert sind und diese Preise beim Eingehen eines Arbeitsverhältnisses zu den ihrigen machen; 3. an allen kommenden Sonntagen vor mittags von 9 bis 11 Uhr in folgenden fünf Lokalen freiwillige Beiträge zum Streikfonds entgegenzunehmen: Franz Kleinert, Müllerstr. 7a; Richard Babel, Rosenthalerstr. 57; Fritz Felgentreff, (Zur alten Linde) am Kolbitz Thor; Fritz Wille, Andreasstr. 28; H. Werner, Wiltonstr. 59. Gleichzeitig gelangen die Tarife dajelbst zur Ausgabe. Kollegen, theiligt Euch recht regt an den Sammlungen; zeigt, daß Ihr gewillt seid, Eure Lage zu verbessern. Die Fünfer-Kommission. J. A.: Wittig, Lehmann.

Zum Streik der Weber im Entengebirge wird uns aus Langenbielau geschrieben:

Von über tausend Personen besucht war die am Mittwoch Abend im Saale des Herrn Hüße abgehaltene Volksversammlung, wo Krähig über den Stand des Streiks bei W. Neugebauer Söhne sprach. Redner führte u. a. aus: Fremde Arbeiter heranzuziehen habe man Geld, aber den hiesigen Webern lege man nicht einmal auf drei Meter einen Pfennig zu. Bei ihrer Anwerbung habe man den Oesterreichern gesagt, daß hier kein Streik ausgebrochen sei, die Fabrik würde nur um 400 Webrähle vergrößert, weshalb man nothwendig Arbeiter brauche. Für die ersten 14 Tage habe man den Oesterreichern freie Station und 9 M. pro Woche versprochen. Wenn die Firma dies ihren Arbeitern geboten hätte, so wäre kein Streik ausgebrochen. Die Oesterreichischen Arbeiter, die Damastweber seien, hätten aus den Lohnbüchern ersehen,

daß sie in ihrer Heimath so viel Gulden Verdienst hatten, als sie hier Markt verdienen können. Bei der Verhandlung am Sonnabend hatte der Herr Amtsvorsteher gesagt, daß er sich bei der Augsburger Fabrik, wo bekanntlich dieselben Artikel gefertigt werden wie hier, amtlich nach den dort gezahlten Löhnen erkundigen wolle. Die Streikenden hätten sich ebenfalls nach den Löhnen erkundigt und jetzt von den Augsburger Textilarbeitern die Beweise erhalten, daß thatsächlich in Augsburg bedeutend höhere Löhne als hier gezahlt werden. Redner hat eine Anzahl Waarenproben, die beweisen, daß in Augsburg dieselben Artikel gefertigt werden wie hier; ferner hat er einen ganzen Stoß gedruckter Lohnzettel und eine Menge Angaben über die für die einzelnen Waaren-Gattungen gezahlten Löhne in Händen, welche darthun, daß in Augsburg bedeutend höhere Löhne gezahlt würden als hier. Und doch wolle man hier keine nennenswerthen Lohnerhöhungen zugehen. Um die Arbeiter einzuschüchtern, drohe man jetzt mit der Entlassung der Streikenden. Doch auch dieses Schredmittel werde nicht verlangen. Auf Grund der Montagbeschlüsse habe der Arbeiterauschuss mit Herrn Neugebauer wieder verhandelt. Derselbe habe aber kurzweg erklärt, daß er am Sonnabend sein Ultimatum gegeben habe und nichts weiter bewillige. Krähig schloß seine Rede mit dem dringenden Vortrage mit der dringenden Mahnung, fest zusammenzuhalten und auf der Dorfstraße alle Ansammlungen zu vermeiden.

In der Diskussion besprach der Reichstags-Abgeordnete Kühn besonders die angebrochte Entlassung. Provociren solle man sich unter keinen Umständen lassen, auch nicht durch die schlimmsten Beleidigungen. Zum Ausschalten hätten die Streikenden alle Ursache, da die Firma am Ende ihres Vorkaufs sei. Der Oesterreicher Bischoff, der mit seinen Kollegen Donnerstag früh wieder abgereist ist, erklärte, daß ihnen bei der Anwerbung gesagt sei, daß der höchste Lohn 22 M., der niedrigste 8 M. und der Durchschnittslohn 14 M. betrage. Damit vergleiche man die von der Firma selbst gemachten Lohnangaben. Mit der Aufforderung, daß die Arbeiterschaft stets ihre Schuldigkeit thun möge, schloß Kühn die Versammlung.

Eine Kollekte soll Genosse Krähig veranlaßt haben und zwar soll dies durch einen (von ihm garnicht verfaßten) Situationsbericht in der Breslauer „Volksmacht“, an dessen Schluß es ganz allgemein heißt: „Sendungen sind an H. Krähig, Weber, Langenbielau, zu richten,“ geschoben sein; ferner durch eine Quittung in demselben Blatt, worin K. über einen empfangenen Betrag ohne jede Aufforderung zum Sammeln quittirt. Das Verfahren geht von der Breslauer Staatsanwaltschaft aus; vernommen wurde K. am Donnerstag auf dem Amte in Langenbielau. Dieser Vernehmung dürfte aber wohl kaum ein Strafmandat folgen.

Die Streikenden erhielten am Donnerstag Morgen ihre Entlassungen per Post zugesandt. Um diese Arbeit zu bewältigen, war ein Briefbote mehr als gewöhnlich thätig. Verlässigkeit hat die Entlassung nicht unter den Streikenden angerichtet, da sie über den Reich dieser Maßregel genügend aufgeklärt waren. — Die den entlassenen Ausständigen zugesandten Altersversicherungskarten tragen durchweg den nur schlecht wegradirten Vermerk „Streik“ in der ersten leeren Rubrik, außerdem ist auf der ersten Seite der Karte eine Nummer hingeschrieben, dann aber wieder schlecht fortrotirt worden. Derartige Vermerke verstoßen gegen den auf jeder Quittungskarte aufgedruckten § 108 des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes. Da die Streikenden mit den so gekennzeichneten Karten keine Arbeit erhalten können, so werden sie die Sache zur Anzeige bringen und sich neue Quittungskarten ausstellen lassen, eventuell auch die Firma wegen Lohnentziehung verklagen. Die Firma hat eben kein Glück mit ihrer Bekämpfung der Streikenden!

Die streikenden Weber erlassen einen Ausruf, worin die Arbeiter Deutschlands um finanzielle Unterstützung und um Herhaltung des Zugangs ersucht werden. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe! Möge namentlich jeder deutsche Textilarbeiter am heutigen Lohnstage der Pflicht eingedenk sein, die ihn mit dem kämpfenden schlesischen Fachgenossen verbindet.

Gelder sind zu senden an H. Krähig in Langenbielau in Schlesien, 4. Bezirk Nr. 178.

Die Maurer Magdeburgs haben sich in einer Versammlung, die über die künftige Gestaltung der dortigen Fachorganisation verhandelte, und wo für die lokale und für die zentrale Organisation je ein Referent bestellt war, die sich beide ihrer Aufgabe sachlich und mit großem Geschick entledigten, für den Anschluß an den Zentralverband deutscher Maurer entschieden, um aus dem unselbstigen, den Maurern so schädlichen Organisationszwist herauszukommen. Es stimmten 401 Maurer ab, davon erklärten sich 338 für zentrale, 55 für lokale Organisation. Die Abstimmung war namentlich, was dem Beschluß besondere Bedeutung verleiht. Wollen die Berliner Maurer es nicht auch bald mit einer Einigung versuchen?

Ein Streik der Maurer ist auf der Grube Reindorf bei Hedwigsburg in Braunschweig ausgebrochen. Sie verlangen 40 Pf. Stundenlohn und 10 stündige Arbeitszeit. Der Lohn betrug, wie sie angeben, bisher 34 und 35 Pf. und häufig mußten Ueberstunden gemacht werden. Die Ausständigen ersuchen um Vermeidung des Zugangs.

Die Tischler Offenburgs in Baden ersuchen, den Zugang fernzuhalten.

Zum Anarchischen Vorschlage, der im gestrigen Leitartikel als inopportun zurückgewiesen ist, bemerkt das Fachblatt der Hutmacher-Gewerkschaft, der „Korrespondent“, nachdem er die Vorschläge abgedruckt hat: „Es sind das so ziemlich die gleichen Punkte, welche nach Ansicht der Generalkommission auf einem freien Gewerkschaftskongresse verhandelt werden sollten, der bekanntlich infolge der ablehnenden Haltung der meisten großen Gewerkschaften nicht zu Stande kam.“

Die Gewerkschaften Frankreichs haben sich seit 1884, wo das Syndikatsgesetz gegeben wurde, von 175 auf 5146 im Jahre 1895 vermehrt, und die Zahl ihrer Mitglieder auf 481 483. Die Zahl der Gewerkschaften verbande ist in derselben Zeit von 10 auf 79 gestiegen. Paris beziehentlich das Seine-Departement hat die meisten Fachvereine, nämlich 776 mit 257 358 Mitgliedern, dann folgen die Departements Rhône (Lyon) 221 mit 30 709, Bouches du Rhône (Marseille) 221 mit 29 492, Nord 175 mit 36 434, Gironde (Bordeaux) 165 mit 23 945 u. s. w. Die meisten Fachvereine haben die Näher (222), Buchdrucker (174), Apotheker (169), Metallarbeiter (145) und Textilarbeiter (129). Die Zahl der Gewerkschaftsblätter z. betrug 42. Wie die Zahl der Gewerkschaften sich vermehrt hat, so sind aber auch die Unternehmern-Vereinigungen unaußgesetzt im Wachsen. Vorstehende Angaben sind einem Auszuge entnommen, den die „Frankf. Ztg.“ aus einer dieser Tage erscheinenden Enquete über die Fachvereine Frankreichs veröffentlichte.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 24. Juli. (W. Z. B.) Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht eine Eingabe des österreichisch-ungarischen Hilfsvereins zu Johannesburg in Transvaal an das Auswärtige Amt in Wien des Inhalts, daß in letzter Zeit zahlreiche Oesterreicher infolge unrichtiger Zeitungsnachrichten nach Transvaal auswandern, wo sie wegen Mangels an Bedarf von Arbeitkräften keine Beschäftigung finden können und sehr bald in Noth und Elend gerathen. Der Hilfsverein bittet das Auswärtige Amt, die nöthigen Schritte einzuleiten, damit die Auswanderer nach Transvaal, und zwar besonders Handelsbesessene, diese That-sachen erfahren.

Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts

hat jetzt den auf Grund der Erhebungen festgestellten Minimallohn tarif für die Herren- und Knabenkonfektion den beteiligten Konfektionären, Zwischenmeister und Arbeitern zugeandt. Innerhalb der nächsten 10 Tage sollen die beteiligten Gruppen dem Einigungsamt schriftlich anzeigen, ob und eventuell welche Ausstellungen gegen die einzelnen Tarifsätze zu machen sind. Die aufgestellten Lohnsätze halten sich vollständig in den Grenzen des von den Konfektionären am 19. Februar vor dem Einigungsamt vorgeschlagenen Minimaltarifs. Der Preis, unter welchem der Konfektionär den einzelnen Artikel nicht zahlen darf, ist bei allen Gegenständen der gleiche geblieben. Nur soweit Sachen, die zur Auf fertigung kommen, in dem Vergleichs-Tarif vom 19. Februar nicht aufgeführt waren, ist auf Grund der Erhebungen der Minimallohn festgesetzt; dies sind indes nur einzelne Stücke.

Für die einzelnen Gegenstände sind nun außer dem Minimallohn stoffweise fünf Lohnfestsetzungen getroffen. So ist beispielsweise der zugeschnittene Hosen der Lohn für Artikel I. (Minimallohn) 60 Pf., II. 75 Pf., III. 90 Pf., IV. 1,05 M., V. 1,25 M. und VI. auf 1,50 M. festgesetzt. Die gleiche Festsetzung ist bei Westen, Fracks, Hüten, Paletots, Jackets, Knabenanzügen u. s. w. getroffen. Diese Regelung ist keineswegs als korrekt zu bezeichnen, giebt sie doch der Willkür der Konfektionäre bei der Lohnberechnung einen weiten Spielraum. Man hat auch hier den Unternehmern Rechnung getragen. Unter Heranziehung von drei sachverständigen Konfektionären sind diese Tarife ausgearbeitet und von jenen als durchführbar bezeichnet worden. Die Preisfestsetzungen in dieser Form seien so getroffen, daß zwischen den einzelnen Sätzen keine Sonderpreise von den Konfektionären eingeführt werden könnten. So das Urteil sachverständiger Konfektionäre. Und wenn (?) nach der getroffenen Festsetzung strift gezahlt würde, so wäre das immerhin gegenüber den bestehenden regellosen Verhältnissen ein wesentlicher Fortschritt. Weiter sind in dem vorgeschlagenen Tarif Festsetzungen für bestimmte Extra-Arbeiten getroffen, wiederum genau nach den Vorschlägen der an den Beratungen beteiligt gewesenen Konfektionäre. Sodann sind bei Hosen, Westen und Knabenanzügen die Minimal-löhne festgesetzt, welche der Zwischenmeister an seine Arbeiter zu zahlen hat. Für ungeschnittene Hosen, für die der Zwischenmeister von dem Konfektionär 65 Pf. erhält, soll die Handarbeiter mindestens 18 Pf., die Stepperin 22 Pf. und der Nägler 5 Pf. bekommen, ähnlich bei Westen und Knabenanzügen. Unter allgemeinen Bestimmungen ist festgesetzt, daß sämtliche Guthaben vom Konfektionär zu liefern sind. Die Lohnzahlung soll wöchentlich am Sonnabend erfolgen. Der Tarif hat in den Geschäftsräumen auszuhängen. Bei Ausgabe der Arbeit an die Arbeiter ist mitzuteilen, wieviel für jedes Stück gezahlt wird. Alle Stücke mit höheren Anforderungen, Proben u. c. gelten als Maßfachen. Diese sind nach den geltenden Lohnsätzen der Maßbranche zu zahlen. Bei Abnahme und Ausgabe der Arbeiten darf der Zeitraum von einer Stunde nicht überschritten werden. Längeres Warten wird für jede angefangene Stunde pro Person mit 40 Pf. berechnet. Die Arbeits-löhne und Qualitäten müssen deutlich in das Lohnbuch eingetragen werden. Abzüge sind unzulässig.

Dies die wesentlichsten Bestimmungen des Tarifs. Sie sind, wie man sieht, sehr minimal und tragen überall dem Unternehmer Rechnung. Wie werden diese sich nun dazu stellen? Seit Wochen prahlen sie in ihrer Presse damit, daß sie ebenso handeln werden wie feinerzeit, als sie ihr gegebenes Wort brachen. So wird aus den Kreisen der Herrenkonfektionäre dem „Konfektionär“ geschrieben: „Weder wird ein Schiedsspruch gewünscht, noch kann ein solcher irgendwie praktischen Wert haben! Bemerkten möchten wir noch, um irrgenigen Meinungen zu begegnen, daß der Schiedsspruch des Einigungsamtes absolut keine rechtliche Kraft hat.“

Das ist deutlich und kennzeichnet so recht die Verklumpung einer Unternehmerricht, die sich ihren Arbeitern gegenüber allen sozialen Verpflichtungen entzieht. Die Arbeiter werden in einer den nächsten Montag nach dem Alten-Schützenhause extra zu diesem Zweck einberufenen Versammlung Stellung nehmen zu den Vorschlägen des Einigungsamtes. Wir begreifen, daß die beteiligten Berufsangehörigen wenig erbaunt sein werden von dem, was die Erhebungen schließlich gezeigt haben, daß in allen Punkten den Konfektionsunternehmern Rechnung getragen wurde und daß dennoch wenig Aussicht vorhanden ist, daß diese den eingegangenen Verpflichtungen nachkommen werden. Wir müssen aber doch raten, daß die Arbeiterschaft der Branche die Vorschläge, so mangelhaft sie auch sind, als Abschlagszahlung nimmt und für deren allgemeine Durchführung wirkt.

Nach Lage der Sache gilt es, das Pulver trocken zu halten, die Kräfte zu sammeln, um bei günstiger Gelegenheit sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Es ist ja leider Thatsache, daß die erste große soziale Thätigkeit des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts nach jeder Richtung zu scheitern droht, weil seine Befugnis noch zu begrenzt ist. Und mit moralischen Einwirkungen kommt man den Unternehmern nicht bei, namentlich nicht den eingeseiftesten Profitproben der Berliner Konfektionsindustrie. Aus dieser Lehre heraus ergibt sich die Nothwendigkeit, daß die Befehlgebung Bestimmungen zu treffen hat, welche die Arbeiter in etwas vor schrankenloser Unternehmerrückwärtschritt. Aber freilich: der Geist des Königs stumm schwebt über den Wassern.

Tokales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Zur Errichtung einer Kirche für die Lazarus-Gemeinde hat sich auf Veranlassung des Konfistoriums der Provinz Brandenburg der betreffende Gemeindevorstand an den Magistrat um die unentgeltliche Ueberlassung eines städtischen Bauplatzes gewendet. Die der Gemeinde, welche anfangs dieses Jahres errichtet worden ist, zur Verfügung stehende Interimskirche, die circa 500 feste Sitzplätze hat, reiche, wie angeführt wird, für die Bedürfnisse der 40 000 Seelen zählenden Gemeinde nicht aus. An den Festtagen sei dieselbe so in Anspruch genommen, daß bereits eine halbe Stunde vor Beginn des Gottesdienstes hunderte von Gemeindegliedern umkehren müssen, weil sie in die Kirche nicht hinein können. Das Magistratskollegium hält indessen keine Aussicht fest, daß, bevor nicht die bekannte Visitations-Ordnung von 1573 gesetzlich aufgehoben wird, Anträge auf Ueberlassung von Bauplatzen für Kirchen nicht zu genehmigen seien, und hat das Ersuchen des Gemeindevorstandes von Lazarus abgelehnt.

Straßenanlagen. Der Plan einer durch das Grundstück Alt-Moabit 96—98 neu anzulegenden Straße 18a Abtheilung VII, welche die Verbindung zwischen der Lüderstraße beziehungsweise der Straße 18a, Abtheilung VII und der Spree gegenüber der Claudiusstraße bilden soll, wird für die Dauer von vier Wochen vom 25. Juli bis 22. August in der städtischen Plan-Kammer, Rathhaus, Zimmer 98, zu jedermanns Einsicht offen

liegen. Etwaige Einwendungen gegen den Plan sind innerhalb der vorgedachten Frist bei der städtischen Baudeputation, Abtheilung II, anzubringen.

Risiko des Untergrundbahn-Projekts! Die „Neue Gesellschaft für Untergrundbahnen“ plant bekanntlich den Bau einer elektrischen Straßenbahn vom Schlesischen Bahnhof durch die Frucht- und Mühlenstraße an der Spree entlang nach Stralau und von dort eine Untergrundbahn nach Treptow. Wie mehrfach berichtet, hat die Gesellschaft den Bau dieser Linie von Treptow aus in Angriff genommen, und der von hier unterhalb der Spree nach Stralau geplante Theil dieser Bahn soll zugleich als Versuchsstrecke für eine Untergrundbahn dienen. Zu dem Zweck ist seitens des Berliner Magistrats angeordnet worden, daß neben dem im Bau begriffenen Tunnel Mauerfundamente, welche dem Häuserdruck entsprechend belastet sind, errichtet werden, um festzustellen, in welcher Weise der unterirdische Bau auf die Fundamente der Gebäude wirken wird, d. h. mit anderen Worten, ob sich die Untergrundbahn für die Straßen Berlins überhaupt eignet. Mit der Kontrolle dieser Arbeiten und den erforderlichen bautechnischen Beobachtungen ist städtischerseits Herr Bau-Inspektor Rhode betraut worden. Wie die Ausführung der Mauerwerksarbeiten selbst, so wird auch das Resultat jener Kontrolle streng geheim gehalten. In Fachkreisen aber ist es längst ein offenes Geheimnis, daß der Versuch als gescheitert zu betrachten ist. Mit dem Bau der Untergrundbahn wurde bereits im Februar d. J. begonnen und in den inzwischen verstrichenen langen Monaten ist nur eine Strecke von wenig über 100 Meter fertiggestellt worden. Das Spreebett ist eben erst erreicht worden, so daß jetzt erst die eigentlichen Schwierigkeiten des unter dem Wasser stattfindenden Tunnelbaues beginnen werden. Dabei hat sich zugleich die überraschende und für Fachleute kaum begreifliche Thatsache herausgestellt, daß die vorgezeichnete Trace nicht innegehalten worden ist, und zwar sowohl, was die Richtung, als auch, was die Höhenlage der projektirten Bahn anbelangt! Dazu kommt, daß die probeweise errichteten Fundamente starke Risse zeigen und an einzelnen Stellen sich auch ganz bedenkliche Bodenensenkungen bemerkbar machen. Während nun in Fachkreisen die Ansicht vorherrscht, daß mit dem Ausfalle dieses Versuches das Untergrundbahn-Projekt völlig gescheitert ist, scheint man städtischerseits noch der Hoffnung Raum zu geben, daß der Bau bei einer Aenderung des Systems, insbesondere des „Vertriebes“, doch noch zu einem befriedigenden Abschlusse gelangen könne. Dann freilich bliebe die Frage immer noch offen, ob die Untergrundbahn ohne Gefahr für die Häuserreihen unserer Straßen durch die Stadt geführt werden könne. Jedenfalls muß man die Ausdauer der Gesellschaft bewundern, welche beschlossen hat, trotz des augenschrecklichen Mißerfolges eine Probestrecke von 150 Metern fertig zu bauen; bei dem schlechten Baugrund, der aus dem gefährdeten Triebband besteht, dürften aber die noch fehlenden 40 Meter kaum in dieser Saison vollendet werden können.

Vereinfachung des Vorortbahn-Tarifs. In Gunsten einer einheitlichen Gestaltung des Personentarifs der Vorortbahnen mit demjenigen der Stadt- und Ringbahn hat der Verein zur Wahrung gemeinsamer Interessen der Vororte eine ausführliche Denkschrift an die königliche Staatsregierung gerichtet, in der er sich die Unhaltbarkeit der zur Zeit bestehenden Tarifverschiedenheit nachzuweisen bemüht.

In einer katholischen Volksversammlung, die vom Kaplan Dasbach einberufen war, gerieten gestern die Anhänger der „Germania“ und die Anhänger der von Dasbach angekauften „Märkischen Volkszeitung“ hart aneinander. Nach einer längeren Erörterung über Vorgänge bei diesem Verkauf, in der Herr Dasbach den Vorwurf zurückwies, „er sei mit den früheren Kommanditären umgegangen, wie wenn ein Jude dem armen Bauer die Kuh wegnimmt“, wurde durch die Annahme einer Resolution die „Märkische Volkszeitung“ zum einzigen Vereinsorgan der Katholiken Berlins bestimmt.

Der städtische Oberturnwart Prof. Dr. Edward Angerstein ist am 23. Juli, morgens 8 Uhr, in seiner Wohnung, Prinzenstraße 70, plötzlich gestorben. Dr. Angerstein, der die letzten drei Herbstjahre als Arzt mitgemacht hat, war nur kurze Zeit als praktischer Arzt thätig. Schon in der Jugend hat er mit Eifer der Turnerei gedient und viele werthvolle Werke über das deutsche Turnwesen geschrieben. Er stand 33 Jahre im städtischen Dienst, in welchem er die Oberaufsicht über das Turnen in den Gemeindefschulen führte.

Königliche Universitäts-Bibliothek. Die reglementsmäßige Zurücklieferung aller entliehenen Bücher findet vom 10. bis 12. August d. J. statt.

Das verorbene Fräulein Böhm hat dem städtischen Krankenhaus am Urban leihweise 1500 M. zur freien Verfügung überwiesen.

In der Beschwerde über Soldaten des 3. Garde-Regiments gegen Frauen und Mädchen vor der Kaserne, erfährt die „Volks-Zeitung“, daß bei dem Kaiser Franz-Regiment, wo es noch vor kurzer Zeit ähnlich herging, durch einen vor einigen Wochen erlassenen Regimentsbefehl diesem Unwesen nachdrücklich ein Ende gemacht worden ist. Den Soldaten ist streng verboten worden, sich in den Abendstunden vor dem Kasernen Eingang oder längs der Umfassungsmauer aufzuhalten. Öffentlich können wir bald mittheilen, daß auch beim 3. Garderegiment ein gleicher Befehl erfolgt ist.

Durch Arbeitslosigkeit in den Tod getrieben wurde der Arbeiter Dahmen, Wilsonstraße 40. Dahmen ist durch seine Arbeitslosigkeit und die Krankheit seiner Frau, die an der Schwindsucht schwer darnieder liegt, derartig heruntergekommen, daß er sich keinen Rath mehr wußte. Er hat sich heute auf dem Boden in der Wohnung seiner Eltern erhängt. Hausbewohner fanden Dahmen dort als Leiche vor. Die sofort angestellten Wiederbelebungsvorkehrungen waren resultatlos. Der herbeigeholte Arzt konnte nur den Tod konstatiren. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt und nach dem Leichenschauhause geschafft worden.

Die Persönlichkeit des jungen Mädchens, das am Donnerstag Morgen als Leiche aus dem Goldfischeiche gezogen wurde, ist jetzt festgestellt. Die Extrakunde ist die am 16. Dezember 1889 geborene Tochter Anna des Arbeiters Seibert aus der Ananenstraße 26. Die Leiche zeigt nicht die geringste Spur einer äußerlichen Verletzung. An ein Verbrechen zu denken man keine Veranlassung; man muß vielmehr annehmen, daß das Mädchen den Tod gesucht hat. Was es dazu veranlaßt haben kann, ist noch nicht aufgeklärt.

Gewarnt werden die Apotheker vor einem jugendlichen Schwindler Namens Eugen Onelow, der früher bei der Orts-Krankenlaffe zu Rixdorf als Bureaubehilfe beschäftigt war. Derselbe ernährt sich seit seiner Entlassung dadurch, daß er sich den Apothekern als Krankenbesucher der genannten Kasse vorstellt und um Darlehen nachsucht, da er angeblich auf der Tour sei und sein Portemonnaie vergessen habe. In mehreren Fällen ist den Gauner das Kunststückchen bereits gelungen.

Wegen des Attentats auf den Polizeioberst Krause soll nach Mittheilung eines Berichterstatters nunmehr Anzeige erhoben worden sein. Der mehrfach genannte Koschmann wird als der Thäter angesehen. Die Anzeige lautet gegen Koschmann und Genossen wegen Nordverfuchs und Beihilfe dazu. In derselben Sache seien Tapezierer Max Westphal, dessen Frau und der Schuhmacher Wilhelm Weber angeklagt und in Haft genommen. Die Genannten waren früher schon einmal verhaftet, wurden aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen.

Einbruch in der Marienkirche. In den letzten Tagen ist wiederholt versucht worden, in die Marienkirche während der Dunkelheit einzubrechen, nachdem dem Kirchenwächter Weber am vergangenen Sonntag in seiner Wohnung eine Summe von etwa dreihundert Mark und zwei Sparfläschchen gestohlen waren. Fast sämtliche Schlösser der Eingangsthüren zu der Kirche waren beschädigt worden. Dem aufgestellten Schuhmannsposten gelang es vorgestern Abend, wenigstens einen der angeleglichen Eindringler, einen schon längere Zeit gesuchten Dieb, festzunehmen.

Brände. In der vergangenen Nacht brach in dem Schause Skaliherstr. 35 an der Mantelstraße ein großes Feuer aus. Brandmeister Rauch, der mit dem sechsten Zuge zuerst zur Stelle war, ließ „Mittelfeuer“ nachmelden. Es brannte eine im Hinterhause eingerichtete Aluminiumfabrik in großer Ausdehnung, auch für die übrigen Betriebe lag die Gefahr vor, von dem Brande betroffen zu werden. Der geschickten Leitung gelang es nach etwa zweistündiger Thätigkeit, die Flammen zum Verlöschen zu bringen, so daß die in großer Stärke angefahrne Feuerwehr bis auf zwei Jäger wieder abrücken konnte. Der Schaden wird auf 30 000 M. geschätzt. Ueber die Entstehungsurache verläutet noch nichts. — Heute früh nach 4 Uhr kam ein größerer Dachstuhlbrand in der Schönhauser Allee 108 zum Ausbruch, dessen Löschung schnell bewirkt wurde. Die Entstehungsurache ist um so räthselhafter, als es sich um einen Neubau handelt, weshalb man annimmt, daß Brandstiftung vorliegt.

Polizei-Bericht vom 24. Juli. Am Garten-Ufer sprang gestern Vormittag eine ungefähr 25 Jahre alte Frauensperson in den Landwehrkanal und ertrank. — Nachmittags fiel in der Beustelstraße der neunjährige Sohn des Arbeiters Hill von einem Gefäßstiegenwagen, geriet unter die Räder und erlitt so schwere Verletzungen am Unterschenkel, daß seine Ueberführung in das Krankenhaus Moabit erforderlich wurde. — Heute Nacht brach in der Sommerfeld'schen Laternenfabrik in der Stalhoferstr. 33 Feuer aus, das den ganzen Inhalt des zweiten Stockes vernichtete. Bei den Löscharbeiten trug der Schleifer Hermann Nibel Brandwunden an der Hand und am Fuß davon. — Heute früh entstand auf dem Boden des Hauses Pappel-Allee 108 ein Brand, durch den ein Theil des Dachstuhles zerstört wurde.

Aus den Nachbarorten.

Die Mängel der Rixdorfer Schwemmsanalisation brachte Genosse Meyer an in der letzten Sitzung der Rixdorfer Gemeindevorstellung zur Sprache. Bei den geringsten Regengüssen entstehen Straßen- und Kellerüberschwemmungen und zwar selbst auf den höchstgelegenen Punkten des Ortes. Ganz besonders arge Zustände entstehen bei jedem Regen am neuen Bahnhof, weil dort die Kanalisation so hoch liegt, was wiederum bedingt ist durch die geringe Höhenlage des Bahnhofes. Zu sanitären Bedenken gebe auch der Umlauf Anlaß, daß die Gullys an heißen Tagen pestilenzartige Gerüche verbreiten. Dies sei auf die unzureichende Spülung der Kanäle zurückzuführen. Für die Spülung seien in ganzen nur 3 Mann angestellt, welche dazu noch bei ihren Vorgesetzten als Mädchen für alles beschäftigt werden sollen. Unter diesen Umständen seien die vielfachen Uebelstände kein Wunder; eine durchgreifende Reorganisation sei unbedingt erforderlich. Aus den Entgegnungen des Gemeindevorstandes Weigand und des Gemeindevorstandes Bodin ging hervor, daß an den Uebelständen am Bahnhof einzig und allein die Bahnverwaltung schuld trage, da dieselbe trotz aller Vorstellungen nicht zu einer Höherlegung des Bahnhofs zu bewegen war. Die Uebelstände würden aber demnächst durch Bau eines Rathauslaffes südlich der Ringbahn beseitigt werden. Die Reinigung der Gullys und Einsteigeburmen werde regelmäßig vorgenommen, unangenehme Gerüche entstünden nur durch ordnungswidrige Benutzung der Kanäle. — Genosse Ostermann bemängelte die Ueberbürdung der Spülkolonne und beantragte, dieselbe um 3 Mann zu verstärken, desgleichen zur Reinigung der Gullys drei besondere Arbeiter anzustellen. Genosse Meyer schloß sich dem Antrage an. Gemeindevorstand Weigand hält eine Vermehrung der Arbeitskräfte nicht für nöthig und behauptet, daß Uebelständen den Arbeitern vergütet würden. Gemeindevorstand Hesse trat in scharfer Weise dem Antrage unserer Genossen entgegen und beantragte, die Sache dem Kuratorium zur Prüfung zu überweisen. Unter Ablehnung der Anträge unserer Genossen wurde der Antrag Hesse angenommen. — Darüber, ob die Kanalisationsarbeiter von ihren Vorgesetzten zu häuslichen Arbeiten verwandt werden, will der Gemeindevorstand eine Untersuchung einleiten.

Die Rixdorfer Gemeindevorstellung hatte vor einiger Zeit beschlossen, das Markt-Steuergeld für den Wochenmarkt in der Rixdorfstraße von 10 auf 20 Pf. pro Quadratmeter zu erhöhen. Der Bezirksausschuß in Potsdam hat diesem Beschlusse die Genehmigung versagt.

Die Parteigenossen in Brin und Kugegend veranstalteten am Sonntag, den 26. Juli, ein großes Volksfest in Beihge's Konzertpark in Brin. Es wird um recht rege Theilnahme gebeten.

Spandau. Wegen Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung ist in Spandau der etwa sechzigjährige Wäckermeister Sawade in Untersuchungshaft genommen worden. Er ist Eigentümer eines großen Hauses im verkehrsreichsten Stadttheil, es befinden sich darin Geschäftsläden, eine große Restauration und viele Wohnungen. Sonntag vor acht Tagen kam auf dem Dachboden Feuer aus, das indes keinen großen Umfang angenommen hat. Die Spuren der Brandlegung wurden sofort wahrgenommen und Sawade, der sich seit langem in Geldverlegenheit befand, hatte sich von Beginn an verdächtig gemacht. Dabei bemühte er sich, eine Miesherin seines Hauses als die Thäterin hinzustellen, und am Morgen nach dem Brande fand die Polizei in deren Bodenkommer eine halb gefüllte Petroleumflasche und ein mit dieser Flüssigkeit getränktes Handtuch vor. Diese Gegenstände waren offenbar erst nachträglich dorthin gelegt worden, wie die Behörde annimmt, von dem Wirth. Die Kriminalpolizei hatte eine ganze Anzahl von schwerwiegenden Verdachtsgründen gegen den Eigentümer ermittelt. Zur verantwortlichen Vernehmung vor den Untersuchungsrichter Amtsrichter Dr. Grodke geladen, verweigerte er sich derart in Widersprüche, daß der Richter ihn alsbald in Untersuchungshaft abführen ließ.

Die Direktionen der Militärwerkstätten in Spandau sind, wie die „Spand. Corr.“ meldet, auf Wunsch der Arbeiter,

den die Arbeiterauschüsse zum Ausdruck gebracht haben, im Begriff, die Beschäftigungsdauer an den Tagen vor den Sonn- und Feiertagen anders zu regeln. Bisher ist unter Innehaltung der üblichen Pausen durchweg an allen Werktagen bis 6 Uhr abends gearbeitet worden. Jetzt soll Sonnabends und an den Tagen vor den Feiertagen die grundsätzlich eingeführte zehnstündige Arbeitszeit um zwei Stunden verkürzt und ohne Mittagspause durchgearbeitet werden, so daß bereits um 2 Uhr nachmittags Feierabend gemacht werden kann. Diese Neuerung ist im Feuerwerks-Laboratorium und in der Pulverfabrik mit zusammen 3000 Arbeitern schon eingeführt worden; die anderen Fabriken der Militärverwaltung werden diesem Beispiel folgen.

Auf dem Rücken eines Pferdes erkrankten ist gestern Vormittag in der Oberpfalz, in der Nähe von Grünau, der siebenjährige Koppelpferd Müller aus Köpenick. Der junge Mann wollte drei Pferde in die Schwemme reiten und blieb hierbei gegen seine sonstige Gewohnheit auf dem Rücken eines Thieres. Hier muß das Pferd wohl von einem Schlaganfall getroffen worden sein; es versank plötzlich in die Tiefe und riss den Reiter mit sich. Obwohl Hilfe sofort zur Stelle war, gelang es doch nur, M. als Leiche aufzufinden.

Witterungsübersicht vom 24. Juli 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (20 C. = 68 F.).
Swinemünde . . .	764	WNW	1	halb bedeckt	18
Hamburg . . .	764	D	1	wolkenlos	16
Berlin . . .	764	DSD	1	halb bedeckt	18
Wiesbaden . . .	762	NO	2	bedeckt	17
München . . .	761	SO	3	Regen	14
Wien . . .	760	SW	4	Regen	17
Paracanda . . .	750	SSW	4	bedeckt	17
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cort . . .	757	SW	4	Regen	16
Aberdeen . . .	759	NO	2	bedeckt	12
Paris . . .	763	WNW	1	wolkenlos	15

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 25. Juli 1896.
Zeitweise heiter, vielfach wolkig und etwas regnerisch bei mäßiger Luftbewegung und wenig veränderter Temperatur.
Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Ueber den Krach des Theaters Alt-Berlin erfahren wir von gut informierter Seite, das das geschäftliche Unglück des Theaterleiters Blumenreich wesentlich Schuld an dem Eintritt der Pleite trägt. Wenn der von diesem Herrn selbst aufgestellte Ausgabenetat innegehalten worden wäre, hätten sich wenigstens die Forderungen der Gläubiger und des Personals aus dem Ertrag des Unternehmens decken lassen. Der Voranschlag wurde aber durch Herrn Blumenreich sehr bedeutend überschritten. Ueber diese Methode der Geschäftsführung kam es zwischen Herrn Blumenreich und seinem Mitdirektor Eichhoff zu Differenzen, die schließlich zu einer selteneren Prügellei der beiden Direktoren ausartete, worauf Herr Eichhoff aus dem Unternehmen austrat. Nachdem das Gericht die Eröffnung des Konkurses abgelehnt, halten sich die Gläubiger, welche in der Lage sind, für ihre Forderungen schleunigen Arrest zu erwirken, an alles, was irgendwie Werth hat. So sind beispielsweise die Dekorationen und Requisiten des Theaters an den Baumeister Sebring, dem sie für eine Vorzugsforderung für 40 pCt. des Anschaffungswertes verschrieben wurden, übergegangen und nach dem Theater des Westens geschafft, an welchem die Hauptgründer der Gesellschaft Alt-Berlin, die Herren Sebring, Stummel und Blumenreich gleichfalls mit großen Summen als Gesellschafter beteiligt sind.

Diese Mittheilungen lassen es begreiflich erscheinen, weshalb Herr Blumenreich die rührende Geschichte von seinem großmüthigen Verzicht auf eigene Forderungen an die von ihm mitbegründete Gesellschaft hat in die Welt hinausposaunen lassen.

Durch den Konkurs des Theaters „Alt-Berlin“ ist der Inhaber des Theater-Restaurants, Herr Peters, in eine schwierige Lage gerathen. Derselbe hatte das Restaurant ausdrücklich als Theater-Restaurant gepachtet, und ferner ist ihm kontraktlich zugesichert worden, daß die Theaterkapelle von 3 Uhr nachmittags bis zum Beginn des Theaters sowie von Schluß der Vorstellung ab bis abends 11 Uhr in seinem Garten zu konzertiren habe. Diese Bedingungen sind, seitdem die Theater-Gesellschaft „Alt-Berlin“ ihre Vorstellungen dort draußen abgebrochen, nicht mehr erfüllt worden, wodurch Herrn Peters ein bedeutender Schaden entstand, für welchen der Verpächter jedenfalls aufzukommen hat. Das Restaurant wird, wie wir hören, voraussichtlich gänzlich geschlossen werden.

Das Fortbestehen der billigen Branschen in der Gewerbe-Ausstellung, die der Verein für Volkshäuser am Karpfenteich errichtet hat und betreibt, war in Frage gestellt worden. Die ganze Anlage besteht aus zehn Bräusen, die von oben, von unten und von den Seiten zugleich wirken. Fünf davon sind im Betrieb, die anderen fünf werden den Ausstellungsbesuchern gezeigt. Bis jetzt sind täglich im Durchschnitt über 100, im ganzen rund 4000 Bäder genommen worden. Die höchste Zahl eines Tages wurde in diesem Monat mit 178 erreicht. Da bei dem geringen Preise von 20 Pf. für das Bad die Kosten für das Wasser, die Reinigung und das Personal aus den Einnahmen nicht gedeckt werden, so wurde in einer Sitzung des Vorstandes am Donnerstag ein dahingehender Antrag gestellt, die Bäder eingehen zu lassen. Man beschloß jedoch, im Interesse der Angestellten in der Gewerbe-Ausstellung, die von der Einrichtung ganz besonders Gebrauch machen, den Betrieb auch mit materiellen Opfern fortzusetzen.

Das orientalische Fest mit Illumination, welches gestern verregnet ist, soll heute, Sonnabend, den 25. d. Mts. stattfinden.

Ein zweites kleineres Fernrohr ist jetzt auf der Plattform des Niesen-Fernrohrs zur Aufstellung gelangt und zwar dient dasselbe zur direkten Beobachtung, während das zuerst aufgestellte Fernrohr nur zum Projiciren bestimmt war. Mittels des neuen Rohres kann man die Flecken der Sonnenscheibe durch Wendglas ganz nach der Natur beobachten. Am gestrigen Mitteltage war dieses Fernrohr stark umlagert.

Das Benehmen einzelner Ausstellungsbesucher giebt häufig zu Unliebtheiten Anlaß. Gestern Abend gegen 7 Uhr versuchte ein Herr mit brennender Zigarre in der Hand in die Haupthalle hineinzugehen. Er wurde zurückgewiesen und trat auch zurück, angeblich um die Zigarre fortzuwerfen. Wie ein Ausstellungsbeamter beobachtete, hat er dies jedoch nicht, er behielt vielmehr den glimmenden Nest in der Hand und suchte sich durch den Eingang hindurch zu schleichen. Nochmals zurückgewiesen, gebrauchte er dem Beamten gegenüber Gewalt, und es entstand nun eine unruhige Szene, welche durch die Eisirung des widerstrebigen Besuchers beendet wurde.

Eine Brieftasche mit 11000 Rubeln soll, wie eine Lokal-Korrespondenz meldet, einer zum Besuch hier weilenden Dame aus Moskau gestern in dem Gebirge am Neuen See während des Ausstellungs-Feuerwerks gestohlen worden sein. Die Dame, die das Geld am nächsten Tage bei einer Bank deponiren wollte, sei durch den Diebstahl um ihre gesammte Baarschaft und dadurch in eine unangenehme Situation gebracht worden.

Kunst und Wissenschaft.

Die Sonnenfinsternis am 9. August wird auf einer Linie, die vom Atlantischen Ozean über Norwegen, Nowaja-Semlja durch Sibirien nach Japan verläuft, eine gänzliche sein. Diese für die Erforschung der nächsten Umgebung der Sonne, besonders der sogenannten Corona, überaus wichtige Erscheinung soll besonders von russischen Astronomen an einer Anzahl sorgsam ausgewählter Stationen beobachtet werden. Die Sternwarte zu Pulkowa hat eine besondere Expedition an den unteren Knuur gefandt, die Petersburger Akademie der Wissenschaften eine andere nach Nowaja-Semlja, die Professoren Glasenapp und Wochilowso wollen die Finsternis in Finnland beobachten. Die neue russische Astronomische Gesellschaft hat drei Expeditionen veranstaltet: die eine wird an der Lena in Sibirien, wo die gänzliche Verfinsternung am längsten dauert, die Corona photographiren, ebenso aber auch das Spektrum derselben und das des Sonnenrads. Am Unterlauf des Ob wird eine andere Expedition ebenfalls photographische Aufnahmen machen, und schließlich soll eine dritte Expedition nördlich von Enontekies in Lappland neben photographischen Aufnahmen direkte Vergleichungen des Spektrums der Corona mit dem Spektrum des Heliums vornehmen. In Finnmarken und Lappland wird die Dauer der gänzlichen Verfinsternung 100 Sekunden nicht übersteigen, und dort werden an geeigneten Punkten englische Astronomen beobachten. Burton Brown hat vorher den Schauspiel des Vorganges bereist, um die besten Verhältnisse zu ermitteln. In Deutschland wird die Sonne verfinstert angesehen, und zwar ist die größte Phase der Verfinsternung alsdann für die südwestliche Hälfte Deutschlands bereits vorüber. Der Sonnenaufgang findet in Berlin am 9. August um 4 Uhr 41 Minuten statt, die größte Verfinsternung (0,72 des Sonnendurchmessers) findet schon 4 Uhr 38 Minuten statt, das Ende der Finsternis tritt um 5 Uhr 30 Minuten ein. In Köln geht die Sonne um 5 Uhr 12 Minuten auf, in Frankfurt a. M. um 5 Uhr 16 Minuten, in Hamburg um 4 Uhr 51 Minuten.

Die Verhütung der Lepra (Ausfah) mocht Dr. Franz Koch in der „D. Med. Wochenschr.“ auf Grund seiner wissenschaftlichen Studien in Scandinavien zum Gegenstand eines längeren Aufsatzes. Er erblickt in dem neuerlichen Aufblühen der Lepra auf deutschem Gebiet nicht mehr ein wissenschaftliches Kuriosum, sondern eine nicht zu unterschätzende Gefahr, die man schon jetzt im Reime zu ersticken versuchen solle und die jedenfalls die aufmerksamste Beobachtung seitens der Behörden verdient. Bei der Unheilbarkeit der Lepra ist der Schwerpunkt der gegen sie gerichteten Bestrebungen auf das Gebiet der Prophylaxe (Verhütung) zu verlegen. Das Beispiel Scandinaviens, wo man durch Energie und Ausdauer sich der schrecklichsten Krankheit zu erwehren vermochte, während sie in der ganzen übrigen Welt langsame, aber unaufhörliche Fortschritte gemacht hat, giebt uns deutlich den Weg an, den wir in Zukunft zu beschreiten haben. Jeder Lepraerfall stellt für seine Umgebung einen Infektionsherd dar. Es ist deshalb erforderlich, daß der Lepraerdb, den wir in der Umgebung Remels haben, nach norwegischem Muster unschädlich gemacht wird, d. h. daß die Lepraerben auf Staatskosten hospitalisirt werden. Zu dem Zweck würde sich die Errichtung einer besonderen Lepra-Abtheilung oder besser, eines besonderen kleinen Lepraospitals nach Scandinavischem Muster, etwa in Königsberg, empfehlen. Die Anzahl der Lepraerben müßte jährlich genau festgesetzt, jeder neue verdächtige Krankheitsfall alsbald gemeldet und registriert werden. Der Grenzverkehr mit Ausland wäre genau zu überwachen, Lepraerben zurückzuweisen. Mit dieser Thätigkeit der Bewachung des Lepraerbes würde das Provinzial-Medizinalkollegium zu betrauen, eventuell bei der Wichtigkeit des Gegenstandes eine besondere Leprakommission zu organisiren sein, an deren Spitze zweckmäßig der dirigirende Arzt des einrichtenden Lepraospitals zu stellen sein würde. Besondere Bestimmungen, betreffend die Ermächtigung der zuständigen Behörden, solche Lepraerben, die nach dem Urtheil der Kommission hospitalisirt werden müssen, eventuell in das Lepraerbenhaus überzuführen und sie dauernd interniren zu dürfen, wären, sofern nicht ältere Bestimmungen hierzu eine Handhabe bieten, alsbald auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu erlassen. Bisher besteht im Kreis Memel nur die Anzeigepflicht für die Aerzte. Da diese die Krankheit nicht genau kennen, so entgehen ihnen wohl die weniger typischen Fälle, um so mehr, als die dortige kümmerlich lebende Landbevölkerung sich durch große Indolenz auszeichnet und an eine Unterdrückung der Aerzte seitens dieser Bevölkerung nicht zu denken ist. Bisher ist durch die Anzeigepflicht lediglich die Thatsache festgestellt, daß sich die Anzahl der Lepraerben in wenigen Jahren umgekehrt verdoppelt hat. Dabei meint Dr. Bindikowski, seiner Ueberzeugung nach lassen dort auf dem Lande Lepraerben umher, die man nicht kennt! In zweiter Linie wird mehr als bisher auf die eingeschleppten, meist aus den Tropen stammenden Fälle acht zu geben, bezw. für diese die Anzeigepflicht der Aerzte und ein Einschreiten der Medizinalbehörden zu fordern sein. Dr. Koch ist überzeugt, daß sich die Lepra sehr bald in der Provinz Ostpreußen weiter und schneller ausbreiten wird, wenn nicht ernstliche Gegenmaßnahmen bei Zeiten ergriffen werden. Das Beispiel Scandinaviens sollte zu denken geben. Später wird die Ausrottung der Lepra schwierig und mit großen Kosten verknüpft sein; heute kann man noch zweifelslos hoffen, die Gefahr ist verhältnismäßig geringen Unkosten und in absehbarer Zeit im Reime zu ersticken. Dazu gehört aber eine richtige Deutung und Verwerthung der drohenden Vorzeichen, d. h. der relativ schnellen Vermehrung der Anzahl der Lepraerben.

Soziale Rechtspflege.

Der Kreidagenschneider Bartholomäus war seinerzeit wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung vom hiesigen Schöffengericht und dann auch vom Landgericht zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Die Strafkammer hielt für erwiesen, daß B. gelegentlich des Streits in der hiesigen Kistenfabrik in der Adenauerstraße seinen Mitarbeiter Klint zur Theilnahme am Streik durch die Drohung zu bestimmen gesucht habe, daß er seine Dresche kriegen würde, wenn er nicht sogleich aus der Fabrik wieder herauskäme. Klint hatte ihm, im Begriffe das Fabrikgebäude zu betreten, vorher erklärt, daß er nur seinen Afford fertig machen wolle. Daraus folgte der Verurtheilte seine Revision gegen das Urtheil der Strafkammer. Er betonte in derselben, daß die Annahme, er habe Klint durch eine Drohung zur Theilnahme am Streik zu bestimmen gesucht, schon deshalb rechtsirrhümlich sei, weil Klint bereits vorher die Absicht zu streiken kundgegeben hatte und nur den angelegenen Afford vollenden wollte. Der Strafsenat des Kammergerichts wies jedoch die Revision zurück. B. hätte nach den thatsächlichen Feststellungen des Vorderrichters den K. zwingen wollen, entgegen seiner Absicht, den Afford fertigzumachen, sofort sich dem Ausstände anzuschließen. Der Paragraph 153 sei deshalb ganz richtig angewendet. Ein strafbarer Versuch würde aber auch selbst dann in jener Drohung zu finden sein, wenn Klint aus eigener Ueberzeugung brabsichtigt hätte, auf die Seite der Streikenden zu treten.

Geriichts-Zeitung.

Ein Akt der Selbsthilfe behufs Sicherung des Arbeitslohnes hatte eine Anklage wegen Diebstahls zur Folge, gegen welche sich die Tischler Schmidt, Lade und Schrade vor dem Amtsgericht II. zu verantworten hatten. Die Angeklagten fertigten für die Inhaber einer Tischlerwerkstatt, Knal u. Sohn, Thüren in Afford an und erhielten am ersten Zahlungstag nur einen Abschlag von 10 M., während am folgenden Sonnabend der Lohn ganz ausblieb. Die Angeklagten versetzten nun die von

ihnen angefertigten Thüren im Preussischen Leihhause und schickten ihren Meister den Pfandhahn. Sie behaupteten auch, Knal habe gesagt, wenn es kein Geld gäbe, könnten sie sich an die fertige Arbeit halten. Der Staatsanwalt hielt die Anklage wegen Diebstahls aufrecht und beantragte, da der Fall sehr milde auszufallen sei, eine Gefängnißstrafe von 3 Tagen für jeden der Angeklagten. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine plädirte für Freisprechung, da hier kein Diebstahl, überhaupt keine strafbare Handlung vorliege. Die Angeklagten hätten mit eigenem Werkzeug einen Pfand Thüren, also ein größeres Werk angefertigt. Zwischen ihnen und ihrem Auftraggeber bestand demnach kein Lohnverhältnis, sondern ein Werkvertrag. In diesem Falle hätten die Angeklagten aber zweifellos ein gesetzliches Pfandrecht an dem Arbeitsprodukt, und ihre Handlungsweise war juristisch unanfechtbar. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, da hier kein Diebstahl, sondern nur ein Akt der Selbsthilfe vorliege, auch den Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihrer Handlung gefehlt habe.

Der fahrlässige Tödtung eines achtjährigen Knaben war der Maurerpoller Franz Bierzbicki beschuldigt. Der bedauerliche Unglücksfall, der zu der Anklage Veranlassung gegeben hat, hatte sich am 9. März d. J. an der Ecke der Prinzen-Allee und Solbinesstraße zugetragen. Es waren von einem Bau in der Waldenstrasse nach einem Pause in der Soldinerstraße Kisthänger zu fahren gewesen, und da dem Angeklagten gerade keine Arbeiter zur Verfügung standen, so hatte er auf eigenem Antrieb die Begleitung des mit dem Kisthänger beladenen Fuhrwerks übernommen. Er ließ der Vorschrift gemäß an dem hinteren Ende des Lastwagens, über welchen einige Kisthänger um 4 bis 5 Meter hinausragten, nebenher, um auszuweichen und ein Unglück rechtzeitig zu verhüten. Bis zu der vorerwähnten Ecke hatte Bierzbicki seines Amtes richtig gewaltet und der Transport war regelmäßig von staten gegangen, da aber kam das Verhängnis. Der Maurerpoller hatte nämlich dem Kutscher vorher nicht mitgetheilt, nach welcher Seite er in die Soldinerstraße einbiegen wolle, und da er sich sagte, daß bei dem großen Strahengeräusch ein Aufseher von dem Führer des Wagens nicht gehört werden würde, ließ er auf einen Augenblick zu diesem heran und zeigte ihm den Weg. In diesem Moment schwenkte der Wagen, die eine Kisthänge schlug mit ihrem Ende gegen einen dort befindlichen Pfeiler der elektrischen Bahn, prallte ab und traf ein auf dem Trottoir stehendes Kind, den achtjährigen Knaben Felix Engel, mit voller Wucht auf den Leib, so daß das Kind sich überdrehung und dann bewußtlos liegen blieb. Nach 24 Stunden war es bereits eine Leiche. Der Staatsanwalt beantragte gegen den bedauerlichen Angeklagten eine Gefängnißstrafe von 9 Monaten, indem er die Fahrlässigkeit desselben als eine recht grobe bezeichnete; Bierzbicki hätte sich dem Kutscher sehr wohl in anderer Weise verständlich machen können, als daß er zu ihm hinlief und dadurch seinen wichtigen Posten als Aufseher verlor. Wäre er am Ende des Wagens gewesen, hätte er sicherlich das Kind warnen oder zur rechten Zeit bei Seite reizen können. Der Gerichtshof urtheilte wesentlich milder als der Staatsanwalt und ließ den Angeklagten daher mit einer Woche Gefängniß davonkommen.

Des Mißbrauchs seiner Amtsgewalt war der Hilfs-Gefangenenaufseher August Martin beschuldigt, welcher gestern dieserhalb vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. stand. Da sich der in Frage kommende Vorfall unter vier Augen abgepielt hat und der Mißbrauch verschollen ist, so war der Gerichtshof lediglich auf die Angaben des Angeklagten angewiesen. Zu den Gefangenen, welche sich im April d. J. in der Stadtvogtei befanden, gehörte auch der Stellmacher Ulbrich. Der Angeklagte will wiederholt genöthigt gewesen sein, dem Ulbrich wegen Angehörigkeiten Zurückweisungen zu ertheilen, wodurch der letztere gegen ihn in eine feindselige Stimmung gerathen sei. Als der Angeklagte sich eines Morgens allein mit Ulbrich auf dem Flur befunden habe, habe dieser plötzlich in barbarem Tone verlangt, dem Polizei-Inspektor vorgeführt zu werden und ihm, dem Angeklagten, gleichzeitig einen Stoß gegen die Brust versetzt. Martin habe diesen Stoß mit einem Faustschlag gegen den Kopf erwidert, dann sei ein gegenseitiges Ringen entstanden und der Gefangene dabei zu Boden geworfen worden. Daß Martin nun seinen Säbel zog und dem Wehrlosen damit einige Diebe versetzte, hielt die Anklagebehörde für überflüssig und für eine Ueberschreitung seiner Amtsgewalt. Der Angeklagte behauptete, daß der Gefangene mit den Füßen nach ihm gestochen habe, eine Angabe, welche nicht zu widerlegen war. Der Staatsanwalt mußte die Befreiung des Angeklagten dem Gerichtshofe anheimstellen und dieser kam zu einem freisprechenden Erkenntniß, da nach der Darstellung des Angeklagten vielmehr ein Zustand der Rothwehr vorhanden gewesen sei. — Es ist Herrn Martin jedenfalls sehr zu statten gekommen, daß der Gimpfänger nur so gänzlich „verschollen“ ist.

Ein mit Hilfe des Telephons vorbereiteter Diebstahl beschuldigte gestern die 3. Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. Auf dem Hofe des Grundstücks Blumenstr. 82 betreibt der Kaufmann Dannert ein Kolonialwaarengeschäft in gros. Am Morgen des 3. Juni klingelte es bei ihm an. Ein angeblicher Kaufmann in Schöneberg ersuchte ihn um schleuniges persönliches Erscheinen zur Empfangnahme eines größeren Auftrages. Dannert erwiderte, daß er sich um 5 Uhr am Nachmittage desselben Tages einstellen würde. Er machte sich um 4 Uhr auf den Weg. Etwa eine halbe Stunde nach seinem Fortgange wurde sein Behtling, der allein im Komptoir geblieben war, ans Telephon gerufen. Derselbe glaubte die Stimme seines Prinzipals zu erkennen, welcher ihm antrag, schleunigt zu seiner, des Chefs, Mutter in der Lehrterstraße zu gehen und zu bestellen, daß er am Abend nicht zu ihr kommen könne. Das Komptoir solle der Behtling verschließen und den Schlüssel in das bewußte Versteck legen. Der Behtling that, wie ihm geheißen, er legte den Schlüssel unter ein Faß, das auf dem Flur stand. Dannert halte in Schöneberg erfahren, daß er geprellt worden war, er dachte aber noch nicht an einen Einbruch. Als er sein Komptoir wieder öffnete, sah er, daß dort Diebe gehaust hatten. Die Kassenhülle des eisernen Geldschrankes pflegte nicht verschlossen zu sein. Es zeigte sich, daß der Tresor des Schrankes gewaltsam eingeschlagen und seines Inhalts beraubt worden war. Dem Diebe waren 3000 M. in die Hände gefallen. Nur ein mit den Verhältnissen Vertrauter konnte der Thäter sein. Der Verdacht lenkte sich auf den bei Dannert angestellten Reisenden Karl Krake. Dieser wies aber sein Alibi nach. Die Polizei ermittelte indes, daß Krake kurze Zeit vor dem Diebstahl häufig mit einem früheren Reisenden Dannert's, namens Puschmann sowie mit dem ebenfalls stellenlosen Kaufmann Bruno Maljahn verkehrt hatte. Als der letztere sich durch größere Geldausgaben verdächtig machte, wurde er verhaftet. Man fand gegen 2000 M. bei ihm vor und nun gestand er ein, daß er den Einbruch begangen hatte, zu dem Puschmann und Krake ihn die Anleitung gegeben. Puschmann hat das Ausland erreicht, so daß nur gegen Maljahn und Krake verhandelt werden konnte. Der erstere wurde zu zwei Jahren, der letztere zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt.

Necht freche Diebstähle brachten den Stadtreisenden Alfred Lewin auf die Anklagebank der 3. Ferien-Strafkammer am Landgericht I. Am 18. Februar d. J. kam der Angeklagte zu dem Pfandleiber Pohnholz, um ein Pfand einzulösen. Als der Pfandleiber sich auf einen Augenblick entfernte, benuzte Lewin die Gelegenheit, eine goldene Uhr verschwinden zu lassen. Da dies so gut beglückt war, wiederholte er 2 Tage darauf dasselbe Verbrechen mit gleich gutem Erfolge und auch am 22. Februar versuchte er es, dem Pfandleiber das Waarenlager zu verringern. Diesmal begnügte er sich nicht mit einer Uhr, sondern nahm gleich zwei, sowie zwei goldene Ringe an sich. Bei

der einen Uhr merkte Hohnholz den Diebstahl, er nahm sie dem Diebe wieder ab und ließ ihn merkwürdigerweise mit den anderen Sachen laufen. Ausser diesen Diebstählen hatte Lewin gefänglich auch am 9. und 10. April d. J. je einen Ueberzieher im Café Bauer gestohlen. Er erhielt dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zufänglich zu einer noch zu verhängenden längeren Freiheitsstrafe noch 9 Monate Gefängnis.

Selbstmord eines Verurtheilten. Einen tragischen Abschluss fand eine Verhandlung, welche gestern vor der 19. Abtheilung des Amtsgerichts II unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsraths Balde (der frühere Staatsanwalt im Prozeß Boile) stattfand. Der Unterschlagung beschuldigt, hatte der frühere Metallwaaren-Fabrikant Hermann Semmel, welcher seiner Angabe nach jetzt eine Stellung als Bankdirektor bekleidet, auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Der Angeklagte hat vor längerer Zeit von einem Fräulein Van in Spandau ein Haus gekauft. Einige Zeit darauf hat die Verkäuferin ihm 800 M. auszuhändigt. Der Angeklagte behauptet nun, daß der Betrag ihm von der Verkäuferin des Hauses als Entschädigung gezahlt worden sei, weil bei der Uebernahme mehrere Wohnungen leer gefunden hätten. Fräulein Van behauptet dagegen, daß die 800 M. der auf sie entfallende Antheil der Kosten seien, welche sie dem Angeklagten übergeben habe mit dem Auftrage, sie der Gerichtskasse zuzuführen. Die Parteien haben sich gegenseitig demüthigt, Semmel das Fräulein Van wegen Betruges, Fräulein Van den Angeklagten wegen Unterschlagung. Dem Strafverfahren gegen Semmel wurde stattgegeben. Die Verhandlung gegen ihn nahm durchweg einen etwas erregten Verlauf. Der Vorsitzende wies den Angeklagten zunächst auf seine zahlreichen Vorstrafen hin, worauf der Angeklagte mit Nachdruck betonte, daß seine letzte Verurteilung mehr als 12 Jahre zurückliege. Er blieb sodann mit Entschiedenheit dabei, daß seine Darstellung von der Bestimmung der 800 M. die richtige sei; daß dieselben nicht der Kostenantheil der Frau Van sein könnten, gehe schon daraus hervor, daß er als Käufer sämtliche Kosten übernommen habe. Die Frau Van blieb dagegen bei ihrer früheren Behauptung. Als der Verteidiger, R. A. Werthauer, die Frau Van fragte, ob nicht in den Grundakten zu Spandau ausdrücklich vermerkt sei, daß sie die Hälfte der Kosten zu tragen habe, bemerkte der Vorsitzende u. A., daß die Unsicherheit der Frau Van in dieser Beziehung vielleicht auf Vergeßlichkeit zurückzuführen sei. Der Angeklagte erklärte, daß dieser Punkt ja gerade die Hauptsache sei. Der Vorsitzende lehnte eine weitere Erörterung dieses Punktes ab. Nun lebte der Angeklagte den Vorsitzenden wegen Befürchtung der Befangenheit ab. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß ein Ablehnungsantrag nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses unzulässig sei. Der Verteidiger erklärte, daß er das Gesuch materiell für unbegründet halte, aber unter keinen Umständen könne weiter verhandelt werden, weil nach § 27 der Strafprozeßordnung erst durch das Landgericht über das Gesuch entschieden werden müsse. Als der Gerichtshof hierauf nicht einging, beantragte der Verteidiger, das Ablehnungsgesuch zu Protokoll zu nehmen. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten durch das Zeugnis des Fräulein Van für hinreichend überführt, er beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von drei Jahren. Der Verteidiger wiederholte seinen Antrag, die Grundakten aus Spandau einfordern zu lassen, es werde daraus die Unglaubwürdigkeit der Frau Van nachgewiesen werden können. Der Gerichtshof trat in Verathung. Nach kurzer Zeit erschien der Gerichtshof wieder, aber diesmal mit dem Gerichtsassessor Wegener als Vorsitzenden, der den Platz des Amtsgerichtsraths Balde einnahm. Assessor Wegener erklärte, daß der Ablehnungsantrag gegen Amtsgerichtsrath B. als unzulässig verworfen sei und trat dann den Vorsitz wieder an Amtsgerichtsrath B. ab. Der Verteidiger protestierte gegen dies Verfahren. Diese Erhebung eines Nichters sei beim Amtsgericht unzulässig, eventuell wolle der Vorsitzende ganz auf neue verhandeln und dann erkennen. Der Angeklagte lehnte nunmehr auch die Schöffen ab, weil diese zu dem Verfahren ihre Zustimmung gegeben hätten. Der Vorsitzende lehnte alle Anträge ab und verkündete das Urtheil, welches dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf drei Jahre Gefängnis lautete. Bei der Höhe der erkannten Strafe liegt Grundverdacht vor und sei der Angeklagte sofort zu verhaften. In der Begründung hieß es, daß die Frau Van auf den Gerichtshof einen durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht habe und deshalb seien alle Anträge, wodurch ihre Unglaubwürdigkeit nachgewiesen werden sollte, abgelehnt worden. — Die Jellenshür hatte sich kaum hinter dem Verhasteten geschlossen, als drinnen ein scharfer Knall ertönte. Semmel hatte sich mittels eines Revolvers erschossen. Als der schnelligst herbeigerufene Gefängnisarzt erschien, war Semmel bereits eine Leiche; er lag in einer großen Blutlache, die Angel hatte er sich in die rechte Schläfe gejagt. Zwei Jellensinsassen hatten dem schaurigen Akte beizuhelfen müssen, sie meinten, daß der Selbstmörder auf der Stelle gestorben sein müsse.

Gelegentlich der Rigdorfer Maifester in den „Viktoria-Sälen“ fand eine Zellerfassung statt, welche von dem Gendarm Bornemann inhibirt wurde, da keine schriftliche polizeiliche Genehmigung für die Sammlung eingeholt sei. Kurz darauf kam der Einberufer der Versammlung, Genosse Emil Kehler, dazu, wunderte sich, daß kein Geld auf dem Teller lag und als er erfuhr, daß der Gendarm die Sammlung inhibirt, begab er sich auf das Podium und ersuchte die Anwesenden, die noch nichts gezahlt, ein Entree von 5 Pf. zu zahlen. Als Kehler dies Entree einsammeln wollte, wurde auch dies inhibirt und der Betrag von 25 Pf. beschlagnahmt. Auf erhobene Beschwerde mußte die Behörde das Geld zurückschicken. Gegen Genossen Kehler aber wurde Anklage wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 7. Januar 1891 erhoben, welche am Freitag vor dem Rigdorfer Schöffengericht zur Verhandlung kam. Die Sache konnte jedoch nicht zu Ende geführt werden, da der Gendarm Bornemann nach Treptow kommandirt und laut landrätlicher Auskunft dort — „unabkömmlich“ sei. Infolge dessen wurde der Termin verlagt.

Soziale Uebersicht.

Die **Keltesten** der Berliner Kaufmannschaft haben unterm 15. Juli eine Eingabe an den Reichskanzler in betreff des Kautschuk-Ladenschlusses gerichtet, aus der nur einige Blätter sozialpolitischer Kurzsichtigkeit erwähnt sein mögen. Abgesehen von der Redensart der Mannigfaltigkeit der geschäftlichen Verhältnisse, die einer einheitlichen Regelung angeblich nicht unterworfen werden können, müssen diesmal namentlich die Arbeiter verhalten, um die Verkürzung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe als undurchführbar hinzustellen. Nach Angabe der Keltesten müssen die Zigarrenhändler der Arbeiter wegen um 1½ Uhr morgens öffnen und die Konfektionsgeschäfte sollen ebenfalls wegen des Arbeiteranspruchs nach 8 Uhr abends den geschäftlichen Verkehr angeblich kaum noch bewältigen können. Abgesehen von der Unrichtigkeit dieser Angaben, wird die Beziehung der „Keltesten“ auf diese Beispiele schon durch die selbstverständliche Thatsache als verfehlt erwiesen, daß der Arbeiter seine Zigarren und seine Konfektionswaaren eben zu einer andern Zeit kaufen würde, und zwar sehr gern, weil er weiß, daß durch die Kautschuk-Ladenschluß-Vorschrift für eine Kategorie seiner Klasse, die Laden-Bedienten, Erleichterungen geschaffen werden. Natürlich sind die „Keltesten“ der mancherlei Ansicht, daß

lediglich im Wege der freien Vereinbarung und durch den Druck der öffentlichen Meinung derartige Dinge zu beseitigen seien. Im übrigen sei dort, wo Laden und Wohnung mit einander verbunden sind, der Laden der angenehme, luftigste (5), weil geräumigste Theil der Wohnung und dient daher dem Kaufmann und

seiner Familie in den Feierstunden als Aufenthalt. . . Diesen Gewerbetreibenden würde durch den Zwang des Ladenschlusses um 8 Uhr abends der Aufenthalt in der Wohnung verleidet werden.“

Als Schreckbild lassen die „Keltesten“ noch gleich dem Gespenst des Buddhasimus an dem Knackhans-Gemälde, die Verlegung des Konsums in das Wirthshaus an der Bildsäule erscheinen. Nicht ganz ohne Interesse ist, daß ein Nationalökonom von Fach, Dr. Rogge, sich dazu hergibt, die so schlecht beurtheilten Ansichten der „Keltesten“ mit seinem Namen zu decken. Es ist nur ein winziges Stück Sozialreform, das sich im Kautschuk-Ladenschluß verkörpert. Sollte es wirklich gelingen, die Erfüllung dieser gefeggeberischen Aufgabe zu verhindern, wie es die „Keltesten“ der Berliner Kaufmannschaft wollen und so jämmerlich motiviren, es wäre für das Deutsche Reich, das die „Sozialreform“ seinerzeit selber auf Tapet gebracht, ein Armuthszengniß, wie sich ein größeres in wirtschaftlichen Dingen selbst der viel verpöbelte alte Deutsche Bund kaum ergeheißelt hat.

Ueber die Lage der Strohflechterinnen in Toskana wird uns geschrieben: Der Zustand der Strohflechterinnen in Toskana war, nachdem durch Fußgebot von Polizeimannschaften und Soldaten die Ruhe in den einzelnen Ortschaften hergestellt worden war, durch einige nebensächliche Zwischenfälle seitens der Unternehmer beschwichtigt worden. Aber die wahren Gründe der Unzufriedenheit sind bestehen geblieben und schon jetzt werden aus einigen Ortschaften neue Aufstände und Tumulte gemeldet. Die Ursache, welche dazu geführt hat, den Tageslohn der Arbeiterinnen von durchschnittlich 30 Centesimi noch und nach auf 10 Centesimi (8 Pfennige) heranzuredern; liegt in dem weit ausgebreiteten Mangel von Personen, welche sich zwischen die Arbeiterinnen und die Unternehmer eingedrängt und einen immer größeren Prozentsatz des Arbeitsvertrages an sich gezogen haben, indem sie die Beschaffung des Rohmaterials übernommen haben, das sie gegen wucherische Bedingungen den Arbeiterinnen überlassen. Auch anderwärts mag dieses System der überflüssigen, schmarozherhaften Vermittelung zwischen Kapitalisten und Arbeiterinnen ausgebildet sein; aber in Italien hängt dieses System sozusagen in der Luft, und die Staatsverwaltung selbst beruht auf diesem Vermittlungsweesen. Ob verpachtet nicht der Staat die Erhebung der von ihm ausgeschriebenen Steuern an Privatunternehmer und hat er nicht die Staatsbahnen, zu deren direkter Verwaltung er sich nicht die nötigen moralischen und technischen Fähigkeiten zutrout, drei Bankgesellschaften zum Betrieb übergeben? Dem vom Staate gegebenen Beispiele entspricht das Verfahren der ländlichen Großgrundbesitzer, wie sich dies besonders in Sizilien angedrängt hat. Zwischen dem Großgrundbesitzer, der sich um die Verwaltung seiner Güter überhaupt nicht bekümmert und der ländlichen Arbeiterbevölkerung besteht eine endlose Reihe von Zwischeninstanzen, von denen jedesmal die obere der unteren diejenigen Funktionen überträgt, die sie eigentlich selbst ausüben sollte; so daß dieselbe Funktion nicht einmal, sondern drei oder vier Mal bezahlt werden muß und zur Bezahlung der wirklichen Lohndarbeiter nur wenig übrig bleibt. Wie wenig sich der italienische Staat bisher um die verderblichen Arbeitsverhältnisse bekümmert hat, geht daraus hervor, daß das italienische Ministerium für Ackerbau und Industrie jetzt, als der toskanische Aufstand die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lage der Strohflechterinnen lenkte, in seinen Archiven auch nicht die kleinste statistische oder technische Vorarbeit vorfand, welche einen Anhalt zur Behandlung der Frage hätte abgeben können. Die gleiche Unbekümmertheit um die Sache haben die parlamentarischen Parteien bemerkt. Man erkennt jetzt die Nothwendigkeit, Genossenschaften der Strohflechterinnen zu begründen, welche das Rohmaterial beschaffen und mit den industriellen Unternehmern direkt in Verkehr treten, ja mit der Zeit vielleicht auch diese Unternehmer selbst überflüssig machen könnten. Aber es sind nicht die Angehörigen der parlamentarischen Parteien, von denen diese Anregung ausgegangen ist, sondern einerseits die sozialistischen Mitglieder der Florentiner Arbeitskammer, andererseits die, wie überall in Italien, so auch in Toskana auf dem Lande sehr mächtigen Meritalen. Diesen beiden Parteien wird denn auch, wenn die Reform gelingt, der politische Vortheil von derselben zufallen.

Versammlungen.

Der **allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein** hielt am 20. d. M. eine Versammlung ab, in der vom Kassier der Kassenbericht vom 2. Quartal verlesen wurde. Die Einnahmen betragen 169,40 M., Bestand vom vorigen Quartal 105,97 M., Ausgaben 170,60 M. Zur Erledigung stand die Wahl des ersten und zweiten Kassiers, mit welchem Amt die Mitglieder Arbeit und Witscher betraut wurden.

In **Schöneberg** fand am 22. d. M. bei Obdt eine Bezirksversammlung des Berliner Metallarbeiterverbandes statt. Ein Vortrag des Genossen Bösch über „Parlamentarismus, Gewerkschaftsbewegung und Volksgesetzgebung“ fand eine recht beifällige Aufnahme. Unter Verbandsangelegenheiten wurde der Anregung des Vorsitzenden zugestimmt, für den Verband sowohl als auch für die Unterstützung der Angehörigen immer weitere Kollegen des Westens und Schönebergs zu gewinnen. Material ist bei dem Vertrauensmann der Metallarbeiter für den Westen: Richard Gabriel, Grunewaldstr. 121, zu erhalten.

Vermischtes.

Drei Pulverschuppen der unterhalb Silberbütte am Hatz besetzten Pulverfabrik (der Firma Meyer u. Ko. gehörend) flogen am 21. Juli in die Luft. Leider wurden dabei 9 Arbeiter und Arbeiterinnen, welche mit Aufertigung von Feuerwerkskörpern beschäftigt waren, verletzt. Als Ursache der Explosion vermuthet man Selbstentzündung.

Stockholm, 23. Juli. Das „Aftenbladet“ erhielt von Andreäs folgendes Telegramm von der Dänisch-Finsel am 18. von Tromsø am 23. Juli abgefaßt: Die Arbeiten der Expedition fahren ohne Unterbrechung in der befriedigendsten Weise fort; die vierte Etage des Ballonhauses ist in der Ausführung begriffen. Die Füllung des Ballons findet Anfang nächster Woche statt. Demnächst wird die Ausfahrt vor sich gehen, wenn der Wind günstig ist.

Karlsbad (Schweden), 24. Juli. Der Dampfer „Frenya“ ist gestern Nachmittag auf dem Friesensee geteufert und gesunken. Nur der Kapitän, ein Matrose und 3 Passagiere wurden gerettet, 10 Personen ertranken, darunter die Frau und 2 Kinder des Kapitäns.

In der **Velociped-Industrie** ist Europa und Amerika ein neuer, gewaltiger Konkurrent in den Japanern entstanden. Sibirien sind die japanischen Velocipede noch nicht nach Europa eingeführt worden, in New-York finden sie aber infolge ihres erstaunlich billigen Preises einen lebhaften Absatz. Dabei sind sie stark, gefällig und nach den neuesten Modellen gebaut.

Das **Schwalbennest auf der Drahtseilbahn**. Eine Naturmerkwürdigkeit eigener Art findet sich in den zwei Waggons der Drahtseilbahn, die Biel mit dem bekannten hochgelegenen Luftkurort Mogglingen (Macolin) verbindet. In jedem der zwei Waggons findet sich ganz an der gleichen Stelle je ein Schwalbennest. Ein Schwalbennestpaar hat dieselben gebaut. Das Paar hatte offenbar die Absicht, nur ein Nest zu bauen, da aber bald der eine Wagen, bald der andere Wagen an der Stelle war, haben sie an beiden Orten gebaut, wohl in der Meinung, nur ein Nest zu bauen. In beiden Nestern fanden sich Eier. Diese wurden jedoch alle in ein Nest gethan; es befanden sich nun in dem einen Nest Junge.

Für Brenn-, Krach- und Stichwunden und Schmerzen, die man sich durch Verühren von Brennsteinen oder durch die Dornen von Rosen, Himbeeren, Stacheln und anderen Sträuchern zugezogen hat, glaubt einer unserer Mitarbeiter ein vortreffliches Heilmittel in dem Bestreichen der schmerzenden Hautstellen mit den Blättern des Pfefferminzstrauchs gefunden zu haben. Bekanntlich wächst Pfefferminze fast immer in der Nähe der vorgenannten Brenn- und Dornenpflanzen, ist daher im Bedarfsfalle schnell zur Hand. Nehmt, wo Jung und Alt sich so gerne im Wald und Hür tummelnd, Beeren und Pflanzen pflückt, dürfte die Bekanntheit des bisher wahrheitsgemäß wenig oder gar nicht benutzten Heilmittels vielen von Nutzen sein. Der Erfolg ist ein überraschend schneller. Auch der von Insektenstichen herrührende Schmerz wird durch Pfefferminzblätter alsbald bedeutend gelindert. Also probieren!

Die Arbeitsleistung der Taschenuhren. Nur wenige Menschen haben eine klare Vorstellung, was ihre Taschenuhr für eine kolossale Arbeitsleistung vollbringt. Die „Uhrmacher-Zeitung“ giebt darüber folgende Rechnung: In einer Ankeruhr der gewöhnlichen Größe für Herren hat die Uhr eine Durchmesser von 18 Millimeter. Diese Uhr macht in jeder Sekunde fünf Schwingungen hin und her, wobei sie jedesmal anderthalb Umdrehungen vollendet. Denken wir uns die Uhr, anstatt hin und her schwingend, als ein immer in derselben Richtung weiter rollendes Rad, so legt dieses Rad, dessen Umfang 3,14 mal 18 = 56½ Millimeter ist, bei jeder Schwingung 84,75 Millimeter und in jeder Sekunde 5 mal 84,75 = 423,75 Millimeter oder rund 42 Zentimeter zurück, in der Minute das 60 fache = 2520 Zentimeter oder 52,2 Meter, in der Stunde abermals das 60 fache = 1512 Meter, also rund 1½ Kilometer, jeden Tag aber 36 Kilometer. In eine solche Uhr, wie dies häufig vorkommt, drei Jahre gegangen, so hat die Uhr eine Weg von 39 420 Kilometern zurückgelegt, das ist nahezu gleich dem Umfang der Erde. Und diese Uhr hat Achsen (Zapfen) von nur etwa zwölf Hundertstel Millimeter. Rechnet man, daß eine Personenzug-Lokomotive täglich 10 Stunden in Thätigkeit ist und in der Stunde 45 Kilometer zurücklegt, so muß dieselbe 30 Tage im Dienst sein, ehe ein Punkt am Umfange ihrer kolossalen Räder denselben Weg zurückgelegt hat, wie die Uhr eine ihrer Umdrehungen in drei Jahren. Da aber der Durchmesser des großen Lokomotivrades ungefähr das Hundertfache von demjenigen der Uhr beträgt, so müßte die Lokomotive 8800 Tage, d. i. über 24 Jahre lang, ununterbrochen täglich 10 Stunden im Betriebe sein, ehe die Achse ihres Triebrades dieselbe Anzahl von Umdrehungen gemacht hätte, wie die kleinen Zapfen der Uhr in nur drei Jahren.

Briefkasten der Redaktion.

Die **juristische Sprechstunde** findet Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend während der Zeit von 7½ bis 8½ Uhr abends statt.

A. P. Ein fallender Körper nimmt an Geschwindigkeit zu. **E. M. 700.** Der Verein tagt jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Dort dürften Sie alles Abreife erfahren.

A. N. Der Holzarbeiterverband zählt 30 000, der Zentralverein der Bildhauer 3249 Mitglieder.

Lumpen S. J. C. A. Im Schwurgericht beantworten die Geschworenen (12 Laienrichter, die nach vielerlei Durchscheidung durch Beamte ausgewählt worden) die Frage, ob der Angeklagte schuldig oder unschuldig und ob mildernde Umstände vorliegen. Sodann sprechen 3 Berufsrichter die Freisprechung oder Strafhöhe aus. Sind die 3 gelehrten Richter einstimmig der Ansicht, daß die Geschworenen sich zu ungunsten des Angeklagten geirrt haben, so überweisen sie die Sache dem demnächst folgenden Schwurgericht. — **Gold.** 1. Auf gar keine. 2. Vergleichen. 3. Auf dem Gemeindefriedhof oder auf dem einer freireligiösen Sekte angehörender. — **N. S. 24.** Das müssen Sie sich schon gefallen lassen. — **E. G. Brandenburgstr. 50.** Wie Sie es anfangen, Ihre Ueberzeugung zu der der Staatsanwaltschaft und eines Gerichts zu machen, vermag ich Ihnen in diesem Falle leider nicht anzugeben. Theilen Sie den Vorfall behufs eventueller Besprechung im Reichstag dem Abgeordneten Stadthagen mit. Derselbe wird im September in Berlin sein. — **O. V. 117.** Ihre Frau kann sich selbst weiter verschern. Sie muß dann außer der 20-Pfennigmarke noch eine Zusatzmarke für 8 Pf. haben. **Kl. 10. 10. 10.** hat jemand zu beantragen, wenn er das 70. Lebensjahr vollendet und eine Wartezeit von mindestens 1410 Beitragswochen hindurch versichert gewesen ist. Die Länge der Wartezeit vermindert sich für denjenigen, der vor dem 1. Januar 1891 geboren ist, falls er in der Zeit vom 1. Januar 1888 bis 1. Januar 1891 mindestens 141 Wochen hindurch in einem Arbeitsverhältnis gestanden hat, welches die Versicherungspflicht begründet haben würde, wenn das Gesetz schon damals in Kraft gewesen wäre. Für denjenigen, der diese beiden Voraussetzungen erfüllt hat — dies scheint bei Ihrer Frau der Fall zu sein — vermindert sich die Wartezeit um so viel Beitragsjahre und Beitragswochen, als sein Lebensalter vom 1. Januar 1891 an Jahren und vollen Wochen das vollendete 40. Lebensjahr übersteigen hat. Dabei werden für jedes Lebensjahr 47 Beitragswochen in Ansatz gebracht. Ihre Frau ist jetzt nach Ihrer Mittheilung 63 Jahre alt, ist also im Jahre 1893 geboren. Ist sie am 9. Januar 1893 geboren, so war sie am 1. Januar 1891 58 Jahre und acht Tage alt. Ihr Lebensalter übersteigt also am 1. Januar 1891 vierzig um 18 Jahre und eine volle Woche, d. i., da ein Beitragsjahr 47 Wochen zählt, um 18 × 47 + 1 = 847 Beitragswochen. Demnach beträgt, falls sie am 9. Januar 1893 geboren ist, die Wartezeit nicht 1410, sondern 1410 — 847 = 563 Wochen, 663 Wochen müßte sie also gelebt haben. — **F. R. 10. Ja.** — **Fr. Scheider.** Der Gutbesitzer, auch wenn er Orib. oder Antvorschieher ist, hat kein Recht, den Lohn in Höhe der Rente zu kürzen. Der betreffende Knecht soll noch während des Dienstverhältnisses (sofort) den danach rückständigen Lohn einklagen. Wegen der Drohung: wenn Du den vollen Lohn verlangst, so werde ich Dich anzeigen, daß Du keine Rente mehr kriegst, soll er sofort Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Erpressung erstatten. Derartige schamlose und leere Drohungen werden den weissen Sklaven gegenüber leider recht häufig gebraucht. Sie ruhig einstecken, heißt sein schmales Recht noch mehr verkürzen. Geben Sie über den Verlauf der Angelegenheit dem Abgeordneten Stadthagen Nachricht. — **N. P. 1.** Er soll mit Mühe erscheinen. 2. Ja. — **Fran 2.** 1. Ihnen steht das Recht zu, auf Ehescheidung wegen Ehebruchs zu klagen. 2. Ihnen im Mann des Briefkastens sämtliche Ehescheidungsgründe aufzuführen, geht nicht an. — **W. M. Ja.** — **N. P. 29.** **M. M. 15.** Nein. — **W. S. 100.** Das 1896. Jahr hört mit Ablauf des 31. Dezember 1896 auf. — **W. M. Abgereist.** — **W. W. 102.** Nein. — **3 Wettende.** Die Ihnen erteilte Auskunft, daß der Stand der Mutter die Höhe der Alimente beeinflusst, nicht der des Vaters, ist richtig. Derselbe Rechtszustand soll nach dem 1. 1. 1900 dem Tage des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs für ganz Deutschland gleichmäßig Gültigkeit erlangen. Zur Zeit bestehen etwa 20 verschiedenenartige Gesetzbücher auf diesem Gebiet, die entweder den erst angeführten Grundsatz direkt aufgenommen haben oder die Höhe der Alimente nach der Nothdurft regeln. Einige sehen ausdrücklich die Höhe der Alimente fest, andere Gesetze (z. B. das preussische Landrecht) bestimmen, daß die Kostenhöhe maßgebend sein soll, die für ein Kind des Vaters oder gemeinen Bürgers standes üblich ist.

Leitung. Von E. Ebert aus Chicago und M. Sacher aus Denver 10 M. mit Dank erhalten. Brief nicht von Dellich zugestellt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 25. Juli.
Neues Opern-Theater. (Kroll.)
Rigoletto.
Deutsches Theater. Comtesse Oudert.
Lesung-Theater. Waldmeister.
Berliner Theater. Fiddie u. Sohn.
Schiller-Theater. Vergnügte Flitterwochen.
Neues Theater. Tata-Toto.
National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter.
Erlauben Sie Madame!
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.
Salle-Alliance-Theater. Der Goldsucher.
Friedrich-Wilhelmstadt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Sechster Monat unter Direction Adolph Ernst.
Anfang 8 Uhr.
Charley's Tante.
Schwan in drei Akten von Brandon Thomas.
Repertoirestück des Globe-Theaters in London.
Vorher: Die Baszazi. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Der Sommer-Garten ist geöffnet.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Vergnügte Flitterwochen.
Sonntag, abends 8 Uhr: Die Frauenfrage.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direction: Max Samst.

Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Große Fosse mit Gesang von Hugo Busse.
Regie: Fritz Schäfer.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
National-Theatergarten.
Großes Kinder-Freudenfest.
Gr. Konzert. — Hänzel und Gretel.

Alexanderplatz-Theater.
Alexanderstr. 40.
Direction: Max Samst.
Novität!
Die offizielle Frau.
Schauspiel in 4 Akten nach Savogés Mourou von J. Lehmann.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété.
Budapester
Koffen- u. Operetten-Theater
Direction: Gehrhard Herrfeld.
Heute, Sonnabend, 25. Juli 1896:
Gefällige Jungen.
Operette von J. Arnim.
Musik von Schindler.
Ferner zum 25. Male:
Die Welt geht unter.
Original-Lustspiel von Donat Herrnsfeld.
Anf. 8 Uhr. Vorgangsarten gelten.
Voranzeige.
Auf vielseitiges Verlangen
Mittwoch, den 29. Juli:
Einmalige Aufführung:
Der Glabrias Partie.
Numerierte Billets sind zu dieser Vorstellung im Theater-Bureau vorm. von 9 bis 2 Uhr zu haben.

W. Noack's Sommer-Theater.
Brunnenstr. 16.
Täglich:
Konzert und Theater-Vorstellung.
Im Saal: Gr. Ball.
Handel's Gardinenpredigten.
Lustspiel in 1 Akt von Moser.
Die Jagd nach dem Schwiegersohn.
Poffe mit Gesang in 4 Bildern von H. Starke.
Auftreten von Spezialitäten
Künstler I. Ranges.
Zum Frühshoppen ladet ein
2908b) Herm. Haller, Sendelstr. 20.

Apollo-Theater
und Konzert-Garten
Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.
Stürmischer Lacherfolg!
Ein Abenteuer im Harem.
Burleske in 1 Akt von B. Mannstädt.
Musik von Paul Vinde.
Eine Scene im Zoologisch. Garten
ausgeführt von der
Senetts-Troupe.
Ferner:
20 Kunstkräfte ersten Ranges.
Staffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert
7 Uhr. — Anf. der Vorstell. 8 Uhr.

Reichshallen-Garten
Leipziger-Straße, am Dönhofsplatz.
Täglich
Norddeutsche Sänger
Heute, Sonnabend:
Zum 85. Male:
Die Ill-Parodie
Alle fünf Barrisons
Anfang Sonntags 7 Uhr,
Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirter Pl. 50 Pf.
Wird Sonntags wegen Regenwetter
im Saal gespielt, beträgt das Entree
durchweg 50 Pf.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia-Trio, Theo three Marit's Com. Excent. Ach. Origl. Satour, Krokodilensch. Geschw. Torney, Trapez. Hognio-Truppe, Akrob., Lotty, Friedmann etc.
Entree 30 Pfennige.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!! Neu!!
hochsensationelle
Neuheiten
die ein Jeder
sehen muss!
Sonnabend: Resterverkauf.
Beachtenswerth für Schneider!
[5563L*]
Anzug- u. Haiselothoffe
Brenner & Cie.
Alte Jakobstr. 57/59.
Nebst Maas zu Engrospreisen.

Ostbahn-Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook.
Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
Volkshelustigungen jeder Art. 4 Regelpbahnen zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.
2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Größtes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Schweizer Garten
Am Königssthor. — Haltest. d. Ringb. — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Am Harem, Neu!
oder: Berliner in Kairo.
Volkshelustigungen und Ball.

Hirsegarten } **Tabbert's Restaurant,**
Bahnhofstr. 6 Min. Waldweg.
Gr. Garten, Parquet-Säle, 2000 Personen Unterkommen, Kaffeeküche, Volksbelustigungen, große Ausspannung, Dampfheizung, Bal champêtre. 5092L*
Die saure Gurke
Jetzt ist gekommen, trinken Sie ja kein Wasser ohne H. Crüthsch's reinen Zitronensaft. 1 Theelöffel auf ein Glas Wasser giebt ein erfrischendes Getränk, unentbehrlich auf Landpartien, Ausflügen etc., ebenfalls wird die Zitronensaftkur ärztlich vielfach verordnet gegen Gicht, Rheuma, Gallenstein u. s. w. Mein garantirt reiner Zitronensaft ist in plombirten Flaschen H T in Berlin zu haben bei Herrn R. Hoyer, Chausseestr. 60 pt., C. Ritzmann, Kottbuserstr. 19 pt. und W. Tschepel, Steinmetzstr. 77 pt. Nur Versand durch H. Trültzsch, Berlin, Boyenstr. 37. (Von 6 M. aufwärts franco.)

Alt-Berlin.
Heute:
Grosse Blumen-Illumination.
Eintritt 25 Pf.
von 5 Uhr ab
50 Pf.

Spezial-Ausstellung KAIRO
ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungen-Billet zugänglich.
Von 10 Uhr vormittags geöffnet.
Riesen-Arena:
5 und 8 1/2 Uhr nachmittags
Massen-Schaustellungen
der Beduinen.
Konzert von 4 Kapellen
Entree 50 Pf.
Eiltag Montag 1 Mk.
Illuminationstag: Freitag ab 5 Uhr
1 Mk. Entree.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater
abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62, Lehrt. Stadtbahn.
Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr
abends ab. Eintritt 50 Pf.
Näheres die Tagesanschlänge.

Resterverkauf.
Beachtenswerth für Schneider!
[5563L*]
Anzug- u. Haiselothoffe
Brenner & Cie.
Alte Jakobstr. 57/59.
Nebst Maas zu Engrospreisen.

Ostbahn-Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook.
Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
Volkshelustigungen jeder Art. 4 Regelpbahnen zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.
2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Größtes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Schweizer Garten
Am Königssthor. — Haltest. d. Ringb. — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Am Harem, Neu!
oder: Berliner in Kairo.
Volkshelustigungen und Ball.

Hirsegarten } **Tabbert's Restaurant,**
Bahnhofstr. 6 Min. Waldweg.
Gr. Garten, Parquet-Säle, 2000 Personen Unterkommen, Kaffeeküche, Volksbelustigungen, große Ausspannung, Dampfheizung, Bal champêtre. 5092L*
Die saure Gurke
Jetzt ist gekommen, trinken Sie ja kein Wasser ohne H. Crüthsch's reinen Zitronensaft. 1 Theelöffel auf ein Glas Wasser giebt ein erfrischendes Getränk, unentbehrlich auf Landpartien, Ausflügen etc., ebenfalls wird die Zitronensaftkur ärztlich vielfach verordnet gegen Gicht, Rheuma, Gallenstein u. s. w. Mein garantirt reiner Zitronensaft ist in plombirten Flaschen H T in Berlin zu haben bei Herrn R. Hoyer, Chausseestr. 60 pt., C. Ritzmann, Kottbuserstr. 19 pt. und W. Tschepel, Steinmetzstr. 77 pt. Nur Versand durch H. Trültzsch, Berlin, Boyenstr. 37. (Von 6 M. aufwärts franco.)

Passage-Panopticum.
42
wilde Weiber
aus
Dahomey.

Feldschlößchen
142 Müllerstraße 142.
Telephon: Amt Moabit 1213.
Täglich:
Konzert, Theater.
Spezialitäten-Vorstellung.
Das Fest der Handwerker.
Sonntags: Großer Saal.
Mittwochs: Saalstränchen.
Theodor Boltz, Detonou.

Julius Wernau's Festsäle und Garten
Schwedterstraße 23/24.
Jeden Montag u. Mittwoch
Große
Spezialitäten-Vorstellung
bei freiem Entree.
Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Vereinszimmer und 2 Regelpbahnen zu vergeben. Telephon Amt III Nr. 2440.

Für Sommerfeste
empfehlen: 5561L*
Stocklaternen u. Fackeln
Kopfbedeckungen aus Papier
Illuminations-Laternen
Kinderschärpen
Verloofungs-Gegenstände
Scherzartikel • Feuerwerk •
Preislisten gratis und franco.
Verwand nach außerhalb.
Pohl & Weber Nachf.,
Luxuspapierfabrik
und Versandgeschäft, Berlin S.,
Neue Jakobstraße 6.
Zweig-Geschäft:
C., Alexanderstraße 51/52,
am Alexander-Platz.

Fruchtweine
Johannisbeerwein, weiß und roth, Elsterbeerwein, Heidelbeerwein 2 Hl. (1/2 Utr.) 75 Pf., 2 Uter 1 Mart erst.
pro Glas.
DEUTSCHES REICH 1896
10
PENNIG
1/10 Liter.

Restaurant Klugmann
(Wagner's Ruh), Rummelsburg.
Chausseehaus, herrl. schattig. Garten.
5000 Personen fassend, Natur-Bald,
überdeckte Regelpbahnen, Kaffeeküche.
Herrenhüte enorm billig.
Für neueste Façons
und vollständig fehlerfrei!
Steif 1,00—2,50—3,00 M. Weich
1,00—4,00 M. Haarkhüte 4,50—6,00 M.
Eylinderhüte 4,00—11,00 M.
gibt einzeln ab die
Fabrik Grüner Weg 2 1,
Reichenbergerstr. 166 1.

Johannisthal, Ladner's
Kaiser Wilhelmstraße 6.
Empf. meinen gr. schatt. Garten, Saal,
Vereinss., Regelpbahn, Billard, Sommer-
wohnung u. Ausspannung. [53948*]
Johannisthal, Egger's
Restaurant, Koonstraße 2.
Radfahrer-Verkehrslotel, Destillation,
billige Restauration, Regelpbahn. [53358*]
Ein Grünkrautgeschäft m. Dreh-
rolle, Waarenbestand, hat bill. zu verk.
Bilz, Pantow, Schulzestr. 15. [53662]

Johannisthal, Ladner's
Kaiser Wilhelmstraße 6.
Empf. meinen gr. schatt. Garten, Saal,
Vereinss., Regelpbahn, Billard, Sommer-
wohnung u. Ausspannung. [53948*]
Johannisthal, Egger's
Restaurant, Koonstraße 2.
Radfahrer-Verkehrslotel, Destillation,
billige Restauration, Regelpbahn. [53358*]
Ein Grünkrautgeschäft m. Dreh-
rolle, Waarenbestand, hat bill. zu verk.
Bilz, Pantow, Schulzestr. 15. [53662]

Johannisthal, Ladner's
Kaiser Wilhelmstraße 6.
Empf. meinen gr. schatt. Garten, Saal,
Vereinss., Regelpbahn, Billard, Sommer-
wohnung u. Ausspannung. [53948*]
Johannisthal, Egger's
Restaurant, Koonstraße 2.
Radfahrer-Verkehrslotel, Destillation,
billige Restauration, Regelpbahn. [53358*]
Ein Grünkrautgeschäft m. Dreh-
rolle, Waarenbestand, hat bill. zu verk.
Bilz, Pantow, Schulzestr. 15. [53662]

Johannisthal, Ladner's
Kaiser Wilhelmstraße 6.
Empf. meinen gr. schatt. Garten, Saal,
Vereinss., Regelpbahn, Billard, Sommer-
wohnung u. Ausspannung. [53948*]
Johannisthal, Egger's
Restaurant, Koonstraße 2.
Radfahrer-Verkehrslotel, Destillation,
billige Restauration, Regelpbahn. [53358*]
Ein Grünkrautgeschäft m. Dreh-
rolle, Waarenbestand, hat bill. zu verk.
Bilz, Pantow, Schulzestr. 15. [53662]

Johannisthal, Ladner's
Kaiser Wilhelmstraße 6.
Empf. meinen gr. schatt. Garten, Saal,
Vereinss., Regelpbahn, Billard, Sommer-
wohnung u. Ausspannung. [53948*]
Johannisthal, Egger's
Restaurant, Koonstraße 2.
Radfahrer-Verkehrslotel, Destillation,
billige Restauration, Regelpbahn. [53358*]
Ein Grünkrautgeschäft m. Dreh-
rolle, Waarenbestand, hat bill. zu verk.
Bilz, Pantow, Schulzestr. 15. [53662]

Spandau.
Wer
Stoff selbst liefert!
fertige einen Anzug zu 20, 22, 24,
26 M. H. Hofe 3,80—4,50 M.
Feinste Zutaten, saubere Arbeit.
Herrn-Anzug-Reste und Reste zu
einzelnen Hosen und Jackets sind spott-
billig bei mir zu haben. Achtungsvoll
A. Mohr, Schneidermeister,
Spandau, Bismarckstraße 5.

Todes-Anzeige.
Am 21. d. M. verstarb plötzlich
nach langem, schweren Leiden
Frau Pauline Mengeler
im 70. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Son-
tag, den 26. d. M., nachm. 5 Uhr,
auf d. Neuen Jakob-Kirchhof statt.
2799b **Emil Mengeler.**

Todes-Anzeige.
Schmerzgebeugt gebe ich hiermit
im Namen der trauernden Hinter-
bliebenen bekannt, daß meine liebe,
schwergeprüfte Frau, unsere gute,
unvergessliche Mutter, Tochter,
Schwester, Tante und Schwägerin
Franziska Thiele,
geb. Jöbel,
am Donnerstag, den 23. Juli, von
ihren langen, so überaus qual-
vollen Leiden durch den Tod er-
löst worden ist.
Die Beerdigung findet am Son-
tag, den 26. Juli, nachmittags
5 Uhr, vom Trauerhause Straß-
sunderstr. 30 aus nach dem Fried-
hofe der St. Sebastian-Gemeinde
in Dalldorf (Dallborfer Chaussee)
statt.
A. F. Thiele, Journalist.

Für die dem Lektor
Otto Nehring
bei seinem Leiden und Hinscheiden
dargebrachte Theilnahme, sowie
für die ihm am Grabe erwiesenen
lehten Freundesdienste sagen ihren
innigsten Dank.
2803b
Die Hinterbliebenen.

Köpenick.
Den Parteigenossen zur Nachricht,
daß der Arbeiter **Wilhelm Eichler**
am Donnerstag, den 23. ds. Mts., früh
4 Uhr, verstorben ist. Die Beerdigung
findet am Sonntag, den 26. d., nachm.
2 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.
Die Hinterbliebenen.

All Heil!

Wohnungen
von Stube und Küche zum 1. Oktober,
auch sofort, billig zu vermieten bei
Hübner,
5779L* **Swinemünderstr. 35.**

Billige Wohnungen
von Stube, Küche, Zubehör zu verm.
Kirchhof, Prinz Handjerystraße 55.

Gefunde Wohnungen im SO.,
Eisenstraße, 5 Minuten vom Bahnhof
Trepow, an der Pianofabrik, im neu
erbauten Gehäuse per Oktober ev.
früher preiswerth zu vermieten.
Näheres daselbst auch Sonntags von
9 bis 11 Uhr vorm. Verschickung.
Schlafstelle für 2 D., sep. Eingang,
Blücherstr. 15 r. S. 4. Heling. [2807b]

Arbeitsmarkt.
Steindrucker.
Wir suchen zum sofort. Antritt einen
tüchtigen 1. Umdrucker.
Jahn & Schwarz, Blumenstr. 70.
Kartonarbeiterinnen, geübte, verl.
M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.
Farbigenmacher verlangt Barunstr. 2.

Arbeitsmarkt.
Steindrucker.
Wir suchen zum sofort. Antritt einen
tüchtigen 1. Umdrucker.
Jahn & Schwarz, Blumenstr. 70.
Kartonarbeiterinnen, geübte, verl.
M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.
Farbigenmacher verlangt Barunstr. 2.

Arbeitsmarkt.
Steindrucker.
Wir suchen zum sofort. Antritt einen
tüchtigen 1. Umdrucker.
Jahn & Schwarz, Blumenstr. 70.
Kartonarbeiterinnen, geübte, verl.
M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.
Farbigenmacher verlangt Barunstr. 2.

Arbeitsmarkt.
Steindrucker.
Wir suchen zum sofort. Antritt einen
tüchtigen 1. Umdrucker.
Jahn & Schwarz, Blumenstr. 70.
Kartonarbeiterinnen, geübte, verl.
M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.
Farbigenmacher verlangt Barunstr. 2.

Arbeitsmarkt.
Steindrucker.
Wir suchen zum sofort. Antritt einen
tüchtigen 1. Umdrucker.
Jahn & Schwarz, Blumenstr. 70.
Kartonarbeiterinnen, geübte, verl.
M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.
Farbigenmacher verlangt Barunstr. 2.

Zur Taktik der polnischen Sozialdemokratie.*

Unter diesem Titel verfaßt „ein hochgeschätzter polnischer Genosse“ (wir müssen ihn so mit dem „Vorwärts“ nennen, da er anonym hervortritt) in den Beilagen des „Vorwärts“ vom 15., 16. und 17. d. Mts. unseren Artikel in der „Neuen Zeit“ Nr. 32 und 33 zu widerlegen.

Dem hochgeschätzten Genossen ist ein Malheur passiert: er hat den sozialen Entwicklungsprozess mit den Interessen der Bourgeoisie identifiziert und aus grund eigener fatalen Verwechslung identifiziert und die schauerlichsten Geschichten an den Kopf. Da wir in Polen das politische Programm des Proletariats mit dem ökonomischen Entwicklungsprozess der Bourgeoisie in Einklang gebracht wissen wollen, so sollten wir für die sozialpolitische Eintreten! Für Schutzölle! Noch ein Schritt, und der hochgeschätzte Genosse würde uns nachweisen können, daß wir gar, um unsere Bestrebungen in Einklang mit den Interessen der Bourgeoisie zu bringen, für die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts, für die Aufhebung des Koalitionsrechts, ja — dafür, daß die Blinde schießt und der Säbel hant! eintreten müssen! Der hochgeschätzte Genosse scheint davon nie gehört zu haben, daß die allgemeine Wichtung der kapitalistischen Entwicklung im Lande und die partiellen Interessen der Bourgeoisie nicht nur nicht identisch sind, sondern daß zwischen beiden oft ein tiefer Widerspruch existiert — einer der wesentlichen Widersprüche der kapitalistischen Ordnung. Das Proletariat — selbst das Produkt der kapitalistischen Entwicklung — rechnet und muß rechnen mit seiner allgemeinen Wichtung in jedem Lande und belämpft gleichzeitig partielle Interessen der Bourgeoisie. Die allgemeine Wichtung des polnischen Kapitalismus besteht in der immer festeren Verknüpfung mit Rußland. Will der hochgeschätzte Genosse mit seinen Freunden auf diese Wichtung „pfeifen“ — wie er resolut erklärt —, dann haben wir große Beforgnis, daß die Thatsachen in Polen auf ihn mit seinem Programm der Wiederherstellung Polens pfeifen, wie schon die Ereignisse in Rußland auf die Grundlagen dieses Programms geltend zu pfeifen beginnen.

Der hochgeschätzte Genosse scheint überhaupt von der Existenz einer einzigen jeweiligen Wichtung der sozialen Entwicklung in jedem Lande keine Ahnung zu haben. Er denkt sich im Gegentheil die Geschichte als ein dienstfertiges Ladenfräulein, das jedem nach seinem Belieben und Geschmack das Gewünschte aus der ganzen Masse der guten Dinge ankratzt und die Sozialisten dürfen wohl das Beste auswählen, da sie ja mit dem Mandat des künftigen Herrn der Welt in den Laden kommen. Die Aufgabe der sozialistischen Partei wird dadurch freilich sehr vereinfacht. Man braucht sich vor allen Dingen nur hinzusehen und für ein gegebenes Proletariat alle möglichen politischen Formen und Kombinationen zu erfinden. Dann prüfe und vergleiche man aufs sorgfältigste alle miteinander, man wähle — wenn man ein wahrer Freund der Arbeiterklasse ist — das allerbeste, ohne sich um die vorhandenen geschichtlichen gegebenen Staatsgrenzen zu kümmern — und das Gericht ist fertig. Eine solche geistige Arbeit hat den hochgeschätzten Genossen mit seinen Freunden zu der Ueberzeugung gebracht, daß eine polnische Republik viel besser dem Proletariat bekommen werde, als eine russische Konstitution. Die Sicherheit vor der republikanischen Form des unabhängigen Polens schöpfe sie aus der literarischen Thatsache, daß der sel. Stanislaus Poniatowski, der letzte polnische Monarch, als Hogeßel und kinderlos gestorben ist. Sie haben vergessen, daß Bulgarien und Griechenland ebenfalls keine Dynastie und keine monarchischen Traditionen hatten. Die Hauptfrage ist: wo nehmen wir die Mittel her, um dieses allerbeste Programm einer alledemokratischsten Republik zu verwirklichen? Der hochgeschätzte Genosse hat sich die Antwort sehr leicht gemacht: „wir seien ja selbst der Meinung, daß Rußland eigentlich eine Kräfte mehr besitzt, daß es nur eines Fingerhohes bedarf, um umgeworfen zu werden.“ Nein, der Meinung sind wir nicht und wir haben sie auch nicht ausgesprochen. Wohl haben wir gesagt, der Zarismus müsse früher oder später „wie ein Häuerstall vom Erdboden“ weggeführt werden. Aber „Rußland“ und „Zarismus“, der Staat und die Staatsform — das sind doch wohl verschiedene Dinge. Dieselben in der Diskussion zu verwechseln, ist manchmal sehr praktisch, aber sehr unpraktisch im politischen Leben. Das russische und polnische Proletariat kann und wird den Zarismus abschaffen, es kann aber und wird nicht den russischen Staat, als ein politisches Gebilde zerstückeln. Hier liegt eben der ganze Abgrund zwischen dem Kampfe um eine Konstitution und der Bestrebung zu der Wiederherstellung Polens, zwischen der Sozialdemokratie und dem Sozialpatriotismus. Wenn der hochgeschätzte Genosse glaubt, durch die Verwechslung der Worte „russischer Zarismus“ und „Rußland“ das sozialpatriotische Programm zum sozialdemokratischen zu machen, so kann die Praxis ihn und seine Genossen für diese politische Tücke stets auf die Finger klopfen. Werden sie, statt den Zarismus, das Rußland als Ganzes mit dem Kopf anrennen, so fürchten wir, daß sie nur politische Beulen davontragen

II. Der hochgeschätzte Genosse meint, daß das sozialpatriotische Programm sich mit der Tätigkeit der deutschen, österreichischen und russischen Sozialdemokratie in vollste Harmonie bringen läßt. In bezug auf die beiden ersten Fälle, auf Deutschland und Oesterreich, brauchen wir nicht viel zu unseren Ausführungen in Nr. 33 der „Neuen Zeit“ hinzuzufügen, da sie unbeantwortet blieben. Die Sozialpatrioten hoffen, durch die „größtmögliche Demokratisierung der beiden Kaiserreiche“ zu der Unabhängigkeit Polens zu gelangen. Wir haben nachgewiesen, daß die Demokratisierung des Staates nicht zu dessen Zerstückelung, in Deutschland und Oesterreich, gerade umgekehrt, zu dessen Befestigung führt. Entweder verzichten also die polnischen Sozialisten auf die Bestrebung, einen polnischen Staat zu errichten, oder sie werden ihn auf einem anderen Wege, ob dem der Demokratisierung Deutschlands und Oesterreichs anstreben und dann notwendig in einen Widerspruch mit der gesammelten sozialdemokratischen Bewegung gerathen.

Ja, in dem Wesen des Sozialpatriotismus liegt die natürliche Tendenz, das Verhältnis der polnischen Bewegung zu der deutschen resp. der österreichischen auf etwas rein Neugierliches, Zufälliges, auf eine nicht prinzipielle, sondern reine Zweckmäßigkeitsfrage zu reduzieren. So schreiben die Freunde des hochgeschätzten Genossen in ihrem „Robotnik Zjednoczenia“ 1895, daß in Galizien die Sozialisten mit der österreichischen Partei organisiert seien, weil sie keine Gründe gesehen haben, warum sie nicht mit derselben vereinigt sein sollten, da die österreichische Partei eine sehr gute Organisation besitzt. Wenn also die galizischen Sozialisten nicht mit der portugiesischen Partei ein

Ganzes bilden, so ist das lediglich für die letztere eine gerechte Strafe für ihre mangelhafte Partei-Organisation . . .

Was aber Rußland betrifft, so befindet sich der Kampf um die Wiederherstellung Polens dort geradezu im schärfsten Gegensatz zu dem Kampfe des russischen Proletariats um eine Verfassung. Und dessen sind sich die Sozialpatrioten selbst durchaus bewußt. „Stellen wir uns für einen Augenblick vor — schreiben sie in einem Beirartikel in ihrem „Przedmiot“ (Morgenröthe) vom Oktober 1895 — daß wir in den Demokratismus und das nahe Beworsten der russischen Konstitution den Glauben gewonnen haben. Sollen wir sie in diesem Falle als eine politische Forderung aufstellen? Sofort antworten wir: nein. Zwei einander anschließende Forderungen kann eine Partei in einem Akten nicht aufstellen.“ In der That; eine Bestrebung, in den gegebenen Staatsgrenzen die politischen Einrichtungen zu demokratisieren und die andere Bestrebung, aus den gegebenen Staatsgrenzen zu entkommen, schließen einander aus. Daher bedeutet auch der Sozialpatriotismus den inneren Zwiespalt zwischen den proletarischen Kräften in Rußland und folglich die Schwächung des Kampfes gegen den Zarismus. Ein seltsames psychologisch-politisches Phänomen, daß eine Partei, welche im zarischen Rußland den Kampf um die Niederwerfung des Zarismus negiert, sich noch des erhabenen Bewußtseins erfreut, nicht nur in eigenem Interesse, sondern sogar im Interesse der ganzen zivilisierten Welt zu phantastieren! Possentlich wird der Vertreter der Zivilisation — das internationale Proletariat in London eigene Interessen besser zu unterscheiden wissen, als der hochgeschätzte Genosse mit seinen hochgeschätzten Freunden.

Unsere Gesichtsauffassung mißfällt dem hochgeschätzten Genossen. Um ihre Ungültigkeit darzutun, stellt er uns einige Fragen, die wir — wie er zu glauben scheint — von unserm Standpunkt gar nicht beantworten können.

Warum ist z. B. — trotz des vorteilhaftesten Waarenverkehrs mit Rußland — die lokale, der fremden Regierung geneigte Partei gerade am schwächsten in Rußland? Sehr einfach: weil der hochgeschätzte Genosse es eben erdichtet hat, daß sie am schwächsten ist. Im Gegentheil, während in Galizien und Polen das ganze zahlreiche Kleinbürgerthum eine nationale Opposition bildet, ist in Rußland Kleinbürgerthum ein großes Theil terroristisch, dank den Vortheilen, die es aus der Zugehörigkeit zu Rußland zieht. Ja, diejenigen Klassen, die Rußland loyal sind — die Bourgeoisie, der Adel, ein Theil des Kleinbürgerthums — geben die stärksten Beweise ihrer Loyalität, zu denen sich eine kapitalistische Klasse aufschwingen kann; sie ledern mit Selbstverleugnung denjenigen Fuß, der sie in politischer und nationaler Hinsicht mit lauter Fuhrstritten regaliert: siehe die polnischen Schweiswelder in Petersburg und Moskau während der Thronbesteigung und der Krönung Nicolaus II.

Die zweite schredliche Frage: Warum die litthauischen Junker, trotzdem sie unter der Konkurrenz des russischen Getreides leiden, keine Anhänger der Wiederherstellung Polens, sondern Russenfreunde sind? Ebenso einfach: weil die litthauischen Junker eben keine Spinnaspen, sondern praktische Leute sind, daher die Verheißungen des hochgeschätzten Genossen von einem Konkurrenzfreien Getreidemarkt in einem erst zu errichtenden polnischen Staate als ein kindisches Gepländer betrachten und ihre Sorgen nicht durch Zukunftsphantasien sondern durch reelle Mittel, wie das Betteln bei dem Jarenthum u. dergl. zu beseitigen suchen.

Die dritte Frage: Warum die galizischen Schlachzigen, die von den ungarischen Ochsen bedrängt werden, sich auch nicht für die Wiederherstellung Polens begeistern? Vielleicht läßt sich das erlaunliche Phänomen damit erklären, daß die österreichische Regierung den galizischen Schlachzigen eine Möglichkeit gewährt, die polnischen und ruthenischen Bauern wie Schweine und Ochsen zu behandeln, wie ihnen das allerbeste Vaterland keine größere gewähren kann und somit eine reichliche Kompensation für den Drang des ungarischen Viehes nach dem Westen giebt. Es scheint somit w. i. „unserer“ materialistischen Geschichtsauffassung nicht gar so schlecht zu stehen, wie es der hochgeschätzte Genosse glaubt: es sind immer und immer wieder die materiellen Interessen, die die politische Physiognomie der verschiedenen Klassen bestimmen und erklären.

Wir werden aber zum Schluß mit Achille Woria verglichen und mit der Gleichung: $Polia + Marx + die Freihändler + vulgare + Ricardo = niedergeschmettert$. Jedoch, nach den Proben der eigenen Begriffe des hochgeschätzten Genossen über die materialistische Geschichtsauffassung, trösten wir uns damit, daß dabei wahrscheinlich nichts Böses gemeint war, da die schredliche Formel für ihn selbst eine Gleichung mit vier Unbekannten zu sein scheint. —

R. Luxemburg.

Versammlungen.

Eine öffentliche Parteiversammlung des ersten Berliner Reichstagswahlkreises, die am Donnerstag stattfand, war leider sehr schwach besucht, so daß auf Antrag des Genossen Timm von einem Reserat Abstand genommen wurde. Es erfolgte hierauf die Abrechnung des früheren Vertrauensmannes Genossen Felgentreff. Danach beträgt die Einnahme: Bestand 180,93 M., Marken 29,20 M., Eisten 105,55 M., Nachtrag 4,47 M., Summa 320,15 M. Ausgabe: Delegirte 204 M., Unkosten 36,15 M., Summa 240,15 M. Mitlin verbleibt ein Bestand von 80 M., welcher dem neu gewählten Vertrauensmann Vohn überwiesen wurde. Die Abrechnung habe übrigens wegen der eingetretenen Ruhepause einerseits, andererseits wegen unpraktischer Abrechnung nicht früher erfolgen können; insbesondere haben trotz mehrmals erfolgter Mahnung zwei Genossen bis heute noch keine Abrechnung über die vereinnahmten Gelder geleistet. Für die Eßener Verurtheilten sind 412,10 M. durch Listen gesammelt und erst kürzlich abgehandelt worden, weil keine frühere Abrechnung erfolgen konnte. Auf Antrag der Revisoren wird dem Genossen Felgentreff in bezug der Kassenerführung Decharge ertheilt. Genosse Vohn wählte zum Schluß der Versammlung, im ersten Reichstagswahlkreise eine regere Agitation zu entfalten und für späteren Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen, damit bei der nächsten Reichstagswahl auch dieser letzte Berliner Reichstagswahlkreis durch einen Sozialdemokraten vertreten werde.

Am Dienstag, den 21. d. M., hielt die Freie Vereinigung der Gewerke, Bureaux und verwandter Berufsgruppen eine Generalversammlung ab. Im Geschäftlichen wurde einem durchreisenden Kollegen eine Unterstützung gewährt. Der Kassirer des Unterstützungsfonds gab seinen Bericht, der eine Einnahme von 855,80 M. und eine Ausgabe von 602 M. im verflochtenen Halbjahr aufweist. Der Hauptkassirer hatte eine Einnahme von 1385,68 M. und eine Ausgabe von 1355,11 M. zu verzeichnen. Im Arbeitsnachweis hatten sich im letzten Halbjahr 183 Gesellen gemeldet, verlangt wurden 233.

Der Vorstand der Handelschiffarbeiter hielt am 21. d. Mts. eine ordentliche Generalversammlung ab, in der die übrigen Punkte der vorigen Generalversammlung erledigt wurden. Streiner giebt bekannt, daß über die Packerfahrt-Gesellschaft

von der Gewerkschafts-Kommission der Boykott erklärt ist. Ein Antrag Meyer, welcher besagt, daß der Vorstand nur beschlußfähig ist, wenn die Hälfte der Vorstandsmitglieder erschienen ist, wird angenommen. Eine Resolution Albold betreffs des Streiks wird angenommen. Den Antrag Ledewig auf Einführung der Arbeiterlohnunterstützung überwiegt man einer Kommission von 7 Mitgliedern. In diese Kommission werden Justmann, Reich, Schumann und Schmidt gewählt, die übrigen drei Mitglieder hat der Vorstand aus seiner Mitte zu wählen. Der Punkt: Wie stellt sich der Verband zu den Beschlüssen des Halberstädter Kongresses, wurde der nächsten Mitgliederversammlung überwiesen. Die Steifische mit Ed. Kähler soll in der nächsten Generalversammlung erledigt werden. Den Privatpost-Angestellten, die um ihre Ration klagen, erhielten, falls das Gewerbegericht die Klagen ablehnt, den Rechtschutz bewilligt. Einem in Noth gerathenen Kollegen wurden 30 M. Unterstützung bewilligt.

Eine gutbesuchte Versammlung der Bäckerei-Arbeiter fand am 21. Juli bei Nest, Weberstr. 17, statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Vertrauensmänner und Neuwahl derselben. 2. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer und Aufstellung der Kandidaten. 3. Neuwahl der Delegirten zur Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt erstattete der Vertrauensmann Döbner Bericht. Die Einnahme betrug im letzten Halbjahr 385,02 M., die Ausgabe 230,65 M., verblieb mithin ein Vorrat von 154,37 M. Bei der Frage, ob den Vertrauensmännern Decharge ertheilt werden sollte, entspann sich eine lange Debatte, die durch das sonderbare Verhalten des Vertrauensmannes Scholz hervorgerufen wurde. Schon bei Beginn der Versammlung lehnte er die Aufforderung, als Delegirter zur Gewerkschaftskommission Bericht zu erstatten, rundweg ab. Ebenso hatte er es nicht für nöthig befunden, seine Kassenerführung den Revisoren zu unterbreiten. Scholz suchte sich damit zu rechtfertigen, daß er am Bierliche verdächtigt worden sei, weil er die Sammellisten zur Deckung der Prozesskosten ohne vorherige Kontrolle ausgegeben habe; dieses Recht stehe ihm aber als Vertrauensmann unbestreitbar zu, im übrigen wolle er nicht mehr mit der Bewegung zu thun haben. Nachdem Scholz der Aufforderung, die in seinen Händen befindlichen Gelder den Revisoren sofort vorzulegen, Folge geleistet, wurde den Vertrauensmännern Decharge ertheilt. Da noch einige Personen der Kaffe Geld schulden, wurde beschlossen, die Namen der säumigen Zahler in einer öffentlichen Versammlung bekannt zu geben. Die Kontrollmarke hat nach der seinerzeit gefassten Resolution am 1. Juli, als dem Inkrafttreten des Zwölfteigentages ihre Gültigkeit verloren. Hieraus wählte die Versammlung Köppler und Schneider zu Vertrauensmännern, Nischke und Sawanberg zu Revisoren. Zum zweiten Punkte erstattete Kollege Mübe Bericht. Von den drei den Bäckerei-Arbeitern zuzehenden Kandidaten wurde auf einen zu gunsten der Branereiarbeiter verzichtet. Als Beisitzer wurden aufgestellt Mübe und Großmann, als Erfahrmann Schneider, in die Gewerkschaftskommission wurde Tempel, als Stellvertreter Seidel gewählt.

Drei öffentliche Versammlungen der Maurer Berlins und der Umgegend hatte die Lohnkommission zu Donnerstag Abend einberufen mit der Tagesordnung: Der Bericht der Arbeitgeber, den Neunstundentag zu durchlöchern, und welche Maßnahmen haben wir dagegen zu ergreifen. Nachstehende Resolution war von der Kommission in allen Versammlungen eingereicht worden:

Die öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und der Umgegend protestirt ganz entschieden gegen das Verhalten des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, den Neunstundentag auf allen Bauten wieder einzuführen. Die Versammlung erklärt, daß auf allen Bauten, wo dieses Ansinnen gestellt wird, die Arbeiter mit aller Entschiedenheit Front hiergegen machen. Auf den Bauten, wo zehn Stunden gearbeitet werden sollen, ist sofort die Arbeit niederzulegen, jedoch wenn möglich, der Kommission Mittheilung zu machen.

In Zoel's Saal hatte Silber Schmidt das einleitende Reserat übernommen, der in kurzen Zügen die letzten Kämpfe der Maurer Berlins nebst ihren Begleiterscheinungen und Erfolgen Revue passiren ließ. Jetzt aber, so führte Redner aus, nachdem seitens der Arbeiter die Bewegung für den Neunstundentag energisch betrieben, regt es sich bereits in den Kreisen der Unternehmer, das Errungene illusorisch zu machen; das geheime Zirkular der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, in dem für die Wiedereinführung des Neunstundentages Neulame gemacht wird, lege hierfür genügend Zeugnis ab. Daß hierbei gleichzeitig eine Lohnreduktion ins Auge gefaßt ist, liegt klar auf der Hand. Zu konstatiren sei, daß in einigen Fällen das Unternehmertum mit Erfolg operierte, die „Unliebhamen“ entlassen und die zehnstündige Arbeitszeit wieder eingeführt wurde. Schuld an dem erfolgreichen Vordringen der Unternehmer tragen einzeln und allein die Arbeiter, die ohne Widerspruch vielfach dem gestellten Ansinnen stattgaben; dafür sprechen die verschiedensten Beispiele. Auf dem Bau der Firma W e n d e l u. K e i n i c k e, Behrenstraße, wurde die zehnstündige Arbeitszeit angeknüpft und durch das Zusammenhalten der Maurer binnen zwei Stunden der Neunstundentag proklamirt. Beim Innungsmeister P e u s c h e r, der die Baulichkeiten am Kriegsministerium ausführt, war dasselbe der Fall, während auf dessen zweitem Bau, Kasernen Lehrterstraße, bereits 10 Stunden gearbeitet wird, weil es daselbst seitens der Arbeiter an dem notwendigen Protest fehlte. Auf dem Bau der Firma M a s t e r u. S c h i o l z, Sophienstraße, ist der gemachte Versuch ebenfalls an dem mannhaften Auftreten der Maurer gescheitert, während auf dem Kasernenbau am Tempelhofer Feld, Meister T e s t s c h, weil über 9 Stunden gearbeitet wird. Auf dem Bau Kaststr. 157 wurden 2 Maurer, sogenannte Aufseher, durch den Polier G r u n o w gemahregelt, was mit allgemeiner Arbeitsüberlegung beantwortet ward und binnen wenigen Minuten waren die Gemahregelten eingekerkert, dergleichen wird daselbst nur 9 Stunden gearbeitet. Anders liege dies auf einem Bau in der Thurmstraße, wofelbst die Organisirten durch den Polier A m b r o s i e l l i beschimpft und gemahregelt, dagegen die Streikbrecher in Schutz genommen wurden. Nachdem Redner unterbreitet, daß im ganzen 6780 Arbeitslotten ausgegeben, nachdem aber sich noch hunderte von Kollegen meldeten, von denen ebenfalls der Neunstundentag hochgehalten ward, und daß bei strikter Zuehaltung der neunstündigen Arbeitszeit im Gegentheil zur zehnstündigen für dieselbe Arbeit 657 Maurer mehr eingestellt werden müßten, schließt er mit der Aufforderung, durch festen Zusammenhalt den Versuch der Unternehmer, die schwer und theuer erkämpften Errungenschaften illusorisch zu machen, im Reime zu erklären. Der Wunsch der Meister müsse Wunsch bleiben; wo dies nicht durchführbar ist, müsse man zur Arbeitseinstellung greifen.

An der darauffolgenden regen Diskussion theilnahmen sich Vohn, Dröbner, Jaensch, Figelius, Schacht, Pagel, Dalske, Dietrich und andere; der Lohnkommission wurde der Vorwurf gemacht, daß sie den Streik zu früh für beendet erklärt, dergleichen nicht genügend vor Jnng gewarnt habe, dem trat Silber Schmidt energisch entgegen. Zwei Anträge: Die Zugereisten zur Abreise aufzufordern, weiter ein

* Den ersten Theil des Artikels, der sich im wesentlichen mit den Ausführungen unseres Freundes G. Plechanow bezt, zu veröffentlichen glauben wir unterlassen zu dürfen.

Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir, auf nebenstehende Abbildungen, sowie Strassen und Nummern unserer drei Geschäftshäuser zu achten.

Baer Sohn

Chausseestr. 24a

Brückenstr. 11

Gr. Frankfurterstr. 16.



Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir, auf nebenstehende Abbildungen, sowie Strassen und Nummern unserer drei Geschäftshäuser zu achten.

Baer Sohn

Brückenstr. 11

Chausseestr. 24a

Gr. Frankfurterstr. 16.

Rad-fahrer-Anzüge,
fester Wollwurm, Hose mit doppeltem Gesässboden **18** Mk.
verschiedenfarbige Cheviotarten, glatt und gemustert, Hose mit doppeltem Gesässboden **21** Mk.
gesetzlich geschützter Sportstoff, aus Pflanzenfasern u. Wolle bestehend, sehr haltbar, Hose mit doppeltem Gesässboden **27** Mk.
bestehend aus Jacket, Weste und Hose, **30,-**

Sommer-Jackets,

Grünlicher, waschbarer Baumwollstoff und drei Taschen, Umlegekragen und Gummizug **1** Mk.

Sehr fester, grünlicher Waschstoff, solide Verarbeitung, **1,50** Mk.
3,50-3-
2,50-2-

Lustre, Mohair, Panama, Cachemire, glatt und gemustert, schwarz und farbig, **3** Mk.
7-5-4-

Reise-Anzüge,

Glatte und gemusterte Zwirnstoffe, haltbare Qualität **13,50** Mk.

Melange, nur Pfeffer-Saltzfarben **18** Mk.

Reinwollene, glatte und feine dessinirte Cheviotarten, Lörracher Erzeugnisse. **25** Mk.

Reise-Havelocks,

Glatte Farben, bequemes Kleidungsstück, von Reisenden der Billigkeit wegen sehr begehrt, **7,50** Mk.

Verschiedenfarbige Cheviotqualitäten, anerkannter Wettermantel **12** Mk.

Echte Kameelhaartuche, sehr feine Stoffe, elegant verarbeitet, **25,-** **21** Mk.

Radfahrer-Hose, zum Kurz- u. Langtragen. D. R. G. M. 56934. Beim Besteigen des Rades kurz zu schnüren, geht man seinem Berufe nach in einfacher Art in lange Hosen umzuwandeln. Diese Hose kostet **10,-** Mk. **6,50**

Schul-Anzüge, Praktische Façons, kleidsam für Ferien- und Landaufenthalt, **6,-**, **5,-**, **4,-**, **3,-**, **2,50**, **2** Mk.

Promenaden-Anzüge, Elegante, reinwollene Kammgarnmischungen, in hellen und soliden glatten Farben, strapazierfähig, **32,-** **25** Mk.

Reise-Joppen, Cheviot in grau, blau und anderen sehr schönen Farben, kleidsame Tracht. **12,-**, **10,-**, **6,-** **4** Mk. **50**

Sensationelle Erfindung! Tourniquet-Hosenhalter. Ersatz für Hosenträger. Der Hosenhalter dient dazu, den Träger entbehrlich zu machen und kann bei Unfällen als Bandage, Aderpresse bzw. Armtragbinde verwendet werden. Trotz der vielseitigen Verwendbarkeit ist der sehr billige Preis angesetzt: **75 Pf.**
Patentirt in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, England, Frankreich, Dänemark, Norwegen und angemeldet in Schweden und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert Schuhwaaren en gros & en detail in eleganter und solider Ausführung.



Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen **Bellealliancestr. 98|99** und **Rosenthalerstr. 63|64** verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:
München, Sendlingerstraße 10.
Dachauerstraße 83.
Landsbergerstraße 7.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 28.
Düsseldorf, Bismarckstraße 91.
Böln a. Rh., Eigelstein 88.
Bremen, Faulenstraße 75.
Hannover, Klagenmarkt 7a.
Hamburg, Bergstraße 8a.
Leipzig, Zehnerstraße 87.
Braunschweig, Höhe 4.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden. **Demonstrierfuss von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75,** in nur realer Ausführung. **6228L***

In der Bellealliance-Straße bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Jede Uhr reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.** außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pinocets. **Carl Lux, Uhrmacher, 35, Chaussee-Strasse 35.**

Möbel u. Polsterwaaren, reelle Waare empf. **Franz Tutzauer, Tischlermeister, [49929*] Berlin SW., Glücker-Straße 14. Möbel-Gelegenheitskauf**

passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbeldepot, Neue Königstraße 39, sollen ca. 200 Wohnungsbedürfnisse, vertrieben gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitsabläufe ist es mir möglich, schon ganze Wirtschaften für 20, 100, 200 Mark abzugeben. Zweifeltung gestattet. Beamten ohne Anwartschaft, Kielderspiel 15 Mark, Kommoden, Küchenschrank 12, Aufbaum-Kleiderspindeln, Vertikals 20 Mark, Aufhelfspindeln 26, Vertikals mit Watragen 18 Mark, Sophas 18, Säulenspindeln, Kleiderspind. hochlegant 22, Trümeau mit Säulen und Kristallglas 20, Herrenkleiderst. Wollgarnituren 20 Mark, Mansellspindeln 70 Mark, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 8 Mark. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert, auch nach außerhalb. **6581L***

Herren-Hüte 65 Pf. Bessere Hüte, enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir **2189b Barnimstr. 45.** Kaffianer-Allee 101.

Künstl. Zähne. Dr. Steffens, Hofenthaferstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Wegen Umbau der Geschäftsräume, welcher im August stattfinden muß, Grosser Ausverkauf

ganzer Väger Partiewaaren in **Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Möbelstoffen, Kattunen, Teppichen, Steppdecken, Bettzeugen, Hemdentuchen, Louisiana-tuchen, Wäsche, Gardinen, Portièren, Unterröcken und Blousen zu noch nie dagewesenen Preisen** sowie der noch vorhandenen, durch **Brand und Wasser** am 9. Juni beschädigten **Waaren-Bestände in obigen Artikeln, um auf alle Fälle damit zu räumen, unter Taxpreisen!** Verkaufszeit von 8-1 und 3-8 Uhr. **Max Lehmann, Berlin, Reinickendorferstraße 22, nahe der Wiesenstraße. Haltestelle der Pferdebahn.**

Große Berliner Schneider-Akademie Berlin C., Rothes Schloß nur Nr. 1. Seit 1880 in denselben Räumen. Größte und besuchteste Fachschule, garantiert gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäschschneiderei. Neue Kurse am 1. und 15. jedes Monats. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Man beachte genau unsere Firma u. Hauselgang: nur Nr. 1. **5505L*** Die Direktion (früher K u n).

Volks-Badeanstalt Rixdorf. Canner Chaussee. **A. Stolzenburg.** Empfehle den geehrten Bewohnern von Rixdorf und Umgegend meine renovirte Badeanstalt für Herren u. Damen mit Schwimmbassin. Billige Abonnements u. Ausbildung f. Schwimmschüler. Schönst. Aufenthalt im schattigen Garten. 4 gute Kogelbahnen u. sonstige Volksbelustigungen. Kaffeeküche. Jeden Sonntag: Gr. Konzert, Spezialitäten u. Theatervorstellung, im Saal: Gr. Ball. Vereinen steht mein Lokal unentgeltlich zur Verfügung. **Restaurant Strandschloß am Müggelsee.** Empfehle mich den Vereinen und Gesellschaften. **A. Degebrodt.**

Hackescher Markt 4 J. Brünn Am Stadtbahnhof Börse. (Ecke Neue Promenade) Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum **Ausverkauf:** **Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Fertige Wäsche! Feinwaaren!** zu ganz außer gewöhnlich billigen Preisen. **5447L***

Parteigenossen! Hüte nur mit **[55078*]** **Kontrollmarke,** Schirme, Stöcke, Kravatten. **Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2, Ecke Skalitzerstr.**